Asylchaos: Greift jetzt das Widerstandsrecht im Grundgesetz? S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 40– 3. Oktober 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Nur ein selbstbewusstes Deutschland kann Europa Halt geben: Jubelnde Menschen am 3. Oktober 1990 in Berlin

Bild: Ullstein

Deutschland wagen

Die Lehre nach 25 Jahren Einheit: Deutsche Selbstverleugnung schadet Europa

Der Versuch einer verwirrten Nation, sich selbst zu neutralisieren, führt nicht zum Frieden, sondern ins Chaos.

Für die Deutschen war es einer der glücklichsten Tage im sonst von Katastrophen und Tragödien verdunkelten 20. Jahrhundert. Am 3. Oktober vor 25 Jahren trat die DDR der Bundesrepublik bei. Erzwungen hatte diese Vereinigung das Volk in der DDR mit seiner Revolution und den Massen der Übersiedler. Begeistert mitgetragen hatten sie die Westdeutschen, welche die Arme weit ausbreiteten für ihre mutigen Landsleute.

Der damalige Kanzler Kohl verstand es mit feinem Machtgespür, die Chance der Stunde politisch zu nutzen. Hernach reagierte die Politik auf die vom Volk erzwungene Einheit aber auf ihre Weise. Sie setzte alles daran, das neue Deutschland so rasch und unentrinnbar wie möglich in europäische Strukturen „einzubinden", sprich: es als starke Macht in der Mitte Europas zu neutralisieren.

Herausgekommen ist zunächst das Monstrum des Euro-Systems, das nunmehr die Einheit Europas zu sprengen droht, statt sie zu festigen. Unbelehrt von diesem Fehlschlag eilt die Politik aber schon zum nächsten Großexperiment, dessen verheerender Ausgang bereits absehbar ist.

Euro und Asylflut sollen unser Land unsichtbar machen

Nunmehr setzt sie alles daran, Deutschland in einen multireligiösen Vielvölkerstaat zu verwandeln, um es auch kulturell „unkenntlich" zu machen, wie es Jacques Schuster in der „Welt" beklagt. Das Instrument dieser zweiten historischen Attacke ist eine massive Zuwanderungswelle, welche in die Millionen geht und vor allem von der Kanzlerin mit Macht angeschoben wurde.

Wie beim Euro-Experiment wird behauptet, dies diene der Entwicklung eines „weltoffeneren", mit den anderen Völkern besser verbundenen Deutschland. Doch wieder kommt augenscheinlich das Gegenteil heraus.

Unsere europäischen Nachbarn sind entsetzt, verärgert und verschreckt von dem, was die deutsche Politik da treibt. Sie sehen ihr Land und Europa dadurch im Kern gefährdet. Die bundesrepublikanische Asylpolitik lässt antideutsche Töne ebenso erschallen, wie es bereits der Euro tat und tut.

Hier liegt die bittere Ironie der Geschichte. Beides, Euro wie grenzenlose Asylpolitik, haben ihren Ursprung in dem eigentümlichen Streben nach deutscher Selbstverleugnung. Diese Selbstverleugnung sollte Deutschland unseren Nachbarn „erträglicher" machen. In Wahrheit provoziert sie Furcht und Abkehr.

Daraus ergibt sich eine historische Lehre, die den Keim der geistigen Gesundung unseres verwirrten Landes trägt: Wenn Deutschland mit sich und seinen Nachbarn in Harmonie und Frieden leben will, muss es vor allem erst einmal den Mut und den Willen aufbringen, Deutschland zu sein, eine selbstbewusste Nation. Nur auf diesem Wege kann es zum verlässlichen, Ruhe und Stabilität ausstrahlenden „Riesen" in der Mitte, zum Anker Europas werden.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Gescheitert

Fast auf den Tag genau zwei Jahre hat es gedauert, bis das eingetreten ist, was nüchterne Beobachter beim Abzug der Bundeswehr aus Kundusz vorausgesehen hatten: Die nordafghanische Provinzhauptstadt ist vollständig in die Hände der Taliban gefallen. Es musste so kommen, denn selbst der dümmste Taliban-Führer hätte das durch den Abzug der westlichen Truppen entstandene Vakuum nicht lange ungenutzt gelassen. Was auf die 300 000-Einwohner-Stadt zukommen würde, wusste man spätestens im Juni, als es den afghanischen Sicherheitskräften nur mit äußerster Anstrengung gelang, einen ersten Angriff abzuwehren.

Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die Afghanen, all die vollmundigen Zukunftsszenarien waren Illusion. Von den „großen zivilisatorischen Erfolgen" in Afghanistan, derer sich der Westen so gern rühmt, wird unter der archaischen Taliban-Herrschaft schon bald nichts mehr übrig sein. Außerdem wird Afghanistan wieder zum Tummelplatz von Korruption, Drogenbaronen, Kriegsfürsten und, als neues Phänomen, von IS-Mordschwadronen werden.

Kunduz markiert einen tiefen Einschnitt für die Bundeswehr. Der damalige Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière hat das am 6. Oktober 2013 bei der Übergabe des Feldlagers an die Afghanen auf den Punkt gebracht: „Kunduz hat die Bundeswehr geprägt wie kaum ein anderer Ort. Hier wurde aufgebaut und gekämpft, geweint und getröstet, getötet und gefallen." Und wofür das Opfer? Für nichts. Die „internationale Gemeinschaft" hat sich am Hindukusch übernommen und ist kläglich gescheitert. Kunduz ist das Sinnbild für dieses Scheitern.

Schock-Papier aus Wien

Staatliche Studie durchgesickert: »Gesetz und Ordnung in Gefahr«

Ein ungeplant aufgetauchter, vertraulicher Bericht des österreichischen Innenministeriums zur „derzeitigen Migrationslage" hat im Nachbarland für erhebliche Aufregung gesorgt. Das von Fachleuten des Ministeriums erstellte Papier zeichnet ein Schreckensszenario.

Danach könnte wegen der Massenzuwanderung die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit" in der Alpenrepublik in „Gefahr" geraten, weil die staatlichen Organe mit der Bewältigung der Asylflut überfordert seien. Zudem drohe die „Gefahr von interethnischen und interreligiösen Konflikten unter den Migranten und faktische Außerkraftsetzung der gesetzlichen Strukturen". Das liest sich, als stünde Österreich am Rande eines Abgrunds. Entsprechend heftig ist die Bestürzung im Land.

Ministerin versucht abzuwiegeln

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der christdemokratischen ÖVP wiegelte sofort ab: „Das ist ein Szenario, vor dem wir jetzt zur Stunde nicht stehen, momentan sind wir sehr sicher." Dem widerspricht allerdings, dass das durchgesickerte Papier keineswegs von einem fernen, unwahrscheinlich Szenario spricht. Vielmehr listen die Autoren des Innenministeriums Punkt für Punkt die brandaktuelle Lage in den Flucht- und Abwanderungsregionen auf und leiten davon die erwartbaren Folgen für Österreich in allernächster Zeit ab.

Die oppositionelle FPÖ hat bereits eine parlamentarische Anfrage zu dem Papier gestellt. Kurz nach Bekanntwerden der Studie hat die Partei ihren Stimmenanteil bei den Landtagswahlen in Oberösterreich vergangenen Sonntag von 15 auf gut 30 Prozent verdoppeln können. Die ÖVP und die mit ihr in Wien regierenden Sozialdemokraten der SPÖ verloren dagegen massiv.

H.H.

»Bemerkenswerter Zufall«

Angriff auf VW zeitgleich mit Vorstellung des neuen US-»Passat«

Im Zusammenhang mit dem rigiden Vorgehen der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA (Environmental Protection Agency) gegen den deutschen Branchenriesen Volkswagen mehren sich jene, welche der US-Seite die vorgebrachte Sorge um den Umweltschutz nicht abnehmen. So bezeichnet es der als „Mister DAX" oder „Dirk of the DAX" bekannte Börsenmakler und Buchautor Dirk Müller als „bemerkenswerten Zufall", dass der US-Angriff auf Volkswagen gerade dann stattfindet, als der Autobauer in New York „seinen lang erwarteten neuen Passat vorstellt, das Fahrzeug, das in den nächsten Jahren den Heimatmarkt von GM und Ford aufwirbeln sollte".

Hans-Werner Sinn nimmt der US-Behörde die vorgetragenen ehernen Umweltschutzmotive auch nicht ab, sondern vermutet eher Protektionismus als Beweggrund.

Umweltschutz oder Protektionismus?

Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts beklagt gleich in doppelter Hinsicht eine Doppelmoral, ein Messen mit zweierlei Maß. Einerseits wirft er den zuständigen US-Stellen vor, dass sie nicht in vergleichbarer Weise gegen einhei- mische Autobauer vorgehen. Andererseits wirft er die Frage auf, wo die europäische Verbraucherschutzbehörde ist, „die die Hersteller der betrügerischen ABS-Papiere aus Amerika" in vergleichbarer Weise verfolge. Sinn sieht das US-amerikanische Vorgehen gegen VW im Zusammenhang mit einem jahrzehntelangen Versuch der US-Konkurrenz, „die kleinen und effizienten Dieselmotoren für Pkw durch immer weiter verschärfte Stickoxid-Grenzen vom Markt fernzuhalten, weil man selbst die Technologie nicht beherrschte". Als Beleg für die unterstellte Verlogenheit auf US-Seite verweist er darauf, dass die „Stickoxid-Schleuderei der eigenen Trucks" nicht problematisiert werde.

M.R.

(siehe auch Seite 7 und 8)

MELDUNGEN

Spenden plötzlich leicht gemacht

Berlin – Um mehr Geld in die Staatskasse zu bekommen, wurden die Hürden für die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden in den vergangenen Jahren immer weiter erhöht. Plötzlich reicht dafür wieder ein einfacher Beleg – allerdings nur dann, wenn es um Zuwendungen „zur Förderung und Unterstützung des gesamtgesellschaftlichen Engagements bei der Hilfe für Flüchtlinge" geht.
So genügt künftig unabhängig von der Höhe des Betrages als Spendennachweis ein Bareinzahlungsbeleg, Kontoauszug oder PC-Ausdruck beim Online-Banking. Alle gemeinnützigen Organisationen dürfen unabhängig von ihren eigentlichen Satzungszwecken Spenden für Flüchtlinge sammeln. Auch nicht gemeinnützige Organisationen können auf Treuhandkonten Spenden sammeln. Diese sind steuerbegünstigt, wenn die Gelder der Sammlung an eine gemeinnützige Organisation „zur Förderung der Hilfe für Flüchtlinge" weitergeleitet werden.
Die Arbeit der gemeinnützigen Organisationen wird dadurch erleichtert, dass bei der Flüchtlingshilfe auf den Nachweis der Hilfebedürftigkeit verzichtet wird. Solche Organisationen dürfen demnach auch ihre unverbrauchten Mittel für Flüchtlinge einsetzen, sofern der Spender seine Zuwendung nicht für einen anderen Verwendungszweck bestimmt hat. Außerdem können Arbeitnehmer demnächst mit sogenannten „Arbeitslohnspenden" auf Teile ihres Bruttogehalts zugunsten von Flüchtlingen verzichten. Die gespendete und vom Arbeitgeber an eine gemeinnützige oder mildtätige Flüchtlingshilfeorganisation weitergeleitete Summe zählt dann nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Schenkungen zu „ausschließlich mildtätigen Zwecken für Flüchtlinge" werden zudem von der Schenkungssteuer befreit. Die Regelungen gelten rückwirkend ab 1. August und sind zunächst bis Ende kommenden Jahres befristet. *J.H.*

Reservisten an die Flüchtlings-Front

Berlin – Die ehrenamtlichen Hilfsorganisationen sind durch ihren „Flüchtlingsdienst" am Limit. Deshalb leistet die Bundeswehr „technische Unterstützung". Doch auch die Streitkräfte geraten langsam an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Um die Durchhaltefähigkeit der Truppe zu erhöhen, hat Roderich Kiesewetter, CDU-Bundestagsabgeordneter und Präsident des Reservistenverbandes, alle Reservisten aufgefordert, sich zur Bewältigung dieser „gemeinsamen gesellschaftlichen Aufgabe von nationaler Tragweite" zur Verfügung zu stellen. Dazu hat der Generalinspekteur zugesagt, großzügig Mittel zur Verfügung zu stellen und alle Dienststellen gebeten, „dem Wunsch nach Beorderung wo immer möglich zu entsprechen". Die Dienstleistung der einberufenen Reservisten erfolgt im Status Soldat und die Unterstützungsleistung dann im Rahmen einer Amtshilfe nach Artikel 35 (1) des Grundgesetzes. Konkret haben die Reservisten die Möglichkeit, sich „in Sammel- bzw. Warteräumen, in den Flüchtlingsverteilzentren, in den Flüchtlingserstaufnahmestellen, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und seinen Außenstellen sowie bei Bedarf in Kommunen, Landkreisen, Regierungsbezirken usw." zu engagieren, „sofern dort Unterstützungsleistungen durch aktive Truppenteile erbracht werden". *J.H.*

Mit den Opfern kommen die Täter

Unter den Asylsuchenden, die nach Europa strömen, befinden sich auch IS-Kämpfer

In Ueckermünde hat erstmals ein seit anderthalb Jahren in Deutschland lebender syrischer Flüchtling seinen ehemaligen IS- Peiniger auf einem Photo erkannt

Die „Bild"-Zeitung hatte schon vor Wochen gemeldet, dass die US-Geheimdienste den Code der IS-Kommunikationsstränge geknackt haben und abhören konnten, dass Terror-Anschläge in Westeuropa geplant seien. Die Attentäter sollen mit der Völkerwanderung der Hunderttausende von Asylsuchenden, die unkontrolliert aus Asien über den Balkan in die EU einsickern, einfach mitziehen. Flugzeuge sollen diese IS-Schläfer meiden, da dort die Kontrollen zu streng wären. Im Sommer hatten christliche Syrer in der Landesaufnahmestelle Lebach im Saarland von islamistischen Propagandisten unter den Flüchtlingen aus Syrien berichtet, die auch im Flüchtlingslager ihre Hetzpropaganda gegen Christen und andere Minderheiten weiter betreiben. Im August wurde ein konvertierter Afghane in einem Flüchtlingswohnheim in Suhl fast von Islamisten gelyncht, als seine Konversion zum Christentum bekannt wurde. Nur das beherzte Eingreifen des Wachdienstes und später der Polizei konnte diesem Konvertiten das Leben retten, aber nicht verhindern, dass vielen Menschen verletzt wurden und Tausende Euro an Eigentum vernichtet wurden.

Jetzt berichtete der Deutschlandfunk, dass eine syrische Familie in Ueckermünde-Ost auf einem Facebook-Foto von Asylsuchenden auf dem Balkan ihren IS-Schänder aus dem syrischen Aleppo wiedererkannt haben will. Dieser IS-Kämpfer, der jetzt offenbar auch auf dem Weg nach Deutschland ist, wollte den Familienvater in Aleppo zwingen, für die Terrormiliz zu kämpfen. Viele Asyl suchende Familien, die schon in Deutschland sind, schauen jetzt allabendlich genau hin, wenn Bilder von Grenzbrechern und Molotowcocktails werfenden Asylsuchenden an den Landesgrenzen des Balkan gezeigt werden, die sich mit Gewalt Eintritt in eines der Länder verschaffen wollen. Viele dieser jungen Leute wirken nicht wie Anfänger, welche die Not oder der Krieg in die Ferne getrieben hat. Dafür beherrschen sie ihr Gewalthandwerk zu gut. Sie machen hier das weiter, was sie im syrischen oder irakischen Bürgerkrieg auch jahrelang gemacht haben, sie mischen sich unter große Menschenmassen und hoffen, dadurch nicht erkannt zu werden und auch Schutz zu erhalten. Auffallend ist vor allem, dass unter den Kriegsflüchtlingen, die jetzt in Deutschland ankommen, erstaunlich viele junge Männer sind, etwa 70 Prozent. Wo sind die Frauen und die Kinder? Dabei wird ja auch der Bürgerkrieg in Syrien und dem Irak von einigen jungen Männern, oft mit einem Testosteron-Problem, und nicht von Frauen und Kindern am Laufen gehalten.

Unter den bereits seit einiger Zeit in Deutschland lebenden Kriegsflüchtlingen werden die warnenden Worte vor diesen gewaltbereiten jungen Männern, unter denen sich leicht auch IS-Kämpfer verstecken können, immer lauter. Darum tragen wohl auch nicht nur die IS-Frauen einen Vollschleier, sondern auch die Männer fast immer Gesichtsmasken, damit sie nicht von einem Computerprogramm herausgelesen werden können, wenn sie nach Europa gehen. Auch für einen überzeugten Dschihadisten ist es ein leichtes, seinen Bart und die martialische Camouflage-Kampfkleidung abzulegen, um sich dann bartlos in T-Shirt und Jeans unauffällig unter die Asylsuchendenmassen zu mischen.

> »Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden«

Immer mehr Asylsuchende aus syrischen und irakischen Gebieten, in denen der Islamische Staat und andere Dschihadisten wüten, fühlen sich auch in Deutschland nicht mehr sicher. Wie sollen sich dann Einheimische noch sicher fühlen können? Selbst der Linken-Landtagsabgeordnete und arabische Dolmetscher Hikmat Al-Sabty aus Rostock, der selbst vor 35 Jahren aus dem Irak geflüchtet ist, räumt ein: „Wir können nicht Menschen, die damals als Tyrannen Menschen gequält haben, heute in unserem System einschließen. Sie müssen zur Rechenschaft gezogen werden", sagte er dem Deutschlandfunk entgegen der allgemeinen Linie seiner Partei, die für die schrankenlose Aufnahme aller Flüchtlinge ohne Unterschied eintritt. Gegenüber dem Deutschlandfunk sagte er weiter: „Ich kann Ihnen sagen, der Islamische Staat ist klüger, als wir gedacht haben. Der IS nutzt viele Menschen aus, gerade auch über soziale Netzwerke. Es ist möglich, dass unter den vielen Flüchtlingen Menschen auch vom Islamischen Staat sind."

Anfang September wurden fünf IS-Kämpfer in der Nähe des Grenzüberganges Gyueshevo in Bulgarien gefasst. Die Männer im Alter zwischen 20 und 24 hatten versucht, mit einem „Bündel von amerikanischen Dollars", wie es hieß, den Grenzschutz zu bestechen. Bei ihnen wurden Propaganda für den Islamischen Staat, spezifische Dschihadisten-Gebete und auf ihren Handys Videos von Enthauptungen gefunden. *Bodo Bost*



Einerseits will er seiner Parteiführung in ihrem Kurs der nahezu schrankenlosen Flüchtlingspolitik nicht widersprechen, andererseits aber auch die Furcht vor eingeschleusten Extremisten und Verbrechern nicht von der Hand weisen: Hikmat Al-Sabty, aus dem Irak immigrierter Abgeordneter der „Linken" im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Soros zündelt wieder

Der Multimilliardär fördert die Masseneinwanderung in die EU

Vom „arabischen Frühling" bis zum „Euro-Maidan" - kaum ein Umsturzversuch der letzten Jahre, an dem der Oligarch George Soros über seine Stiftungen nicht Einfluss genommen hat. Inzwischen scheinen die von dem Multimilliardär finanzierten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) im Zuge des anhaltenden Ansturms von Asylbewerbern nach Europa ein weiteres Betätigungsfeld gefunden zu haben. Recherchen des britischen Fernsehsenders Sky News auf der griechischen Insel Lesbos haben ein „Migranten-Handbuch" mit dem Titel "Wie komme ich am besten nach Europa?" zutage gefördert, das sich wie ein Ratgeber zur illegalen Einreise nach Europa liest. Sky News zufolge wird die Publikation von der Organisation „W2EU" herausgegeben, die zum Open-Society-Netzwerk von Soros gehört. Vollständig in arabischer Sprache verfasst, klärt das Buch darüber auf, welche Rechte Asylbewerber innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten haben und wie sich die Sozialsysteme der verschiedenen Länder am besten ausnutzen lassen. In dem Buch wird außerdem explizit dazu aufgerufen, die Migranten sollten in Europa „auf Rechte" pochen. Aufgelistet sind zudem Telefonnummern von Helfern, Ratschläge, Empfehlungen, Landkarten und Tipps zu den besten Reiserouten, um ungehindert in die EU zu gelangen.

Das Derartiges mit Geldern des Oligarchen Soros geförderte wird, passt ins Gesamtbild. Die Open-Society-Stiftung räumt ganz offen ein, dass sie in ganz Europa auf breiter Basis Anliegen unterstützt, die „der Sicherheit und dem Wohlergehen irregulärer und regulärer Migranten und Flüchtlinge" dienen. Soros, der Finanzier der Open Society, hat sich vor Kurzem in einem Artikel für das „Project Syndicate" ganz offen für einen kompletten Umbau des europäischen Asylsystems ausgesprochen. In einem Sechs-Punkte-Plan forderte der Milliardär unter anderem, dass die EU auf absehbare Zeit jährlich eine Million Asylbewerber aufnehmen soll. Ähnlich wie er dies schon im Fall der Ukraine gefordert hat, soll die EU dabei kräftig mit Steuergeldern unterstützen. Zur Sicherung des Lebensunterhalts soll Brüssel für jeden dieser Migranten nach den Vorstellungen des Multimilliardärs in den ersten beiden Jahren pro Kopf 15 000 Euro bereitstellen. Ein weiterer Punkt aus dem Forderungskatalog: Die EU soll auch für sichere Migrationswege sorgen, mit denen Asylbewerber von Italien oder Griechenland in ihre „Zielländer" gelangen können. Wie eine Selbstempfehlung wirkt der Vorschlag, die EU solle sich in der Asylproblematik um die Unterstützung von NGO und privaten Spendern bemühen.

> Die Einwanderung in die USA fördert der Amerikaner nicht

Offen bleibt einstweilen, was den US-amerikanischen Milliardär veranlasst, sich derart intensiv mit dem Asylsystem Europas auseinanderzusetzen und Forderungen nach einer massiven Zuwanderung in die EU zu stellen. Blickt man darauf, wie wenig Unterstützung beispielsweise anerkannte Asylbewerber in den Vereinigten Staaten erhalten, dann böte sich für den häufig als Philanthropen bezeichneten Soros als naheliegendes Betätigungsfeld eigentlich sein Heimatland an. *Norman Hanert*

Nahe Heimat

Die Ostpreußen trafen sich in Schwerin



Über 2000 Besucher reisten aus ganz Deutschland an Bild: Zauner

Ob man die Vertriebenen aus Deutschlands Osten wirklich ohne Weiteres mit den heutigen Asylsuchenden aus fernen Ländern und Kulturkreisen gleichsetzen kann? Dies war eines der großen Themen beim 20. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am vergangenen Sonnabend in der Schweriner Kongresshalle.

Die Festrednerin Uta-Maria Kuder von der CDU, Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, zog den Vergleich, andere wiesen auf die fundamentalen Unterschiede zwischen damals und heute hin. Stephan Grigat, Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, betonte, das größte Ziel müsse es sein, den heutigen Asylsuchenden die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Wie nah die eigene Heimat den Ostpreußen auch im Jahr 2015 ist, zeigte die hohe Besucherzahl der Veranstaltung. Über 2000 Gäste füllten die Kongresshalle bis auf den letzten Platz, mehr als 100 Ostpreußen waren aus der Heimat, aus dem Memelland, aus Masuren und anderen Regionen angereist. Der Veranstalter Manfred F. Schukat freute sich über ein „gelungenes und rauschendes Jubiläumsfest". *FH*

Gesundheitskarte verschärft Zuzug

Sie wird als kostengünstig propagiert – Erste Erfahrungen in Hamburg und Bremen sehen anders aus

„Ein barrierefreier Zugang“ zu Gesundheitsleistungen und sogar die Einsparung von Kosten werden als Argumente angeführt, weshalb Asylbewerber künftig über eine Gesundheitskarte krankenversichert werden sollen. In Wahrheit droht Versicherten und Steuerzahlern, dass sie künftig kräftig zur Kasse gebeten werden.

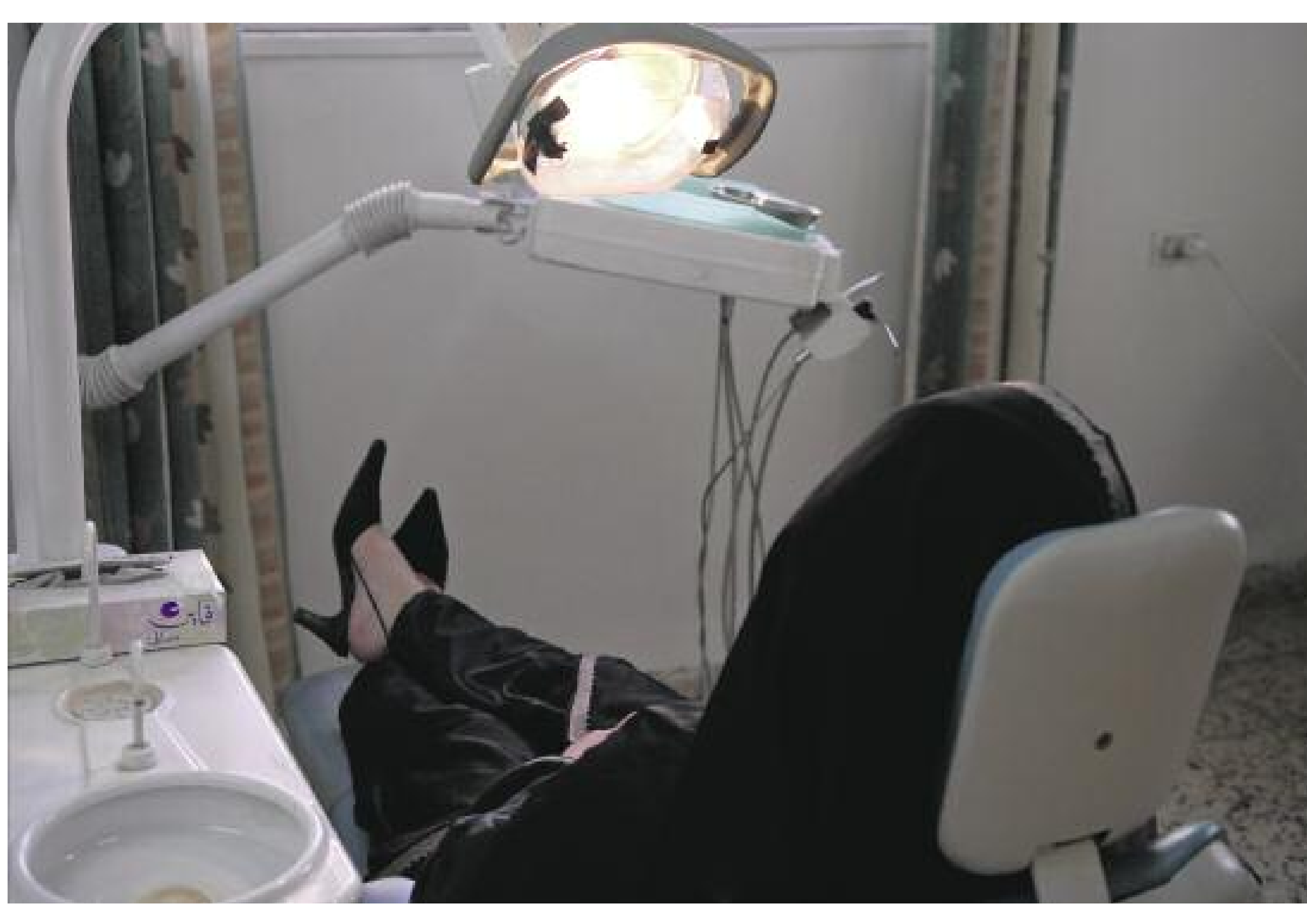
Als Vorreiter machen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg vor, was künftig bundesweiter Standard werden soll. Seit 2005 gibt es in Bremen, seit Juli 2012 auch in Hamburg eine sogenannte Gesundheitskarte für Asylbewerber. In beiden Städten übernimmt die AOK die Betreuung der Asylbewerber, die Behandlungskosten werden der Krankenkasse dann von der Stadt erstattet. Abgelöst ist damit das Verfahren, dass bundesweit bislang immer noch die Regel ist: Vor dem Gang zum Arzt müssen die Asylbewerber erst beim Sozialamt einen Antrag stellen.

Zumindest auf den ersten Blick scheint einiges für die Änderung zu sprechen. So soll der direkt mögliche Arztbesuch verhindern, dass Erkrankungen erst mit zeitlicher Verzögerung behandelt werden. Aus Hamburg wird zudem berichtet, der Umstieg auf die Gesundheitskarte habe zu Einsparungen geführt. Ob dieser Effekt nachhaltig sein wird, darf allerdings bezweifelt werden. Indizien sprechen eher für eine bevorstehende Kostenexplosion im Gesundheitssystem. Generell zu denken geben sollte, dass viele Krankenkassen bei der Gesundheitskarte nicht mitziehen wollen. Wie etwa vom Berliner „Tagesspiegel“ im Frühjahr dieses Jahres unter Berufung auf das saarländische Innenministerium berichtet wurde, ist das Vorhaben, für Asylbewerber in der Landesaufnahmestelle eine entsprechende Vereinbarung zu schließen, daran gescheitert, dass keine Krankenkasse dazu bereit gewesen sei. In demselben Bericht ist zudem von einer Forderung Nordrhein-Westfalens zu lesen, die Krankenkassen künftig per Gesetz zu zwingen, bei der Gesundheitskarte mitzuarbeiten. Ins Bild passend, greifen Hamburg und Bremen bislang zur Umsetzung des Vorhabens auf die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) zurück. Da es sich bei den AOK um Körperschaften des öffentlichen Rechts handelt, ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Gesundheitskarte für Asylbewerber nicht allein wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben, sondern auch politischer Einfluss mit im Spiel war.

> Vielen Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherungen droht, künftig noch länger auf Facharzttermine warten zu müssen

Was die übrigen Krankenkassen in der Vergangenheit veranlasst hat, auf das Geschäft mit Asylbewerbern lieber zu verzichten, kann bislang nur vermutet werden. Ursache könnte zum einen die Angst bei den Krankenkassen vor einem Mehraufwand an Verwaltungsarbeit sein. So erhält in Hamburg die AOK für ihre Arbeit im Monat eine Verwaltungskostenpauschale von zehn Euro pro Person, plus einmalig acht Euro für die Ausgabe der Gesundheitskarte. Hinzu kommen könnten Befürchtungen, Kosten am Ende nicht erstattet zu bekommen. So erfolgt eine Prüfung, ob eine ärztliche Leistung tatsächlich notwendig ist, mit der Gesundheitskarte künftig erst im Nachhinein durch die Krankenkasse. Bei dem bisherigen Verfahren handelt es sich dagegen um eine Vorabprüfung. „Im Moment müssen die Leistungen wenigstens noch vom Sachbearbeiter der Sozialhilfeverwaltung im Landratsamt genehmigt werden“, so ein Kenner der Materie. Anzunehmen ist ferner in der teilweise schon hysterisch zu nennenden „Anti-Rassismus“-Stimmung, dass es kaum ein Arzt oder eine Krankenkasse wagen wird, im Zweifelsfall eine Behandlungsleistung nicht zu gewähren – so sinnlos und teuer diese im Einzelfall auch sein mag. Hinter vorgehaltener Hand werden Asylbewerber schon jetzt als „Sozialhilfe-Adel“ bezeichnet, dem im Zweifel Leistungen genehmigt würden, die einheimischen Hartz-IV-Empfängern verweigert würden. Welche Entwicklung bei den Gesundheitskosten damit droht, machen erste Berichte deutlich, wonach sich Ärzte vor Betreuern oder sogar Medienvertretern rechtfertigen müssen, wenn sie geforderte Behandlungen oder Rezepte für medizinisch nicht angebracht halten.

Wenig überzeugend ist auch das vorgebrachte Argument, dass die medizinischen Leistungen für Asylbewerber auch mit der Gesundheitskarte eingeschränkt seien. Gerade aus Hamburg liegen inzwischen Informationen vor, die für das genaue Gegenteil sprechen. So berichten etwa Zahnärzte, dass Leistungen übernommen werden, für die normale Kassenpatienten selber zahlen müssen. Insgesamt scheint die Behandlung der Asylbewerber so lukrativ zu sein wie sonst nur bei Patienten mit Privatversicherung. Die drohende Folge ist leicht absehbar: Viele Patienten der Gesetzlichen Krankenversicherungen werden künftig noch länger auf Facharzttermine warten müssen. *Norman Hanert*



Muslimin auf dem Behandlungsstuhl: Unter Hamburgs Zahnärzten gilt die Behandlung von Asylbewerbern als ähnlich lukrativ wie die von Privatversicherten Bild: pa

MELDUNGEN

Feuerwehrschule wird Asylheim

Hannover – Der Lehrgangsbetrieb in der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz wird bis auf Weiteres eingestellt. Wie das niedersächsische Innenministerium mitteilte, werden an den beiden Standorten der Akademie in Loy im Landkreis Ammerland und Celle kurzfristig „bis zu 700 Notunterkunftsplätze für Flüchtlinge“ eingerichtet. Die „derzeitige Flüchtlingssituation“ mache diesen „historisch wohl einmaligen Schritt“ unumgänglich. Die vor vier Jahren aus der Landesfeuerwehrschule hervorgegangene Ausbildungseinrichtung führt weiterführende Lehrgänge und Fortbildungen für Angehörige sowohl der Freiwilligen wie der Berufsfeuerwehr durch. *J.H.*

Militäreinsatz war rechtmäßig

Karlsruhe – Das Bundesverfassungsgericht hat die verfassungsrechtlichen Maßstäbe für das Mitentscheidungsrecht des Bundestages über den Einsatz bewaffneter deutscher Soldaten im Ausland konkretisiert. Danach gilt der sogenannte Parlamentsvorbehalt allgemein für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte. Eine zusätzliche militärische „Erheblichkeitsschwelle“ müsse im Einzelfall nicht überschritten sein, so die Richter. Bei Gefahr im Verzug sei die Bundesregierung allerdings ausnahmsweise berechtigt, den Einsatz vorläufig allein zu beschließen. Sie müsse jedoch zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Entscheidung des Bundestages über dessen Fortsetzung herbeiführen. In dem von der Grünen-Fraktion angestrengten Verfahren ging es um die Frage, ob die Regierung die Rechte des Parlaments dadurch verletzt hat, dass sie dessen Zustimmung zur Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus Libyen am 26. Februar 2011 durch Bundeswehrsoldaten nicht nachträglich eingeholt hat. *J.H.*

SPD laufen Mitglieder weg

Den anderen etablierten Parteien geht es auch nicht viel besser

Der Politikwissenschaftler Oskar Niedermayer hat festgestellt, dass der SPD, über Jahrzehnte die Partei mit der stärksten Basis, so wenig Menschen angehören wie nie zuvor. Weniger als 450 000 Personen besitzen derzeit noch das rote Parteibuch. Seit der kleinen Wiedervereinigung im Jahr 1990 hat die Partei mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. 1998, als die Sozialdemokraten zum letzten Mal mit Gerhard Schröder Kanzlerpartei wurden, hatten sie immer noch mehr als 780 000 Mitglieder. „Generell“, sagt Niedermayer, „können wir von einem Trend sprechen.“

Der Berliner Politologe hat gerade erst die neusten Zahlen veröffentlicht. Demnach verloren im vergangenen Jahr alle Parteien im Schnitt 2,5 Prozent. Am stärksten betroffen waren die Linkspartei und die FDP. Direkt danach folgt die SPD. Und bei der zeigt die Kurve eben schon seit Jahren nach unten. Im Zuge der Agenda 2010 des damaligen Kanzlers Schröder traten mehrere Zehntausende aus der Partei aus, der vormalige Parteivorsitzende Oskar Lafontaine nahm vor allem im Westen zahlreiche Aktivisten zur Linkspartei mit, und auch die wiederholte Teilnahme an der Großen Koalition hat der SPD nicht gut getan. „Die meisten Parteien haben mit dem Problem der Überalterung zu tun. Das geht auch der CDU nicht anders, die ja nun auch eine Parteireform angekündigt hat. Bei der SPD kommen aber Richtungsdebatten sowie die Machtfrage auf Bundesebene hinzu“, sagt Niedermayer. Die Frage „Wie halte ich es mit den Linken?“, spaltet die Geister in der Partei seit Jahren. Der gemeinsame Nenner vieler Genossen – ein

> Rot-Grün hat auf absehbare Zeit keine Mehrheit

Bündnis mit den Grünen – scheint auch künftig bei Bundestagswahlen nicht zu reichen. In allen Umfragen dümpelt die SPD derzeit bei ihrem 25-Prozent-Ergebnis von 2013, da nutzen auch die zehn bis zwölf Prozent nichts, die derzeit für die Grünen ausgegeben werden.

Allerdings käme unter Einschluss der Linkspartei ein rot-rot-grünes Bündnis derzeit auf 45 bis 47 Prozent und könnte damit eine Mehrheit der Parlamentssitze gewinnen. Eine solche Konstellation schließt die SPD-Spitze allerdings kategorisch aus. Man wirft der Linken Unzuverlässigkeit in Sachen Außenpolitik vor, hält sie auch bei der Euro-Rettung für einen unsicheren Kantonisten. „Aber natürlich gibt es auch innenpolitisch sehr viele Dinge, bei denen ich Schnittmengen sehe“, sagt dagegen der Parteilinke Ralph Stegner, Landeschef in Schleswig-Holstein. Der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel fürchtet eine solche Diskussion derzeit wie der Teufel das Weihwasser. „Umfragen gewinnen keine Wahlen“, sagte er neulich im ZDF-Sommerinterview und fügte hinzu: „Wir kämpfen um eine eigene Mehrheit.“ Doch wo er die dafür nötigen Stimmen gewinnen will, verriet er nicht. Klar ist nur, dass ein Linkskurs wie in Thüringen nicht unbedingt toleriert wird. Die Erfurter Parteizentrale meldete kürzlich, dass nur noch rund 4000 Menschen im Freistaat das SPD-Parteibuch besäßen. Zu Spitzenzeiten vor 20 Jahren waren es mehr als 6000. Politikwissenschaftler Niedermayer erklärt es damit, „dass heute kein junger Mensch mehr als Parteisoldat in Rente gehen wird. Sie orientieren sich an Sachlösungen.“ Offenkundig hat die SPD davon zu wenige zu bieten. *Peter Entinger*

Alfa zündet nicht

Das einzige Thema der Lucke-Partei ist in den Hintergrund geraten

Vier Landesverbände hat die Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa) mittlerweile, doch die neue Partei von Bernd Lucke tut sich schwer. Der Wirtschaftsprofessor, Europaabgeordnete und Gründer der Alternative für Deutschland (AfD) fühlt sich in diesen Tagen an die Anfangszeit der Anti-Euro-Partei zurückerinnert. „Damals waren auch nicht so viele Menschen gekommen“, sagte Lucke in Berlin, als er sich gemeinsam mit seinem Stellvertreter Bernd Kölmel und der Generalsekretärin Ulrike Trebesius der Hauptstadtpresse vorstellte. Doch das ist nicht die ganze Wahrheit. Die Hälfte der Plätze eines eher kleinen Konferenzraums blieb leer. Das war damals, im März 2013, anders, als sich die AfD erstmals im hessischen Oberursel versammelte. 1300 Menschen kamen zu der Auftaktveranstaltung, mehrere Dutzend Journalisten zur Pressekonferenz. „Wir möchten behutsam vorgehen, keine großen Töne spucken“, sagt Lucke. Es ist zwei Monate her, dass ihn die AfD-Mitglieder auf dem turbulenten Parteitag in Bremen aus dem Amt jagten und er wenig später mit einigen hundert Anhängern seine Gründung verlassen hat. Seitdem läuft es nicht gut für den Professor. Mit seiner Alfa wollte er jene Menschen des Bürgertums für sich gewinnen, „die sich aufgrund des Rechtsrucks“ von der AfD getrennt haben. Viele Funktionäre in Westdeutschland sind mit ihm gegangen, doch das Wählerpotenzial ist offenkundig bei der AfD geblieben. Auf 13 Prozent wird seine ehemalige Partei derzeit bei der Sonntagsfrage in Sachsen taxiert, bundesweit nähert sich die AfD wieder der Fünf-Prozent-Hürde. Die Flüchtlingsproblematik spielt der AfD in die Karten, doch Lucke sagt trotzdem: „Das sind Schmutzfänger am rechten Rand, die Partei ist im Westen ausgesprochen schwach.“



Bernd Lucke Bild: Ossenbrink Media

In den alten Bundesländern finden im kommenden Frühjahr Schicksalswahlen statt: für die AfD und für ihre Abspaltung. Lucke gibt sich sicher, dass seine alte Partei weder in Baden-Württemberg noch in Rheinland-Pfalz in die Landtage einziehen werde. Dass es ihr in Sachsen-Anhalt gelingen wird, will er nicht ausschließen. Doch wie steht es um Alfa? Rund 1000 Mitglieder hat die Partei mittlerweile, weitere 2500 Anträge seien noch in der Prüfung. Experten glauben nicht, dass die Personaldecke ausreicht, um einen flächendeckenden Wahlkampf zu führen. Große Geldmittel habe Alfa auch nicht, betont Lucke. Zudem fehlt ihr ein Thema. Im Umgang mit der Asylbewerberkrise vertritt sie einen dem der etablierten Parteien ähnlichen Kurs. „Aber das, was sie sagt, findet man auch bei CDU und FDP“, erzählt ein Journalist, der in Berlin dabei war. Die Eurokrise, die Lucke und die AfD einst groß gemacht hat, findet derzeit in der öffentlichen Wahrnehmung nicht statt. „Sie wird zurückkommen“, sagte Lucke fast trotzig. Mehr als diese Hoffnung bleibt ihm derzeit auch nicht. *P.E.*

Schutzgut Verfassungsstaat

Politische oder gesellschaftliche Fehlentwicklungen berechtigen nicht zum Widerstand

Angesichts der Zuwandererflut mehren sich die Sorgen vieler um den Bestand unseres Staatswesens. Mancher sieht schon keinen anderen Ausweg mehr, als den Sturz der Regierung zu fordern, und beruft sich dabei auf Artikel 20 (4) des Grundgesetzes. Doch damit liegt er falsch, denn der sogenannte Widerstandsartikel ist kein Instrument zur Legitimierung von zivilem Ungehorsam gegen einzelne Handlungen des Staates. Schutzgut ist ausschließlich der Verfassungsstaat.

Anders als vielfach angenommen, ist der Absatz 4 des Artikels 20 nicht als eine der Lehren aus dem NS-Unrechtsregime in das Grundgesetz aufgenommen worden, sondern erst 1968 im Zuge der Notstandsgesetzgebung. Seitdem gilt: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Mit „diese Ordnung“ ist die freiheitliche, demokratische Grundordnung gemeint, wie sie in den voranstehenden drei Absätzen des Artikels 20 beschrieben wird (siehe Dreispalter unten). Es gehe also nicht, wie der Bundesgerichtshof festgestellt hat, um die „Bewahrung und Sicherung eines geordneten Gemeinschaftslebens“, da dies den an die Verfassung gebundenen staatlichen Organen anvertraut sei. Der durch Artikel 20 rechtlich abgesicherte Widerstand richtet sich somit vor allem gegen staatliche Organe selber, die versuchen, durch politische Entscheidungen die gegebene Verfassungsordnung außer Kraft zu setzen oder zu beseitigen.

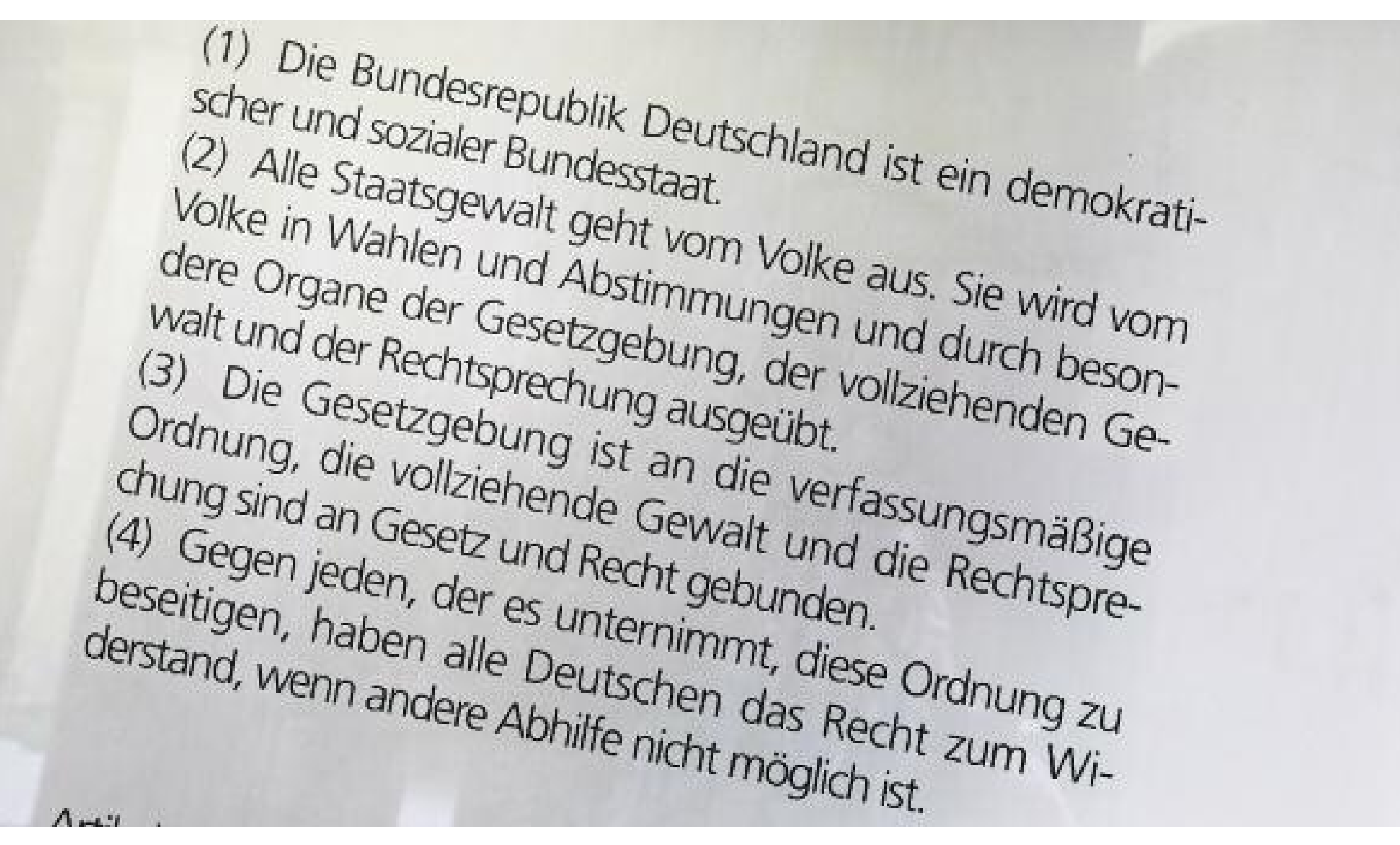
Demzufolge muss es sich um einen Angriff auf die grundlegende Ordnung als solche handeln, um deren Verteidigung und Wiederherstellung es bei der Anwendung des Widerstandsrechts geht. Einzelne verfassungswidrige Maßnahmen des Staates reichen dafür nicht aus. In diesem Fall gibt es zur Abhilfe nur den Weg über Wahlen, Abstimmungen und die Gerichte. Andernfalls übersähe man, so das Bundesverfassungsgericht, „den grundsätzlichen Unterschied zwischen einer intakten Ordnung, in der im Einzelfall auch Verfassungswidrigkeiten vorkommen mögen, und einer Ordnung, in der die Staatsorgane aus Nichtbeachtung von Gesetz und Recht die Verfassung, das Volk und den Staat im Ganzen verderben, so dass auch die in solcher Ordnung bestehenden Rechtsbehelfe nichts mehr nutzen“.

Gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen des Parlaments und der auf sie gestützten Regierung und gegen sonstiges verfassungsgemäßes Handeln gibt es naturgemäß kein Recht auf Widerstand, selbst wenn es als rechtswidrig, unmoralisch oder gar gefährlich empfunden werden sollte. Ziviler Ungehorsam unter Berufung darauf ist demzufolge ausgeschlossen.

Die Ausübung des Widerstandsrechts ist zudem nur zulässig, wenn alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Mittel „so wenig Aussicht auf Erfolg bieten, dass die Ausübung des Widerstandes das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist“, so das Bundesverfassungsgericht. Solange der Angriff auf die Verfassungsordnung also durch die dazu verpflichteten Staatsorgane abgewehrt werden kann und abgewehrt wird und noch nicht alle Mittel der legalen Gegenwehr ausgeschöpft sind, ist „andere Abhilfe“ möglich und der Widerstandsfall nicht gegeben. Mit anderen Worten: Solange das demokratische System intakt ist, gibt es kein Recht auf Widerstand.

Unter Rechtsgelehrten ist strittig, ab welchem Zeitpunkt das Widerstandsrecht greift. Während einige meinen, dass bereits die Vorbereitung zur Beseitigung der Ordnung dazu ausreiche, vertreten andere die Ansicht, dass zumindest der Versuch, wenn nicht gar die vollendete Handlung vorliegen müsse.

Liegen die Voraussetzungen zum Widerstand vor, kann dieser in beliebiger Form, sei es individuell oder kollektiv, ausgeübt werden, sofern dabei das mildeste zur Verfügung stehende Mittel eingesetzt wird. Dabei begangene Rechtsverstöße sind durch das Widerstandsrecht gedeckt. *Jan Heitmann*


(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Legt die unveräußerlichen Merkmale der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland fest: Artikel 20 des Grundgesetzes Bild: pa

Zeitzeugen



Carlo Schmidt – Auf Initiative des Juristen und Widerständlers gegen das NS-Regime wurde das Widerstandsrecht aus dem Grundgesetzentwurf gestrichen. Schmidt kritisierte vor allem die „notwendige tatbestandliche Unschärfe“ des verfassten Widerstandsrechts und die damit einhergehende Gefahr demagogischen Missbrauchs. Auch suggeriere das Widerstandsrecht fälschlicherweise den Eindruck, als werde dem einzelnen das persönliche Risiko des Widerstands dadurch abgenommen.

Josef Isensee – Auch wenn der 1937 geborene Staatsrechtler und Staatsphilosoph, Verfasser die Staatsrechtslehre beeinflussender Schriften, kein ausgesprochener Befürworter des kodifizierten Widerstandsrechts ist, hat er dessen Wesen doch sehr anschaulich beschrieben: „Die Bürger sind das letzte Aufgebot zum Schutz der Verfassung. Wenn nichts anderes mehr hilft, drückt diese ihnen die Waffe des Widerstandsrechts in die Hand, um ihr eigenes Überleben zu sichern.“



Reinhold Zippelius – Der 1928 geborene emeritierte Rechtsprofessor und Verfasser zahlreicher staatsrechtlicher Standardwerke hält das Widerstandsrecht aus Gründen der praktischen Anwendbarkeit und weil es sich „das moralische Wagnis nicht verrechtlichen“ lasse, für wertlos. Um dessen „Positivierung“, also die Aufnahme in das gesetzte Recht, zu begründen, zitiert er Lenin, der gesagt habe, wenn die Deutschen einen Bahnhof stürmten, lösten sie zuvor eine Bahnsteigkarte. Artikel 20 (4) halte, so Zippelius, „für den schlimmsten Fall eine solche Bahnsteigkarte bereit“.



Gustav Heinemann – Für den „radikaldemokratischen“ Juristen, von der CDU zur SPD gewechselten Politiker und dritten Bundespräsidenten war das Widerstandsrecht ein selbstverständliches Recht: „Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.“

Unverzichtbar oder »liberales Zuckerbrot«?

Die Aufnahme des Widerstandsrechts in das Grundgesetz war beileibe nicht unumstritten. Die ersten, die davon nichts hielten, waren die Schöpfer des Grundgesetzes selbst. So sprach der SPD-Politiker und Staatsrechtler Carlo Schmidt von einer „Aufforderung zum Landfriedensbruch“ und brachte damit in dieser Frage die große Mehrheit des Parlamentarischen Rats hinter sich. Auch wurde und wird der Sinn eines Widerstandsrechts grundsätzlich in Frage gestellt. Das Argument: Bleiben Bestrebungen, die verfassungsmäßige Grundordnung zu beseitigen, erfolglos, so bedarf es keiner Berufung auf das Widerstandsrecht. Haben derartige Bestrebungen hingegen Erfolg, so wird die Berufung darauf fruchtlos bleiben und nicht vor Strafe schützen. In einem funktionierenden demokratischen Rechtsstaat ist das Widerstandsrecht also nicht anwendbar und im anderen Fall wertlos. Das mache es zu einem „Schmuckelement“ der Verfassung ohne direkten praktischen Nutzen.

Widerstandsrecht stets umstritten

Es dauerte fast 20 Jahre, bis das Widerstandsrecht Aufnahme in das Grundgesetz fand. Hintergrund waren die umstrittenen Notstandsgesetze, welche die Handlungsfähigkeit des Staates in Krisensituationen sichern sollen und dazu die vorübergehende Einschränkung von Grundrechten vorsehen. Um der Furcht vor Missbrauch dieser Notstandsbefugnisse durch die Staatsgewalt zu begegnen, wurde das Widerstandsrecht kodifiziert. Für Kritiker ist es indes nicht mehr als eine „Beruhigungspille“ oder, wie es der Staatsrechtler Josef Isensee ausdrückt, das Bestreben des Gesetzgebers, „gegenüber den umstrittenen Freiheitsbeschränkungen ein neues Individualrecht als Äquivalent zu bieten, gleichsam zur autoritären Peitsche das liberale Zuckerbrot zu geben“. *J.H.*

Verfassung in Kurzform

Artikel 20 legt die rechtliche Grundordnung des Staates fest

Er steht nicht am Anfang des Grundgesetzes, und doch gehört der Artikel 20 zu dessen wichtigsten Normen. In den ersten dreien seiner vier Absätze steht: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“

Diese Sätze enthalten die wichtigsten Strukturprinzipien des Grundgesetzes und legen damit die wesentlichen Merkmale der Staatsform der Bundesrepublik Deutschland fest: Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat. Diese Strukturprinzipien werden in anderen Verfassungsartikeln weiter ausgeführt und dürfen wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung in ihrem ursprünglichen Bestand und Sinngehalt nicht geändert werden. Denn gemäß der sogenannten Ewigkeitsentscheidung in Artikel 79 ist eine Änderung des Grundgesetzes, „durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung, oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden“, unzulässig. Für den nachträglich in das Grundgesetz eingefügten Absatz 4, der das Widerstandsrecht normiert, gilt die Unabänderlichkeit nach der heute vorherrschenden Meinung in der Staatsrechtslehre hingegen nicht.

Strukturprinzipien mit Bestandsgarantie für die Ewigkeit

Das Demokratieprinzip besagt, dass alle Gewalt vom Volk ausgeht, das Staatsvolk also der einzige Souverän ist. Seine Interessen werden in der repräsentativen Demokratie durch die gewählten Vertreter in den Parlamenten wahrgenommen, die nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden. Das Bundesstaatsprinzip legt die Gliederung des Staatsgebietes in Bundesländer fest und regelt deren Befugnisse im föderalen System. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern ist ebenfalls im Grundgesetz geregelt. Das Rechtsstaatlichkeitsprinzip bedeutet, dass die Gesetzgebung an die Verfassung gebunden ist und Gesetze nicht willkürlich verabschiedet werden dürfen. Außerdem bindet es die vollziehende Gewalt, die Verwaltung und die Rechtsprechung an das geltende Recht und schützt die Bürger vor Willkür und Ungleichbehandlung. Auch die Politik ist an das Recht gebunden und steht nicht über ihm. Aus dem Sozialstaatsprinzip schließlich lässt sich in Verbindung mit dem grundgesetzlich verbrieften Schutz der Würde des Menschen die Garantie eines bestimmten Existenzminimums durch die Gewährung staatlicher Leistungen, des Schutzes bestimmter Gruppen und die Angleichung der Lebenschancen aller Bürger ableiten. Ziel staatlicher Sozialpolitik ist also die Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

Nur gegen denjenigen, der die Axt an diese Prinzipien der staatlichen Grundordnung legt, besteht ein Widerstandsrecht. *J.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Polizisten zunehmend ernüchtert

Prüfbericht zerreißt Brandenburgs Schrumpfpolitik in der Luft – doch Rot-Rot bleibt stur



„Keine Entspannung abzusehen“: Polizist empfängt Zuwanderer am Bahnhof im märkischen Schönfeld südlich von Berlin

Bild: action press

Die Pläne der brandenburgischen Landesregierung zur Reform der Polizei stehen nach einem aktuellen Bericht stärker in der Kritik denn je – laut Opposition ist die Reform sogar gescheitert. Polizisten äußern sich zunehmend ernüchtert.

Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) besteht auf mehr als 8200 Polizeibeamten als Ziel für die ganze Mark. Derzeit sind offiziell um die 8000 Ordnungshüter im Einsatz. Der rot-rote Koalitionsvertrag hält allen Einwänden zum Trotz nur 7855 Beamte als Mindestgröße für ausreichend. Selbst ein Prüfbericht zur Polizeireform, der im Juli krasse Mängel in allen Polizeibereichen aufgedeckt hat, bewegt Rot-Rot nicht zum Einlenken.

Brandenburgs Polizeireform 2020 wird seit 2011 heiß diskutiert. Idee der Reform ist die Anpassung an eine voraussichtlich abnehmende Bevölkerung. So kommt es seither zu Schließungen von Wachen, Abbau von Beamtenstellen und längeren Anfahrten zu Einsätzen. Dadurch hat sich die Grenz- und Transitkriminalität deutlich erhöht. Die Bürger ziehen sich frustriert aus Sicherheitspartnerschaften mit dem Land zurück, existenzbedrohende Diebstahlserien und geringe Aufklärungsquoten sorgen für politischen Sprengstoff. Die Zuwanderungspolitik des Bundes setzt die Menschen zusätzlich unter Druck. Der Prüfbericht („Evaluierungsbericht“) sollte daher klären, wie es um die Polizei der Mark bestellt ist.

Der Report bilanziert in den Revieren schon jetzt weniger Beamte, als es das Sparziel für 2020 anpeilt. Dabei ist der Mangel laut dem Papier noch deutlicher, da die Revierpolizei herhalten muss, um Lücken beim Wach- und Streifendienst zu füllen oder Amtshilfe zu leisten. Die Bürgersprechstunden zwischen 8 und 20 Uhr seien „nicht vollumfänglich umgesetzt worden“. Kurzum, die Reviere sind unterbesetzt und können ihre Aufgaben nicht mehr richtig erfüllen.

Bei den Streifen ist die Bilanz ebenso verheerend: „Zu keinem Zeitpunkt konnte die … definierte Anzahl von 124 Funkstreifenwagen“, die täglich auf den Straßen im Einsatz sein sollten, erreicht werden. Weniger Streifenwagen mussten demnach mehr Einsätze fahren, entsprechend stiegen krankheitsbedingte Ausfälle. Zudem gebe es zu wenig junge Beamte, somit sei die Stellenplanung für 2020 bereits 2014 erreicht „oder sogar unterschritten“ worden. Die Polizisten werden dermaßen häufig zum Ausgleich von Mängeln beansprucht, dass beispielsweise die Abnahme von Verkehrsdelikten laut Bericht „von der Staatsanwaltschaft auf eine reduzierte Kontrolldichte der Polizei zurückgeführt“ wird.

Überbeanspruchung: krankheitsbedingte Ausfälle steigen an

Die Regierung hat zudem brisante Entwicklungen unterschätzt. Laut Bericht sind die Gewässer bei nur 173 Männern und Frauen der Wasserschutzpolizei „nicht hinreichend sicher“, obwohl sich dort ein starker Tourismus etabliert hat. Für die Bereitschaftspolizei gelte: „Nicht nur die regelmäßig wiederkehrenden Einsatzlagen im Bereich Fußball und Versammlungen gilt es abzusichern. Durch die Auseinandersetzungen mit neuen Schwerpunkten wie Asylpolitik, Islamismus, Grenzkriminalität ist keine Entspannung der polizeilichen Lage abzusehen.“

Beim Mobilen Einsatzkommando sind demnach mit 53 statt einst 60 Stellen nicht mehr genug geschulte Kräfte vorhanden, um schwere und organisierte Kriminalität zu überwachen. Die technische Ausstattung in der Abteilung „Operative Technik“ halte mit dem Bedarf nicht stand – wenn mehrere Stellen zugleich Mobiltelefone von Verbrechern orten müssten, herrsche Stillstand. Bei verschlüsselter Kommunikation bleibe die Polizei ganz außen vor.

Auch die neue Struktur mit Kommissariaten in den Inspektionen und vier Direktionen ist laut führenden Polizisten „nicht ausreichend effektiv und flexibel“. Gerade bei der politischen Kriminalität weist der Bericht nach, wie weit sich die Schere zwischen rotroten Annahmen und der Realität geöffnet hat.

Das Papier entfaltet im Landtag Sprengkraft: Die CDU brachte einen Antrag ein, die Polizeireform als gescheitert abzuhaken – die AfD stimmte zu. CDU und AfD sehen das rot-rote Kalkül, dass mit sinkenden Einwohnerzahlen Kriminalität und Einsätze zurückgingen, als klar widerlegt an. Innenminister Schröter, der gegen seine Koalitionskollegen für mehr Polizisten eintritt, reagiert dünnhäutig. Er warte auf eine Rede des CDU-Innenexperten Björn Lakenmacher, in der zur Abwechslung mal keine Rede von der völlig gescheiterten rot-roten Polizeireform sei: „Vielleicht beweist die Polizei in Brandenburg, wie sehr Sie unrecht haben.“

Die Beamten nehmen indes kein Blatt vor den Mund. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gab vor wenigen Tagen bekannt, die Polizei liege faktisch „schon unter 8000 Mann“. Für eine sichere Polizeiarbeit liege die Schmerzgrenze aber bei 8300 Polizisten. „Notwendig“ sei eine Personalstärke von 8900 Kollegen.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) Brandenburg erwartet nur noch wenig von der Politik, wertet den „Evaluierungsbericht“ allerdings positiv: Dessen Fortschritt bestehe darin, dass die jüngst von Rot-Rot diskutierte Ziel-Zahl von 7855 nicht mehr erwogen werde. DPolG-Landesvorsitzender Peter Neumann ist allerdings überzeugt, „dass die im Evaluierungsbericht geforderten 8216 Polizeistellen nicht so schnell und ohne Weiteres umsetzbar sind“. Um überhaupt politisch gehört zu werden, solle für diese Personalstärke das Jahr 2018 angepeilt werden.

Sverre Gutschmidt

Marathon der Taschendiebe

Von Vera Lengsfeld

Berlin hatte wieder mal ein Großereignis. Diesmal war es der Marathon, der am Brandenburger Tor startete, ebendort auch endete und hunderttausende Zuschauer an die Strecke lockte. So vergnüglich das war, so ernüchtert waren am Ende viele der Begeisterten. Die Taschendiebe Berlins waren nämlich eifrigst im Einsatz. Das bekamen nicht nur die Zuschauer zu spüren, sondern auch die aus aller Welt angereisten Teilnehmer. Ein Mann aus Singapur hatte noch keine Teilnehmernummer, da fehlte ihm bereits die Geldbörse. Der „Tagesspiegel“ jubelte: „Das Marathon-Wochenende war ein Fest für 40 000 Läufer, 20 000 Skater, gefühlt eine Million Touristen – und geschätzt tausend Taschendiebe.“ Wenn das kein Grund zum Feiern ist!

Die Berliner Polizei war nicht untätig. Sie hatte bereits zehn Tage vorher eine Twitter-Kampagne gestartet, um die Berliner und ihre Gäste für das Taschendieb-Problem zu sensibilisieren. Die Beamten legten sich mächtig ins Zeug und gossen ihren Ehrgeiz sogar in Verse: „In Nähe von Bahnsteigen aufgepasst, vor allem bei Gedränge und bei Hast, der Dieb Ihnen gern in die Tasche fasst“, reimte die Polizei am Sonntag um 13.04 Uhr. Das half offensichtlich nicht viel, denn allein an diesem Vormittag wurden 19 Taschendiebstähle angezeigt, zwölf davon in Bussen und Bahnen. „3 Mal traf's Schlafende“, twitterte @PolizeiBerlin, ganz auf der Höhe der Zeit. Die Bestohlenen konnten sich immerhin freuen, dass ihr Verlust fast in Echtzeit publik gemacht wurde.

Die Diebe sind aber auch nachtaktiv. In einer Nacht schlugen sie 60 Mal zu. Allerdings dürfe man das nicht einfach mit 364 multiplizieren, versicherten die Ordnungshüter, in diesem Fall besser Diebstahlsverwalter, auf Twitter. Warum eigentlich nicht? Hat Berlin nicht gute Chancen, zur Taschendiebstahlhauptstadt der Welt zu werden? Man rechnet auch in diesem Jahr mit einem Anzeigenrekord, das wäre dann der sechste in Folge.

Allein von 2013 auf 2014 stieg die Zahl der angezeigten Diebstähle um 55 Prozent. Die Dunkelziffer liegt mit Sicherheit weit darüber, denn bestohlene Touristen dürften sich eher selten auf den Weg zur Polizei machen. Die Aufklärungsrate liegt übrigens bei vier Prozent, das entspricht dem Ermittlungserfolg bei Fahrraddiebstählen.

Eine gewisse Meisterschaft kann man den Dieben übrigens nicht absprechen. Manche haben sich auf Rolltreppendrängeln spezialisiert. Da wird den Passagieren im Vorübergehen alles abgenommen, was sich problemlos greifen lässt: Geldbörsen, Kameras, Handys, sogar Gebisse, wenn sie in der Manteltasche getragen werden.

Berlinbesucher – haltet eure Taschen fest!

Das Meldewesen kollabiert

Berlins Bürgerämter versinken im Chaos – mit teuren Folgen

In der Hauptstadt droht nach der Ausländerbehörde auch das Meldewesen zusammenzubrechen. Bürger, die umziehen, erhalten in der gesetzlich vorgeschriebenen Frist kaum einen Termin, sich umzumelden. Die Meldedaten sind als Grundlage der Einwohnerstatistik aber von großer finanzieller Bedeutung, eine Vernachlässigung der Verwaltung durch die Politik droht für den Steuerzahler teuer zu werden.

Laut Gesetz müsste jeder Bürger einen Umzug binnen 14 Tagen melden, doch Termine vergibt das Amt erst wieder im November. Seit August 2014 läuft auf Berlins Bürgerämtern kaum noch etwas ohne Termin. So wird es Bürgern schwer gemacht, bei Umzug oder Arbeitsplatzwechsel rechtmäßig zu handeln.

Was für den Einzelnen umständliche zusätzliche Behördengänge und womöglich auch rechtliche Probleme mit sich bringt, wirkt sich mit Verzögerung auch auf die Statistiken aus. Diese sind für politische Entscheidungen unabdingbar. Die Daten sind die Grundlage des für Berlin sehr profitablen Länderfinanzausgleichs, weil die Einwohnerzahl die Höhe der Zahlungen stark beeinflusst. „Berlin ist reich an Studenten und Ausländern, und beide Gruppen gelten erfahrungsgemäß als besonders große Fehlerquellen“, stellte das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seinem Nachrichtendienst „Demos“ bereits 2011 mit Blick auf die Einwohnerdaten fest. Die Zahl der „Karteileichen“ in der Hauptstadt ist demnach seit Jahren groß. Im Jahr 2013 musste Berlin bereits für den politisch laxen Umgang mit den Einwohnerdaten bezahlen: Eine bundesweite Volkszählung ergab für die Hauptstadt 180 000 Menschen weniger als zuvor veranschlagt. Das Land musste rund 940 Millionen Euro an den Länderfinanzausgleich zurückzahlen. Und das Ausmaß unvorhergesehener Mindereinnahmen für den Landeshaushalt und damit für alle Bewohner ist damit noch nicht einmal annähernd abgedeckt. Der kommunale Finanzausgleich und die Verteilung der Umsatzsteuer unter den Bundesländern hängen ebenfalls von den Einwohnern ab.

Beim Finanzausgleich der Länder drohen gewaltige Einbußen

Dass Berlins Politik nach der Blamage der Volkszählung 2013 nicht darauf drängt, Einwohnerdaten besser zu pflegen, machen Kritiker vor allem am Stil der Verwaltung und deren Zusammenspiel mit der Politik fest. Elektronische Akten und zeitgemäßer Datenabgleich funktionierten nur schleppend, das Personal sei zu sehr mit internen Abläufen statt mit dem Dienst am Bürger beschäftigt. *SV*

»Für das Leben«

Abtreibungsgegner von Linken attackiert

Der von christlichen Gruppen organisierte „Marsch für das Leben“ am 19. September in Berlin wurde massiv von Linksextremisten gestört. Der Publizist Martin Lohmann hatte Sterbehilfe und Abtreibung zum Thema der diesjährigen Kundgebung gemacht, die von verschiedenen CDU-Parlamentariern, der AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch, der Katholischen Kirche sowie einigen evangelischen Bischöfen unterstützt wurde.

In Zentrum des Marsches stand die Kritik an der hohen Zahl von Abtreibungen in Deutschland. Auf mehreren Schildern wurde eine „Willkommenskultur für Ungeborene“ gefordert. Die Beteiligung mit 7000 Teilnehmern (Veranstalterangabe) war erneut stärker als im Vorjahr gewesen.

Innensenator Frank Henkel (CDU) hatte 1000 Polizisten aufgeboten, um den Demonstrationszug vor linksextremen Übergriffen zu schützen. Das linksradikale und „queerfeministische“ Bündnis „What the fuck“ und das linke „Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung“ hatten 1700 Störer aufgeboten.

Marsch wurde über Stunden blockiert

Obwohl „What the fuck“ im Vorfeld zu Straftaten (Blockade des Zuges) aufgerufen hatte, unternahm Henkel nicht den Versuch eines Verbotes der Veranstaltung. Stattdessen konnten 300 Linkextremisten den „Marsch für das Leben“ unter den Augen der Polizei stundenlang blockieren. 14 Polizisten wurden leicht verletzt. Von 16 Linken wurden die Personalien aufgenommen, zwölf weitere festgenommen. Der Versuch der Linksextremen, eine Polizeikette zu durchbrechen, konnte nur durch den Einsatz von Reizgas gestoppt werden. *H.L.*

Mehrkosten wegen Asylflut

Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linke) muss wegen der Asylpolitik seiner rot-roten Regierung einen Nachtragshaushalt vorlegen. Weil sich die Landesregierung weitgehend weigert, abgelehnte Asylbewerber in deren Heimat zurückzuschicken, explodieren die Kosten. Es gebe zusätzlichen Bedarf in den Bereichen Polizei, Justiz und Bildung, so Görke. Brandenburg hofft auf Zahlungen aus dem Bundeshaushalt. Im November könne man die Situation „besser“ einschätzen. SPD-Fraktionschef Klaus Ness erklärte, man wolle abwarten, wie viel Geld der Bund den Ländern zur Verfügung stelle und wie hoch die November-Steuerschätzung ausfalle. Das Problem ist hausgemacht. Im vergangenen Jahr sind von mehr als 3100 rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern nur gut 100 abgeschoben worden, also etwa drei Prozent. Eine „Kundgebung gegen Asylmissbrauch“ der AfD vor dem Landtag wurde von SPD, CDU, Linkspartei und Grünen einhellig kritisiert. *H.L.*

MELDUNGEN

Slowakei droht mit EU-Austritt

Preßburg – Der slowakische Premierminister Robert Fico hat mit einem Austritt seines Landes aus der Europäischen Union gedroht, falls diese die Einwanderung der sogenannten Flüchtlinge nicht unterbinde. Eine verpflichtende Aufnahmequote könne er nicht akzeptieren, da es völlig ungewiss sei, was dies in der Praxis bedeute. Die Slowakei sei allerdings bereit, mit humanitärer Hilfe in den Herkunftsländern einen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten. Sollte die EU jedoch die Slowakei mit Druck zu einer Annahme ihrer „dummen und gefährlichen Gedanken“ zwingen wollen, habe es keinen Wert, in ihr zu verbleiben. *T.W.W.*

Flüchtlinge in Syrien hungern

Rom – Das UN-Welternährungsprogramm (WFP) warnt vor einer Verschärfung der Lage der Flüchtlinge in Syrien und in den benachbarten Aufnahmeländern. Das „humanitäre System“ funktioniere zwar noch, aber es habe nur rund 40 Prozent der benötigten Mittel zur Verfügung, um die in der Region betreuten rund sechs Millionen Flüchtlinge zu unterstützen. Besonders dramatisch sei die Lage der Binnenflüchtlinge in Syrien. Rund ein Drittel von ihnen hätte kaum Zugang zu Nahrung, rund der Hälfte drohe dieses Schicksal. Nur bei rund 15 Prozent der Binnenflüchtlinge könne man von Ernährungssicherheit sprechen. Deutschland hat nach Angaben der Bundesregierung seit Beginn der Syrien-Krise mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, davon etwa 485 Millionen für humanitäre Hilfsmaßnahmen, 448 Millionen Euro für strukturbildende Übergangs- und bilaterale Hilfe sowie über 86 Millionen Euro für „Maßnahmen der Krisenbewältigung“. *J.H.*

Frankreich greift den IS in Syrien an

Die »Grande Nation« ist vom dschihadistischen Terror betroffen wie kein anderes europäisches Land

Mit Frankreich beginnt erstmals ein westliches Land Luftschläge gegen Dschihadisten in Syrien, weil „von syrischem Territorium aus Anschläge auf Frankreich geplant werden“.

Frankreich ist das Land Europas, das von dem dschihadistischen Terror am meisten betroffen ist. Nicht nur das islamistische Gemetzel in der Redaktion des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ und in einem jüdischen Einkaufszentrum im Januar sind noch in lebhafter Erinnerung. In Frankreich gelang auch als erstem Land außerhalb des dschihadistischen Machtbereichs im Nahen Osten die Enthauptung eines Unbeteiligten durch einen Dschihadisten. Anschläge auf eine Kirche und einen Schnellzug konnten in den letzten Wochen nur knapp vereitelt werden. Dschihadisten aus Syrien wurden mit konkreten Anschlagsplänen verhaftet. All diese Ereignisse haben in der französischen Gesellschaft Spuren hinterlassen. So wird bereits eine Ausweitung der Berechtigten für Waffenbesitz diskutiert, weil einige der missglückten Anschläge nur durch zufällig vor Ort befindliche bewaffnete Kräfte verhindert werden konnten.

Frankreich ist jetzt das erste Land, das seinen Einsatz an der Seite der internationalen Koalition in Syrien gegen den Islamischen Staat mit der Bedrohungslage zu Hause begründet. „Die dschihadistische Bedrohung Frankreichs kommt aus den Zonen, die der IS kontrolliert“, sagte der französische Premier Manuel Valls vor der Nationalversammlung. Die zurückliegenden Attentate oder Attentatsversuche in Frankreich hatten den französischen Behörden jeweils Belege dafür geliefert, dass junge Menschen in Syrien gezielt ausgebildet werden, um Anschläge in Frankreich zu verüben. „Wir müssen mehr über die Mittel und Orte der IS-Einheiten wissen, um sie in Syrien angreifen zu können“, aus Notwehr, wie es Artikel 51 der UN-Charta zulasse, ergänzte der französische Premierminister.

> »Die dschihadistische Bedrohung Frankreichs kommt aus den Zonen, die der IS kontrolliert«

Frankreich war vom Ende des Ersten Weltkrieges bis 1946 Mandatsmacht in Syrien und steht mit Großbritannien für die ungerechte Grenzziehung im Nahen Osten, die jetzt vom IS in Frage gestellt wird. Seit den Christenmassakern von 1860 in Damaskus und dem Libanon versteht sich Frankreich zusätzlich als Schutzmacht der orientalischen Christen. Die syrische Stadt mit dem höchsten Anteil an Christen war Aleppo. Gleichzeitig war es bis zur Zerstörung im jetzigen Bürgerkrieg auch die Wirtschaftsmetropole Syriens. Der französische Präsident François Hollande betrachtet Aleppo als Schlüsselstadt des syrischen Bürgerkrieges. Nur wenn das Schicksal dieser seit drei Jahren geteilten und umkämpften Stadt entschieden ist, besteht Aussicht auf einen Waffenstillstand.

Frankreich hatte sich seit einem Jahr an den internationalen Luftschlägen gegen den Islamischen Staat im Irak beteiligt, seit dem 25. September tut Frankreich dies auch in Syrien. Dieser Einsatz war jedoch nicht unumstritten. Skepsis herrscht vor allem, ob Luftschläge auf Stellungen des IS in Syrien ihr taktisches und strategisches Ziel erreichen. Die Partei von Nicolas Sarkozy, die sich jetzt „Republikaner“ nennt, streitet sogar über die Notwendigkeit eines zusätzlichen Einsatzes von Bodentruppen in Syrien. Der Abgeordnete Bruno Le Maire ist für einen begrenzten Einsatz französischer Soldaten in Syrien, sein Parteifreund Alain Juppé ist strikt dagegen.

Frankreich hat auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Syrien-Dilemma den iranischen Präsidenten Hassan Rohani nach Paris eingeladen. Gerade der Iran ist nach der Einigung im Atomstreit zu einem entscheidenden Machtfaktor in der Region geworden. Teile der konservativen Opposition Frankreichs forderten auch, den Dialog mit Baschar al-Assad als das kleinere Übel wieder aufzunehmen. Es brauche eine Koalition mit dem Iran und Russland, mahnte der frühere Premierminister François Fillon. Die Frage, was aus dem syrischen Diktator werde, müsse im Kampf gegen den IS erst einmal hintan gestellt werden.

Die Suche nach einer politischen Lösung des Syrienkonfliktes hat sich seit Beginn des Massenansturms syrischer Asylsuchender auf Europa verstärkt. Die Einrichtung von Schutzzonen in Nordsyrien, um die es nach der Aufkündigung des Waffenstillstands mit der kurdischen PKK durch Recep Tayyip Erdogan schnell wieder still geworden war, ist von Österreich und jetzt auch von der Türkei wieder in die Diskussion geworfen worden. Erdogan wäre bereit, wenn Europa bezahlt, innerhalb dieser Zone drei Flüchtlingsstädte für eine Million Menschen zu bauen und zu betreuen. *Bodo Bost*

Flogen Angriffe auf IS-Ausbildungslager in Syrien: Französische Mehrzweckkampfflugzeuge vom Typ „Rafale“ Bild: pa

EU hofiert die Türkei

Erdogan kann den Massenzustrom aus Syrien manipulieren

Weder das militärische Vorgehen gegen die Kurden noch der Umgang mit Journalisten und Oppositionellen sind für europäische Politiker Hinderungsgründe, den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan regelrecht zu hofieren. Nachdem die Gespräche mit Ankara über Jahre festgefahren waren, liegt nun vom EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn die Ankündigung vor, beschleunigt über einen türkischen EU-Beitritt verhandeln zu wollen. Schon bis zum Jahr 2017 hält der EU-Kommissar es für möglich, dass die Visumspflicht für Bürger aus der Türkei, die in den Schengen-Raum reisen, aufgehoben wird. Politische Beobachter rechnen inzwischen sogar mit einer Einladung Erdogans zum nächsten EU-Gipfel. Mit Blick auf die türkischen Neuwahlen am 1. November könnte dies der entscheidende Rückenwind für Erdogans AKP sein.

Für den neuerdings überaus freundlichen Ton gegenüber Erdogan gibt es handfeste Gründe. Mit der massiven Zuwanderungswelle nach Europa befindet sich die Türkei in einer Schlüsselposition. Erdogan hat es in der Hand, jederzeit den Zuwanderungsdruck nach Europa ansteigen zu lassen oder zu vermindern. Innerhalb der Türkei leben geschätzte zwei Millionen geflüchtete Syrer, dazu mindestens noch einmal 300000 Personen aus anderen arabischen Ländern. Dazu ist die Türkei beispielsweise für Afghanen Transitland, die über die sogenannte Südroute illegal in die EU einreisen wollen.

Weitreichende Folgen könnte ein Vorschlag haben, der unlängst in Brüssel bekannt wurde. Nachgedacht wird offenbar über ein Angebot, wonach die EU eine Million Syrer aus der Türkei aufnehmen könnte. Im Gegenzug soll sich die Türkei verpflichten, das 2017 in Kraft tretende Rücknahmeabkommen mit der EU schon jetzt anzuwenden. Nach den Erfahrungen, die Griechenland gemacht hat, ist allerdings große Skepsis angebracht. Im Jahr 2014 hat Griechenland, das bereits einen entsprechenden Vertrag mit der Türkei hat, bei seinem Nachbarn 9600 Rücknahmeanträge für illegal Eingereiste gestellt. Lediglich sechs Anträge hat die Türkei akzeptiert, so der erreichbaren Befund des österreichischen „Standard“.

> Spielt Ankara mit Brüssel ein doppeltes Spiel?

Es gibt hinreichende Indizien, dass die Türkei zu den massiven Flüchtlingsströmen aus Syrien beigetragen hat. Als belegt kann gelten, dass der türkische Geheimdienst einzelne Gruppen innerhalb der syrischen Opposition mit Waffen unterstützt hat. Der Verdacht, die Türkei könne mit der EU ein doppeltes Spiel betreiben, hat neue Nahrung erhalten. Bereits Anfang September hat die griechische Küstenwache nach eigenen Angaben eine Lieferung von Waffen auf dem Weg von der Türkei in das Bürgerkriegsland Libyen abgefangen. Laut Medienberichten wurden 5000 Langfeuerwaffen und eine halbe Million Schuss Munition gefunden, die hinter der normalen Ladung versteckt waren. Sollte der Vorwurf von griechischer Seite zutreffen, dann wäre dies ein Verstoß gegen ein Waffenembargo, das die Vereinten Nationen gegen Libyen verhängt haben. Von einem Sprecher des türkischen Außenministeriums wurde bestätigt, dass das Schiff Waffen transportiert habe. Die Fracht sei allerdings vollständig dokumentiert und für die sudanesische Polizei bestimmt gewesen. Zudem habe der Frachter Baumaterialien für Libyen transportiert, so das türkische Außenministerium. *Norman Hanert*

Die Reihen lichten sich

Der Kreis der US-Präsidentschaftskandidaten wird übersichtlicher

Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden ist eine teure Angelegenheit. Da geht so manchem die Luft aus, bevor der Wahlkampf überhaupt begonnen hat. Im kommenden Jahr geht die zweite Amtszeit von US-Präsident Barack Obama zu Ende. Als Nachfolgerin hat er seine Außenministerin Hilary Clinton vorgeschlagen und es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Frau des Ex-Präsidenten Bill die Kandidatenkür der Demokraten erfolgreich absolvieren wird.

Anders sieht es bei der Konkurrenz aus. In einem innerparteilichen Wahlkampf, der in mehreren TV-Duellen gipfelt, suchen derzeit die Republikaner den geeigneten Herausforderer. Es ist eine illustre Runde, die sich da zusammengefunden hat. 17 Männer und Frauen sind ins Rennen gegangen, mittlerweile haben sich die Reihen gelichtet.

In der vergangenen Woche strich Wisconsins Gouverneur Scott Walker die Segel. Ursprünglich galt er als möglicher Kompromiss-Kandidat, der die in heftige Flügelkämpfe verwickelten Republikaner einen könnte. Doch sein Stern verblasste relativ schnell. Mit dem Absturz in den Umfragen seien auch die Wahlkampfspenden deutlich zurückgegangen, berichtet die „New York Times“. Dies sei der Grund für den Rückzug.

Der radikale Wirtschaftsliberale Rand Paul bewirbt sich ebenso wie der katholische Fundamentalist Rick Santorum. In der Mitte der Partei steht der in der Bevölkerung beliebte Gouverneur von New Jersey, Chris Christie, dem allerdings offenbar die nötigen Geldmittel fehlen und der die starken Ränder der Partei nicht erreicht. Bessere Aussichten könnte da die ehemalige Hewlett-Packard-Chefin Carly Fiorina haben, die in der letzten TV-Debatte ordentlich gepunktet hat. „Souverän und geschliffen, Clinton sicherlich ebenbürtig“, bilanzierte die „New York Times“ den Auftritt der Neu-Politikerin, die sich auch von ihrem bisher schärfsten Kontrahenten Donald Trump nicht aus der Ruhe bringen ließ. Der 69-jährige Unternehmer und Multimillionär bescheinigte der einzigen Frau im Kandidatenfeld, sie habe „ein hässliches Gesicht“ und er könne sich nicht vorstellen, dass die Amerikaner so jemanden zum Präsidenten wählen würden. „Ich bin mir sicher, dass die Frauen in den USA genau gehört haben, was Trump gesagt hat“, erklärte seine Mitbewerberin daraufhin, die ihrerseits Trumps Qualifikation in Frage stellte: "Sie haben nicht einmal, nicht zweimal, sie haben viermal Insolvenz angemeldet mit ihren Kasinos. Warum sollten wir Ihnen vertrauen, dass sie die Finanzen unseres Landes besser managen würden?“

> Mancher Kandidat der Republikaner hat schon aufgegeben

Bisher liegt Trump in den innerparteilichen Umfragen vorne, sein größter Vorteil ist seine prall gefüllte Kriegskasse. Die wird dann richtig wichtig, wenn Anfang kommenden Jahres die Vorwahlen anstehen und die TV-Sender die kostspieligen Wahlwerbespots anbieten. Dies könnte dem früheren Neurochirurgen Ben Carson zum Verhängnis werden, der bislang in den Umfragen gut abschnitt, aber kürzlich mit der Bemerkung irritierte, er könne sich nicht vorstellen, dass ein Moslem US-Präsident werden dürfe. Merklich zurückgehalten hat sich bisher Jeb Bush. Vater George und Bruder George W. waren bereits US-Präsidenten, die Familie kann also Wahlkampf. "Ich gebe dann Gas, wenn es wichtig wird“, sagt Bush. *Peter Entinger*

US-Angriff auf »Made in Germany«

Welche Motive hinter dem Vorgehen der amerikanischen Umweltbehörde EPA gegen Volkswagen stecken

Gerade hat Volkswagen den japanischen Konkurrenten Toyota als weltweit größten Autobauer überholt, da droht dem Wolfsburger Konzern in den USA eine existenzbedrohende Milliardenstrafe. Die Folgen könnten den Industriestandort Deutschland insgesamt gefährden.

Auf den ersten Blick scheint im Fall Volkswagen alles eindeutig. Der Autobauer hat bei einigen seiner Dieselmodelle offenbar die Abgaswerte manipuliert und die Verbraucher getäuscht. In den USA, wo die Affäre nach Ermittlungen der Umweltbehörde EPA ihren Anfang nahm, droht VW nun eine Strafzahlung von bis zu 18 Milliarden US-Dollar. Dazu kommen wahrscheinlich noch einmal Sammelklagen, die VW am Ende zusätzlich noch einmal ein Vielfaches dieser Rekordstrafe kosten können. „VW dürfte noch nicht wirklich eine Vorstellung davon haben, mit welchen gigantischen Schadenersatzforderungen die amerikanischen Kollegen aufwarten werden“ , so die Einschätzung des auf Haftungsrecht spezialisierten Anwaltes Jürgen Hennemann im „Spiegel“. Obendrein muss VW auch mit einer langfristigen Beschädigung des Renommees rechnen. Ist der Ruf erst einmal angekratzt, üben sich gerade die US-Verbraucher oft jahrelang in Kaufzurückhaltung, wie dies bereits die Automarke Audi spüren musste.

Im Jahr 1987 waren gegen den Audi 5000, die US-Version des Audi 100/200, in einer Reportage der populären TV-Sendung „60 Minutes“ schwere Vorwürfe erhoben worden. Auf mysteriöse Weise sollten sich Fahrzeuge von Audi in Bewegung gesetzt und hunderte Unfälle mit sechs Todesopfern verursacht haben, so der damals erhobene Vorwurf. Am Ende einer hysterischen Berichterstattung in den US-Medien stand der Befund, dass den deutschen Autobauer keine Schuld traf. Nicht ein technischer Defekt, sondern Bedienfehler der Kunden waren die Ursache der Unfälle. Trotzdem hatte Audi lange Zeit mit den Folgen der unberechtigt erhobenen Vorwürfe zu kämpfen. Die Verkaufszahlen erlebten einen regelrechten Absturz, von denen sich Audi in den USA lange nicht erholt hat. Angesichts solcher Aussichten ist nicht auszuschließen, dass Volkswagen nun finanziell so zur Ader gelassen wird, dass er am Ende nur noch ein Schatten seiner selbst ist oder womöglich sogar ein Kandidat für eine Übernahme oder gar eine Pleite.

> »Ist es nicht ein bemerkenswerter Zufall ...?«

Inzwischen äußern Kritiker bereits den Verdacht, dass es sich bei dem „Dieselgate“ um den gezielten Versuch handeln könnte, den deutschen Marktführer kaputtzumachen. „Ist es nicht ein bemerkenswerter Zufall, dass dieses Thema just an jenem Tag in den USA hochkommt, an dem VW dort seinen lang erwarteten neuen Passat vorstellt, das Fahrzeug, das in den nächsten Jahren den Heimatmarkt von GM und Ford aufwirbeln sollte?“, so der Wirtschaftsjournalist Dirk Müller, der die Vorwürfe gegen Volkswagen für maßlos überzogen hält. Ähnlich die Kritik, die von Hans-Werner Sinn kommt. „Bei der VW-Affäre wird mit zweierlei Maß gemessen“, so der Präsident des Münchner Ifo-Instituts gegenüber dem „Handelsblatt“, und: „Wo ist die europäische Verbraucherschutzbehörde, wo sind die Sammelklagen, die die Hersteller der betrügerischen ABS-Papiere aus Amerika mit Forderungen von Dutzenden von Milliarden Euro überschütten?“ Scharf ins Gericht geht Sinn auch mit der US-Automobilindustrie. Diese habe über Jahrzehnte versucht, „die kleinen und effizienten Dieselmotoren für Pkw durch immer weiter verschärfte Stickoxid-Grenzen vom Markt fernzuhalten, weil man selbst die Technologie nicht beherrschte“. Gegen die „Stickoxid-Schleuderei der eigenen Trucks“ habe man nichts. „Nun hat sie endlich den gewünschten Erfolg. Der Diesel-Motor ist wieder weg. Meinen herzlichen Glückwunsch.“



Sollte „in den nächsten Jahren den Heimatmarkt von GM und Ford aufwirbeln“: Der neue US-„Passat“ bei seiner Vorstellung in New York Bild: VW

Tatsächlich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass die US-Behörden im Fall Volkswagen mit zweierlei Maß messen. So ist der US-Autobauer General Motors (GM) erst vor Kurzem mit einer bemerkenswert milden Strafe von 900 Millionen Dollar davongekommen. Geht es bei Volkswagen um den Vorwurf, Abgaswerte manipuliert zu haben, so sah sich GM dem Vorwurf ausgesetzt, dass wegen defekter Zündschlösser über Hundert Menschen zu Tode gekommen seien.

Sollte Volkswagen in den USA nun tatsächlich zu einer Milliardenstrafe und gigantischem Schadenersatz verurteilt werden, sind die Folgen für den Industriestandort Deutschland nicht im Entferntesten absehbar. Im Raum steht nämlich inzwischen der Vorwurf, auch andere deutsche Autobauer wie beispielsweise BMW hätten manipuliert, um die hochgeschraubten US-amerikanischen Abgasvorgaben erfüllen zu können. Gerade zu der Zeit, zu der der bisherige Wachstumsmarkt China zunehmend Schwäche zeigt, sieht sich damit der gesamte deutsche Automobilbau der Gefahr ausgesetzt, in den USA enorme finanzielle Belastungen stemmen zu müssen. Mit der Automobilindustrie ist ausgerechnet ein Herzstück der hiesigen Wirtschaftskraft betroffen, das fast die Hälfte der deutschen Exportüberschüsse erwirtschaftet.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Russland bunkert Gold

Moskau – Eigenen Angaben zufolge hat die russische Zentralbank im August ihre Goldreserven um rund eine Million Unzen (etwa 31 Tonnen) aufgestockt. Nach dem Zukauf im März in etwa der gleichen Größenordnung war dies der höchste monatliche Ausbau der russischen Goldreserven seit dem September 2014. Seit Jahresbeginn summieren sich die russischen Goldkäufe auf 110 Tonnen. *N.H.*

Vage Angaben zu Niedrigzinsfolgen

Berlin – Die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik auf das Wirtschaftswachstum sind nach Angaben der Bundesregierung „letztlich nicht mit hinreichender Sicherheit quantifizierbar“. Seit der Absenkung der Leitzinsen im Jahre 2008 habe die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik Deutschland zwischen plus 4,1 Prozent im Jahre 2010 und minus 5,6 Prozent im Jahr zuvor geschwankt. Niedrige Zinsen könnten positive Effekte auf Konsum und Investitionen haben; diesen Wirkungen stünden aber auch negative gegenüber. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.445.643.340 €
Vorwoche: 2.063.024.496.988 €

Verschuldung pro Kopf:
24.993 €
Vorwoche: 25.444 €

(Dienstag, 29. September 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mythos »Spardiktat«

Die Südschiene der Euro-Zone ist spendierfreudiger denn je

Europaweit gehört das Klagelied vom deutschen „Spardiktat“ und dem „Kaputtsparen Europas“ mittlerweile zum guten Ton. Maastricht-Kriterien und EU-Fiskalpakt zum Trotz hat das Schuldenmachen in den letzten Jahren sogar noch einmal an Tempo zugelegt. So belegen Zahlen, die kürzlich von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in ihrem Septemberbericht vorgelegt wurden, dass die Staatsverschuldung Frankreichs seit dem Jahr 2007 um beachtliche 43 Prozent angestiegen ist. Demnach beliefen sich die französischen Staatsschulden Ende des ersten Quartals 2015 auf 2,0894 Billionen Euro. Der Wert entspricht 97,5 Prozent des französischen Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Zumindest in den nächsten Jahren ist eine Wende nicht in Sicht. Mit Blick auf die 2017 anstehenden Präsidentschaftswahlen scheut die Regierung in Paris Sparmaßnahmen und Strukturreformen, welche die Gefahr mit sich bringen, entscheidende Stimmen zu kosten. Vor diesem Hintergrund will Frankreich offenbar erst im Jahr 2018 sein Haushaltsdefizit unter den EU-Grenzwert von drei Prozent der Wirtschaftsleistung absenken. Die Regierung in Paris soll eine entsprechende Fristverlängerung um drei Jahre bereits beantragt haben, wie vom „Handelsblatt“ unter Berufung auf Insider in der EU-Kommission in der ersten Jahreshälfte berichtet wurde.

Auch ein Blick auf die Verschuldung anderer wichtiger Handelspartner Deutschlands innerhalb der Euro-Zone lässt befürchten, dass die Krise der gemeinsamen Währung Euro noch längst nicht ausgestanden ist. So haben Portugal, Italien, Irland und Griechenland die 100-Prozent-Verschuldungsmarke längst überschritten. Als nächster Problemkandidat nach Griechenland kann vor allem Portugal gelten. Im Jahr 2011 war die portugiesische Verschuldung schon auf 111 Prozent des Bruttoinlandprodukts angewachsen. Aktuell sind bereits 130 Prozent erreicht. Das ist doppelt so viel, wie der Maastricht-Vertrag zur europäischen Währungsunion erlaubt.

> EU-Institutionen wie der ESM begehen offenen Rechtsbruch

Weitgehend die Glaubwürdigkeit verloren haben allerdings nicht nur die meisten Mitgliedsländer der Währungsunion. Auch EU-Institutionen wie der Euro-Rettungsfonds ESM begehen inzwischen ganz offen Rechtsbruch. Wie unlängst von der Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet wurde, hat der ESM beispielsweise bereits vor der Zustimmung des Deutschen Bundestages über das dritte Hilfspaket für Griechenland Gelder für Athen bereitgestellt. Quasi im Verborgenen hat der ESM im Zusammenspiel mit der EU Griechenland eine Zwischenfinanzierung über 7,8 Milliarden Euro gewährt, von der weder die Abgeordneten des Bundestages noch der anderen nationalen Parlamente wussten, so Recherchen von Bloomberg. Praktisch abgewickelt wurde die heimliche Zwischenfinanzierung über eine streng geheime Privatplatzierung von Anleihen, die von der EU ausgeben und vom ESM angekauft wurden. Das anschließende Weiterreichen an die griechische Regierung ermöglichte es, dass auch ohne Zustimmung der nationalen Parlamente Athen bereits über Gelder verfügen konnte. Zu befürchten ist, dass die EU-Kommission mit dem Vorgehen ein Exempel statuiert hat, auf das sie bei nächster Gelegenheit wieder zurückgreifen wird. *N.H.*

Die Fahnen raus

Von Philipp Hötensleben

Politiker aller Couleurs können sich kaum noch einkriegen vor Freude über die „Willkommenskultur“ der Deutschen. Endlich, so lassen einige sogar verlaufen, dürfe man stolz auf unser Land sein. Die Ober-Grüne Katrin Göring-Eckardt schwärmt von einem „Septembermärchen“. Wo wir gerade bei Märchen sind: Mancher, der ihr jetzt frenetisch applaudiert, mochte im deutschen „Fußball-Sommermärchen“ 2006 nicht für Deutschland jubeln und schon gar nicht die deutsche Nationalfahne zeigen, denn das sei primitiver „Party-Nationalismus“ und fördere die Ausländerfeindlichkeit. Millionen andere sahen das nicht so, ganz Deutschland war in jenen Tagen in Schwarz-Rot-Gold getaucht. Allerdings nicht lange, denn gleich nach Ende der WM verschwanden die Farben wieder.

Wo jetzt alle so stolz auf unser Land sind und wir zudem den 25. Jahrestag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten feiern, wäre es doch eine gute Gelegenheit, die Fahnen wieder hervorzuholen. Alle wahren Patrioten sollten am deutschen Nationalfeiertag am 3. Oktober Flagge zeigen für ein Land, auf das jeder stolz sein kann – aus welchen individuellen Gründen auch immer. Jetzt dürfen das sogar die Linksgrünen.

Qualitätsprodukt

Von Frank Horns

Heute morgen auf dem Parkplatz waren es genau 262 348 Kilometer. So viel hat mein Skoda „Octavia“ mit seiner Zwei-Liter-Diesel-Maschine mittlerweile runter. Die dunkelblaue Mittelklasse-Limousine ist beileibe kein aufregendes Gefährt, aber sie ist ein zuverlässiges Qualitätsprodukt – so wie die allermeisten Fahrzeuge der Volkswagen AG.

Derzeit allerdings scheint der Konzern gerade mit Vollgas gegen eine Betonmauer gerast zu sein. Manipulierte Abgaswerte bei Millionen von Dieselfahrzeugen in den USA und in Europa haben zum Desaster geführt. Dem 600 000-Mitarbeiter-Konzern drohen monströse Schadensersatzforderungen, Strafzahlungen und ein massiver Imageverlust. Der „Spiegel“ spricht in seiner Titelgeschichte vom „Selbstmord“. Er prangert Größenwahn und Ignoranz der VW-Manager an.

Sicher, die Firmenlenker haben wohl haarsträubende Fehler begangen. Dass aber beispielsweise die US-Autoindustrie ein starkes Interesse daran hat, den deutschen Konkurrenten gegen die Wand fahren zu lassen, darf nicht verschwiegen werden (Seite 7). Weiter muss gefragt werden, wie sinnvoll die derzeitigen Prüfverfahren zur Umweltverträglichkeit sind. Autoexperten fragen sich schon lange, wie weit die Politik die Abgas-Grenzwerte eigentlich noch verschärfen will. Schon jetzt sind sie mit der vorhandenen Technik kaum mehr einzuhalten.

Auch dies darf nicht vergessen werden: Mein „Octavia“ wird mich heute Abend wieder nach Hause befördern. Er wird dabei so zuverlässig und störungsfrei über Autobahn und Landstraße rollen, wie es Millionen anderer Fahrzeuge aus dem Hause VW auch tun – „Dieselgate“ hin oder her.

Richtig, aber auch ungerecht

Von Jan Heitmann

Der Bundestag hat beschlossen, dass ehemalige Angehörige der sowjetischen Streitkräfte, die sich als Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam befanden, eine symbolische Anerkennungszahlung in Höhe von 2500 Euro erhalten. Es ist nicht zu leugnen, dass die sowjetischen Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft – ebenso wie den deutschen in sowjetischer – vielfaches Leid zugefügt wurde und sie im Gegensatz zu anderen Opfergruppen bisher keine staatliche Entschädigung erhalten haben. Vor diesem Hintergrund dürfen wir großzügig sein, zumal die bereitgestellte Summe von insgesamt zehn Millionen Euro angesichts der für andere Zwecke vom Staat mit leichter Hand ausgegebenen Milliarden kaum ins Gewicht fällt.

Den Schöpfern der Richtlinie über die Anerkennungszahlung gebührt Lob dafür, dass sie damit keinen Selbstbedienungsladen geöffnet haben. So wird die Leistung, auf die kein Rechtsanspruch besteht, nur auf Antrag gewährt und das ist auch nur bis zum 30. September 2017 möglich. Auch kann die Leistung nur „höchst persönlich“ in Anspruch genommen werden, weshalb sie weder übertrag- noch vererbbar ist. Nur wenn der Berechtigte noch selbst den Antrag gestellt hat, können nach seinem Tod an hinterbliebene Ehegatten und Kinder Zahlungen geleistet werden.

Deutsche Opfer warten vergebens auf Gesten und Geld

Als zwar richtig, aber in letzter Konsequenz doch nur mit Alibi-Funktion, muss man den Passus der Richtlinie bezeichnen, der festlegt, wer von der Leistung ausgeschlossen ist. Sie wird nämlich „nicht Personen gewährt, die ihrer unwürdig sind“. Unwürdig ist demnach „insbesondere, wer Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder daran teilgenommen hat“. Wie diese Unwürdigen identifiziert werden sollen, bleibt offen. Das nämlich ist ein Ding der Unmöglichkeit. Bekanntlich wurden sowjetische Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit niemals geahndet und niemand hat jemals eine Liste sowjetischer Täter erstellt, auf die jetzt zurückgegriffen werden könnte. Man könnte angesichts des kollektiven Blutrausches, von dem die Rote Armee bei ihrem Einfall nach Deutschland erfasst war, allerdings so weit gehen, jeden ihrer damaligen Angehörigen zumindest einer mittelbaren Täterschaft zu verdächtigen. Es ist also zu befürchten, dass Personen, die im Sinne der Richtlinie sehr wohl unwürdig sind, dennoch in den Genuss der Leistung kommen.

Nicht zuletzt wirft die Sache ein Schlaglicht auf eine nach nunmehr 70 Jahren immer noch nicht geschlossene Gerechtigkeitslücke. Während, wie dieses Beispiel zeigt, mittlerweile wohl jede ausländische Opfergruppe in irgendeiner Weise vom deutschen Staat abgefunden wurde, warten diejenigen Deutschen, die durch Vertreibung, Gefangenschaft oder Zwangsarbeit entrechtet wurden, bis heute vergebens auf eine wenigstens symbolische Anerkennung ihres Opferschicksals, von einer angemessenen finanziellen Wiedergutmachung ganz zu schweigen.



Bald um „symbolische“ 2500 Euro reicher: Ehemalige russische Kriegsgefangene beim Gedenken zum Kriegsende am 9. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow

Bild: pa

Gastbeitrag

Wie Russland das Flüchtlingsproblem angeht

Von Florian Stumfall

Angesichts der Flüchtlingswelle, die sich über Europa oder zumindest die Bundesrepublik Deutschland und Österreich ergießt, ist immer öfter die Rede davon, man müsse die Fluchtgründe in Syrien und anderswo beseitigen. Das ist leichter getan als gesagt. Denn diese Gründe sind die Folgen einer umfassenden Strategie, welche die „neue Weltordnung“ zum Ziel hat.

Betrachtet man die Herkunftsländer der Flüchtlinge von Afghanistan bis Somaila, so wird erkennbar, dass es sich ausschließlich um Länder handelt, denen die Nato mit Bomben und Granaten die Demokratie einbläut. Man könnte also sagen: keine Nato-Bomben, keine Flüchtlinge. Doch dann müssten die USA ihre Weltmachtansprüche aufgeben. Daher ist dieser Vorschlag unsinnig. Er wird weitergebombt und weitergeflohen.

Bleiben die Wirtschaftsflüchtlinge. Zu raten, man solle in deren Heimatländern Verhältnisse herstellen, die sie von der Flucht abhalten, hieße die Frage zu stellen, was die Entwicklungspolitik bisher getan hat. Gar nicht wenig, wenn es nach Zahlen und Summen geht, erreicht aber hat sie so gut wie nichts. Also ist auch dieser Vorschlag unrealistisch.

Vernünftiger erscheint da schon der Gedanke, man solle in den vom Krieg betroffenen Ländern, soweit es dort ruhige Regionen gibt, oder jedenfalls bei ihren Nachbarn für die Flüchtlinge sorgen. Aus den betroffenen Ländern wird vermehrt darauf hingewiesen, dass man mit einem Bruchteil des Geldes, das Europa jetzt für die Flüchtlinge ausgeben muss, an Ort und Stelle ein Vielfaches erreichen könnte. Der Leiter eines Flüchtlingslagers im Nordirak hat im ZDF kürzlich vorgerechnet: Zehn Prozent der Gelder, die die EU jetzt für die Unterbringung von Flüchtlingen in ihren Mitgliedsländern ausgeben muss, würden reichen, die Menschen in die Region zu halten, statt sie in die Arme von Schlepperbanden und auf lebensbedrohliche Fahrten über das Mittelmeer zu treiben.

Doch das Welternährungsprogramm (WFP), zuständig für die Versorgung von Flüchtlingen, klagt seit Monaten über fehlende Mittel. In Jordanien und im Libanon bekommen Hunderttausende Syrer nicht mehr genug zu essen, weil der Uno das Geld fehlt. Die Lebensmittelgutscheine für Bedürftige mussten auf 14 US-Dollar pro Person und Monat halbiert werden. Viele UN-Mitgliedsstaaten überweisen selbst zugesagte Hilfsgelder nicht. „Die mangelhafte Finanzierung trägt dazu bei, dass Menschen Richtung Europa ziehen“, so das WFP.

Ein Beispiel dafür, wie man es besser macht, gibt Russland. Zwar sind auch dorthin schon Tausende geflohen, in letzter Zeit vor allem syrische Tscherkessen. Doch jetzt hat Russland die Initiative ergriffen und ein erstes Flüchtlingslager in Syrien gebaut. Es steht auf einer Pferderennbahn in der Nähe der Stadt Hama, auf der Zelte mit einer Kapazität von 500 Personen errichtet worden sind. Dazu gibt es vier Feldküchen, Speiseräume und sanitäre Anlagen. An der Eröffnung des Lagers nahmen der Gouverneur der Provinz Hama, Hassan Omar Haljaf, und Vertreter des syrischen Militärs teil. Der Gouverneur bedankte sich bei Moskau für die großzügige Hilfe.

Diese besteht auch aus den Lieferungen von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Decken und anderem Nachschub, die Russland schickt. Zwar haben sowohl Griechenland als auch Bulgarien ihre Lufträume für die Flüge mit den Hilfsgütern auf Druck aus den USA gesperrt, doch nun fliegen die russischen Antonow-Frachter über den Iran und Irak. Allerdings hat sich Washington auch schon an den Irak gewandt, um durch die Sperrung des Luftraumes die russische Hilfe zu unterbinden.

Die Kolumne: Seit Jahren greift Klaus Rainer Röhl an dieser Stelle im wöchentlichen Wechsel mit Eva Herman Wichtiges, Aufregendes, Hintergründiges und Absurdes auf. In dieser Woche allerdings suchen Sie seine Kolumne vergebens. Wenn man im 87. Lebensjahr steht, kann es leider vorkommen, dass man zu einem vorübergehenden Innehalten gezwungen ist. So ist es dem ansonsten nimmermüde schreibenden journalistischen Urgestein Klaus Rainer Röhl ergangen. Doch keine Sorge, er hat seine spitze Feder nicht aus der Hand gelegt. Schon bald wird er an dieser Stelle wieder zur Feder greifen.

Doch die humanitäre Hilfe aus Russland ist nicht das einzige, was die USA in ihrer Syrienpolitik stört. So hat Wladimir Putin angeregt, man solle eine internationale Koalition bilden, die mit einem UN-Mandat zum Kampf gegen den IS ausgestattet werden sollte. Damit hat er Washington in ein Dilemma gestürzt, was sich darin zeigt, dass von dort einmal vorsichtige Zustimmung zur russischen Hilfe zu vernehmen ist, dann wieder barsche Ablehnung. Die USA kritisieren lieber die russischen Waffenlieferungen an Assad, ohne die längst ganz Syrien vom IS beherrscht würde.

So vertuschen die USA auch gerne, dass Syrien ein souveränes Land und Mitglied der UN und Assad sein rechtmäßiger Präsident ist. Die Waffenlieferungen von Russland an Syrien stellen daher keinen anderen Vorgang dar als es derjenige zwischen einem beliebigen Waffenproduzenten und seinem Kunden ist. Schließlich hat Assad die Legitimität auf seiner Seite, die Nato aber samt den bösen Geistern, die sie aus der Flasche gelassen hat, befindet sich in der Rolle des Aggressors. Kürzlich hat er zudem die europäischen Staaten aufgefordert, die Terroristen in seinem Land und im Nahen Osten nicht länger zu unterstützen. Nur so könne der Flüchtlingszustrom in die EU gestoppt werden. Kein Wunder, dass Assad nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Waffen braucht.

Allerdings ist es möglich, dass es dabei nicht bleiben wird. Denn die vergeblichen militärischen Anstrengungen der US Air Force, den IS zu besiegen, zeigen keine messbare Wirkung. Dafür kann es nur einen von zwei Gründen geben. Entweder ist die US-amerikanische Luftwaffe unfähig, oder aber es fehlt am Willen zum Sieg. Bislang hat niemand die USA gefragt, was denn der Grund für das Versagen sei. Das aber könnte sich bald ändern. Russland nämlich schließt es nicht mehr grundlegend aus, in dem Falle, dass die Regierung in Damaskus darum bäte, auch militärische Hilfe zu leisten. Und der syrische Außenminister Walid al-Muallim erklärt: „Im Notfall werden wir die russische Armee bitten, auf der Seite unserer Kräfte zu kämpfen.“ Deren Erfolg aber wäre das, was die USA fürchten müssten.

Kein Wunder also, dass Washington über das neue Bündnis Russlands im Kampf gegen den IS zutiefst beunruhigt ist. Dieses Bündnis, auf das Putin auch in seiner Rede vor den Vereinten Nationen eingegangen ist, umfasst Russland, Syrien, den Iran und den Irak. Diese Staaten bilden zunächst ein informatorisches Forum, auf dem ihre Aktionen gegen den IS künftig abgestimmt werden. Dabei hat Putin ausdrücklich für den Westen die Möglichkeit offengehalten, sich zu beteiligen.

Damit befinden sich vor allem die USA in einer Zwickmühle. Sie, die noch eine Woche zuvor geplant hatten, eine Liga anzuführen, in deren Rahmen sich Russland ihnen unterordnen sollte, haben jetzt die Wahl zwischen der Teilhabe an einem Bündnis, das von Russland geführt wird, oder aber ihre erfolglose Aktionen fortzusetzen.

Doch was sich die USA nicht leisten können, ist, angesichts ihrer Fehlschläge einem Erfolg Russlands zuzusehen. Deshalb äußerte US-Außenminister John Kerry gegenüber seinem russischen Amtskollegen Sergeij Lawrow ziemlich säuerlich den Wunsch nach einer besseren Koordination. Das neue Bündnis, das Russland anführt, wollen die USA aber nicht unterstützen. Die Konkurrenzsituation, welche die USA damit heraufbeschwören, könnte zu einem weiteren Verlust ihres Einflusses in Nahost führen. Denn Russland und seine Verbündeten haben, was den USA fehlt, den festen Willen, den IS zu besiegen.

»Immer um Eintracht bemüht«

Versöhnung als künstlerisches Ziel – Wittenberg feiert den 500. Geburtstag von Lucas Cranach d.J.

500 Jahre lang stand Lucas Cranach d.J. im Schatten des Vaters. In seinem Jubiläumsjahr sind jetzt alle Scheinwerfer auf den am 4. Oktober 1515 geborenen Renaissancemaler gerichtet.

Manchmal muss jemand 500 Jahre warten, um endlich ins Rampenlicht zu treten. Diese Geduldsprobe hat nun der am 4. Oktober 1515 geborene Lucas Cranach der Jüngere bestanden. Er gilt neuerdings als einer der bedeutendsten Maler der Reformationszeit. Bislang stand er im Schatten seines Vaters Lucas Cranach des Älteren (1472–1553).

Der jüngere Cranach musste bis zu diesem Jahr auf seine erste Einzelausstellung warten. Sie findet in seiner Geburtsstadt Wittenberg statt. Im Vorfeld wurde sein Schaffen erstmals systematisch gesichtet. Zuvor als Epigone des Vaters abgetan, werden ihm nun eigenständige Qualitäten zugesprochen. Die besten Leistungen erbrachte er auf dem Gebiet der Porträtmalerei. Seine Bildnisse von Fürsten und bürgerlichen Würdenträgern wirken lebensvoll und realitätsnah. Zudem führte er die Darstellung von Luther und Melanchthon in lebensgroßer Ganzfigur in die Malerei ein.

Bislang mangelte es an einer Darstellung des Lebenslaufs von Cranach d.J. Abhilfe hat Stefan Rhein geschaffen. Der Direktor der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt bekennt in seiner biografischen Annäherung: „Nur schwer ist er als Persönlichkeit zu greifen und aus dem offensichtlich übermächtigen Schatten seines Vaters zu lösen." Der Vater wurde als Hofkünstler der sächsischen Kurfürsten und Betreiber einer florierenden Malerwerkstatt einer der reichsten und angesehensten Bürger Wittenbergs. Davon künden noch heute zwei große Anwesen: die Cranach-Höfe Markt 4 und Schlossstraße 1. Wie sein älterer Bruder Johannes arbeitete Lucas in der Malerwerkstatt seines Vaters. Nach dem Tod des Bruders 1537 wurde er deren „Juniorchef". Sein Vater überschrieb ihm 1550 das Anwesen in der Schlossstraße mitsamt der Werkstatt. Der jüngere Cranach war geschäftstüchtig. Er vergab Kredite gegen Zinsen, verfügte über ein Weinausschankprivileg und besaß Anteile an einem Zinnbergwerk.

Haupteinnahmequelle aber war die Malerwerkstatt. Geschäftsbedrohend war der Regierungswechsel von 1547: Johann Friedrich von Sachsen verlor nach der Niederlage in der Schlacht bei Mühlberg die Kurwürde an den Vetter Moritz und wurde zum Herzog degradiert. Dem jüngeren Cranach gelang jedoch das Kunststück, weiterhin für den alten Landesherrn und dessen Söhne zu arbeiten – und zugleich beste Geschäftsbeziehungen zum neuen Kurfürsten Moritz und dessen Nachfolger August aufzubauen. Überdies pflegte er mit vielen Auftraggebern persönliche Verbindungen. Zu ihnen gehörten Kurfürst Joachim II. von Brandenburg, die Herzöge von Anhalt, Mecklenburg und Pommern sowie Vertreter des Bürgertums.

Auch als Kommunalpolitiker tat sich Cranach hervor. Er war Ratsherr, wurde mehrmals zum Kämmerer berufen und amtierte 1565/66 als Bürgermeister sowie im Auftrag Kurfürst Augusts als Landessteuereinnehmer für den Kurkreis Wittenberg. Danach schied er auf eigenen Wunsch für immer aus dem öffentlichen Dienst aus. Biograf Rhein vermutet, dass dieser Rückzug mit einer familiären Katastrophe zusammenhängt. Cranachs Schwester Barbara war mit Christian Brück verheiratet. Der war Kanzler und enger Ratgeber des Herzogs Johann Friedrich II. von Gotha, dem Sohn des abgesetzten Kurfürsten Johann Friedrich. Um selbst die Kurfürstenwürde zu erlangen, verbündete sich der Herzog mit dem Reichsritter und Söldnerführer Wilhelm von Gumbach. Ihr Feldzug gegen Kurfürst August endete mit einer bitteren Niederlage. August sah Christian Brück als einen der Drahtzieher dieser „Gumbachschen Händel" an und ließ ihn bei lebendigem Leibe vierteilen. Der jüngere Cranach setzte sich beim Kurfürsten erfolgreich für seine Schwester ein: Aus dem beschlagnahmten Vermögen Brücks wurde Barbara ihre Mitgift in Höhe von 5000 Gulden ausbezahlt.



Bild: Archiv

Cranachs Dessauer „Abendmahl": Der Mundschenk vorne rechts könnte ein Selbstbildnis sein

Aktenkundig wurde der jüngere Cranach 1559, weil er gegen die Hinrichtung der des Ehebruchs für schuldig befundenen Katharina Kellermann protestierte. Er richtete mit Melanchthon ein Gnadengesuch an die Stadt – und hatte Erfolg. Cranach selbst war ab 1541 mit Christian Brücks Schwester Barbara verheiratet. Das Paar hatte vier Kinder. Nach dem Tod seiner ersten Frau ging er 1551 die Ehe mit Melanchthons Nichte Magdalena Schurff ein. Sie bekamen fünf Kinder.

Cranach d.J. wurde in der Wittenberger Stadtkirche bestattet. Dort ist seinem Andenken das vom Bildhauer Sebastian Walther 1606 geschaffene Relief der Grablegung Christi gewidmet. Die zugehörige Schrifttafel würdigt ihn so: „Er zeichnete sich aus durch Zuverlässigkeit, Ansehen, Freundlichkeit ebenso wie durch Freigebigkeit, war wie kaum ein anderer immer um Eintracht bemüht." Mit den sechs an den Wänden hängenden Gemälden ist die Stadtkirche ein Schatzhaus der Kunst des jüngeren Cranach. Zu ihnen gehört sein letztes Werk: die zum Andenken an den Universitätsprofessor Veit Oertel gemalte „Bekehrung des Paulus".

Das Hauptwerk der Stadtkirche haben die Cranachs gemeinsam geschaffen: den 1547 geweihten „Reformationsaltar". Der Sohn malte die an den Seiten und unten angebrachten Reformatorenbilder. Die Mitteltafel stammt vom Vater. Sie zeigt Christus und die Jünger beim Abendmahl. Unter ihnen sitzt Martin Luther in seiner Wartburger Verkleidung als Junker Jörg. Er hat sich einem am rechten Bildrand dargestellten Mundschenk zugewandt. Es wird vermutet, Cranach d.Ä. habe den Sohn Lucas in diesem Rollenporträt verewigt. *Veit-Mario Thiede*

Ausstellungstipp: „Lucas Cranach der Jüngere – Entdeckung eines Meisters", geöffnet bis 1. November im Augusteum, Collegienstraße 54, Wittenberg, täglich von 9 bis 18 Uhr. Der im Hirmer Verlag erschienene Katalog kostet im Museum 29,90, im Buchhandel 39,90 Euro. Stadtkirche St. Marien, geöffnet Montag bis Sonnabend 10 bis 18 Uhr und Sonntag 12 bis 18 Uhr. Buchtipp: Stefan Rhein, „Lucas Cranach der Jüngere", Edition Akanthus, 9,80 Euro.

Kinotipp

Der Teamchef ruft seine Fahrer in den Mannschaftsbus. „Die Bar ist eröffnet", frohlockt er und holt Spritzen, Ampullen, Pillen, Testosteron-Pflaster, Schläuche sowie Blutbeutel aus seinem „Barschrank". In dieser feucht-fröhlichen Runde endet alles weniger in einem Alkohol- als in einem Blutrausch. Stephen Frears geht in seinem neuen Film **„The Program – Um jeden Preis"**, der am 8. Oktober in die Kinos kommt, das Thema (Blut-)Doping im Radrennsport durchaus von der komischen Seite an und hält unserer Leistungsgesellschaft den Spiegel vor, in der nicht minder getäuscht, betrogen und gelogen wird.

So, wie es Lance Armstrong getan hat, jener Radprofi, der von 1999 bis 2005 sieben Mal in Folge die Tour de France gewann, ehe ihm nach einem tränenreichen Doping-Geständnis in einer US-Talkshow alle Titel abgesprochen wurden. Um seine Dopingkarriere geht es in dem Film und darum, wie es ihm gelang, ein Netzwerk aus Betrug und Vertuschung aufzubauen.

Regisseur Frears, dem schon 2006 mit dem Film „Die Queen" ein amüsantes Prominenten-Porträt geglückt war, drehte nun auch eine beschwingt-heitere Armstrong-Biografie, ohne dem Doping-Betrüger ein Denkmal zu setzen. Da ist zwar der edle Spender, der sich nach seiner Hodenkrebserkrankung eine Krebsstiftung gegründet hat, die er andererseits auch als Tarnwaffe gegen Dopingangriffe ausnutzte.

Insgesamt ist „The Program" eine auch für Radmuffel kurzweilige Filmposse. Allerdings kratzt Frears bloß an der Oberfläche des Doping-Problems, da er aus einem an sich tragischen Thema eine Komödie schuf, bei der sich eine scherzhafte Szene rasch nach der anderen reiht. Einen Filmpreis aber hat Ben Foster verdient, der als zum Verwechseln ähnlicher Lance Armstrong keuchend die Berge hochfährt. Bleibt zu hoffen, dass ihm ein solcher Preis nicht ebenfalls aberkannt wird, denn um sich auf die Rolle vorzubereiten, hat er „leistungsfördernde Mittel" ausprobiert. Er war auch gedopt! *H. Tews*

Ein Lasso für alle

Das Orlando-di-Lasso-Festival in Belgiens Kulturhauptstadt Mons

Noch drei Monate lang ist die belgische Stadt Mons (flämisch Bergen) zusammen mit dem böhmischen Pilsen die Kulturhauptstadt 2015. In der einstigen Tuchmacher-Metropole im früheren Kohlerevier „Borinage" bereitet man sich auf die Kulturveranstaltungen der letzten Saison vor. Zu Ehren von Mons' berühmtestem Sohn, des Komponisten Orlando di Lasso, findet vom 3. bis zum 11. Oktober eine musikalische Woche statt. Die Besucher erwarten Konzerte, Kolloquien und Installationen.

Unter dem Motto „Lasso für Alles" möchten die Organisatoren des Musikfestivals den „hellen Stern der Renaissance" wieder einem größeren Publikum bekannt machen. Orlando di Lasso, der im französischen Sprachraum unter dem Namen Roland Lassus bekannt ist, wurde um 1532 in Mons/Hennegau in den Burgundischen Niederlanden geboren. Er starb am 14. Juni 1594 in München, wo er 30 Jahre als Hofkapellmeister im Dienst der Bayerischen Herzöge Albrecht V. und Wilhelm V. gestanden hatte. Zuvor reiste und arbeitete er jahrelang in England und Italien, wirkte unter anderem drei Jahre als Kapellmeister am römischen Lateran, sammelte Eindrücke und Inspirationen – di Lasso war also ein wahrhaft europäischer Künstler. 1570 wurde er von Kaiser Maximilian II. geadelt.

Neben Palestrina gilt di Lasso als bedeutendster Komponist der Hochrenaissance. In ganz Europa waren seine geistlichen und weltlichen Werke bekannt und hoch geschätzt. Zeitgenossen rühmten ihn als Musikerfürsten und „belgischen Orpheus". Auch ist er mit



Bild: Archiv

Kreativer Komponist: di Lasso

einem Gesamtwerk von mehr als 2000 Kompositionen einer der fruchtbarsten Komponisten der Musikgeschichte. Neben der besonderen Ausdruckskraft ist es die stilistische Vielfalt seiner Werke, die bis heute Bewunderung hervorruft. Als universaler Musiker seiner Epoche war di Lasso ein herausragender Polyphonist. Neben seinem Hauptwerk „Magnum opus musicum", das 516 Motetten umfasst, schrieb er über 140 französische Chansons, 200 italienische Madrigale, sieben Bücher deutscher Lieder, über 70 Messen, Offizien, vier Passionen, 100 Magnifikats, Villanellen, Vigilien und vieles mehr.

Bereits bei der Eröffnungsfeier zum Auftakt des Kulturjahres in Mons am 24. Januar 2015 sang ein 700-köpfiger Laienchor Werke des Komponisten auf der Balustrade der Stiftskirche Sainte-Waudru. In der „Woche für Orlando di Lasso" werden bis zum 11. Oktober mehrere Konzerte in der Kirche Saint-Nicolas en Avré stattfinden, wo di Lasso bis zum Alter von 13 Jahren Chorknabe war. Auf dem Programm stehen weitere Konzerte im neuen Konzerthaus Arsonic sowie in der Stiftskirche Sainte Waudru, wo das Ensemble für Neue Musik „Sonic Lassus" Neuinterpretationen von di Lassos Werken vorstellt. Bei Podiumsgesprächen wird unter anderem die Wirkung des Komponisten auf die Musik der Renaissance ein Thema sein. In den Cafés und Bars der Stadt werden Laienmusiker und Sänger teils in improvisierten Konzerten die heute kaum noch bekannten Trinklieder des Komponisten vortragen, welche die Lebenslust der Menschen der Renaissance zum Ausdruck bringen. *D. Jestrzemski*

Asche für Ostpreußen

Themenwoche der ARD geht der Frage nach: »Was ist Heimat?«

Er heißt Mesut Özil, ist deutscher Nationalspieler mit türkischen Wurzeln und er sagt: „Heimat ist für mich ein Fußballplatz in Gelsenkirchen. Hier versteht man sich immer, egal, wo man herkommt." Für Ruhrpott-Sänger Herbert Grönemeyer ist Heimat kein Ort, sondern ein Gefühl: „Wenn das Herz sich gewärmt und geborgen fühlt, dann hat es eine Heimat." Die Schauspielerin Hannelore Elsner sucht einen bestimmten Ton: „Heimatliche Klänge klingen für mich bayerisch." Und Senta Berger denkt an den blühenden Kastanienbaum vor dem Küchenfenster der elterlichen Wohnung in Wien „und den Geruch von Waschmittel, mit dem man ein Holzbrett schrubbt".

Bunt schauen sie aus, die Facetten von Heimat, die die ARD in einer Themenwoche vom 4. bis 10. Oktober in Fernsehen, Hörfunk und Internet aufleuchten lässt. Gerade Deutschland, das zeigt der Programmschwerpunkt, kennt das Ringen um einen vertrauten, sicheren Ort aus seiner wechselvollen Geschichte. Der Kinofilm „Die andere Heimat" (3. Oktober, 23.40 Uhr) von Edgar Reitz erinnert an die Mitte des 19. Jahrhunderts, als hungernde Bauern aus dem Hunsrück ihr Glück in Brasilien suchten. Ungeahnt aktuell ist der Blick auf Deutschland als Heimat für Immigranten („Zum Glück Deutschland – Immigranten erzählen", 5. Oktober, 22.45 Uhr), eher zufällig dagegen das Sammelsurium der vielen regionalen Themen.



Inbegriff von Heimat: Regionale Trachten Bild: SWR

Den Auftakt macht eine zwölfstündige Dokumentation über den Sonntag: Was machen Jodellehrer, Pfarrer, Feuerwehrleute oder Familien am siebten Tag der Woche? Gedreht wurde die Doku am 4. Oktober vor genau einem Jahr, das Kaleidoskop kommt so bunt wie beliebig daher. („Deutschland – dein Tag", 4. Oktober, 6 bis 18 Uhr). Unterschiedliche Schwerpunkte setzen drei Spielfilme: In „Leberkäseland" (5. Oktober, 20.15 Uhr) wird das Klischee der still ergebenen türkischen Ehefrau gegen den Strich gebürstet – kaum, dass die ehrgeizige Türkin Latife in Istanbul den Zugang zur Universität erworben hat, muss sie ihrem Mann ins Ruhrgebiet folgen. Das dortige Leben als Hausfrau erlebt sie als rückständig. Der Film „Blütenträume" (7. Oktober, 20.15 Uhr) zeigt einen Flirtkurs, in dem Menschen reiferen Alters eine seelische Heimat bei einem Partner suchen.

Was Millionen Deutsche immer noch schmerzlich bewegt, wird in „Heimat ist kein Ort" (9. Oktober, 20.15 Uhr) aufgegriffen. Drei Geschwister, die sich über die Jahre fremd geworden sind, treffen sich bei der Testamentseröffnung ihres verstorbenen Vaters und erhalten von ihm eine ungewöhnliche Aufgabe: Sie sollen sich auf die Reise nach Ostpreußen begeben und seine Asche an den wichtigsten Orten seiner Kindheit verstreuen. Was sie auf dieser Reise erleben, lässt sie den Vater besser verstehen – und sich selber auch. *Angela Meyer-Barg*

Dem Maskenball folgte das Eiserne Kreuz

Die Abwicklung der NVA im Spiegel der Aufzeichnungen des Bonner Staatssekretärs Karl-Heinz Carl (Teil 2)

Es heißt, der einzige Bereich, in dem die Wiedervereinigung als reibungslos und vollständig gelungen betrachtet werden könne, sei das Militär. Einen wesentlichen Anteil an dieser Erfolgsgeschichte hatte Karl-Heinz Carl (15. Januar 1927 – 10. September 2012), zweiter beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung. Vor seinem Wechsel auf die Hardthöhe im Februar 1989 war der kriegsgediente Jurist lange Jahre im Bundesfinanzministerium tätig gewesen, unter anderem als für den Wehretat und Nato-Angelegenheiten zuständiger Unterabteilungsleiter. Carl war als arbeitswütig, entschlussfreudig und durchsetzungsfähig bekannt, Eigenschaften, die ihm bei der Bewältigung der Zusammenführung beider deutscher Armeen zu Gute kam. Über seine Erlebnisse und Eindrücke in jenen aufregenden Monaten hat er Aufzeichnungen hinterlassen, die hier exklusiv veröffentlicht werden.



Karl-Heinz Carl

Soldaten verstehen unter dem Begriff „Maskenball“ das schnell Umziehen von einer Uniform in die andere. Ich habe bereits geschildet, unter welchem Zeitdruck wir bei der Erarbeitung des Einigungsvertrages standen. Ein weiteres Problem war, in welchen Uniformen die Übernahme des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung in das Bundesministerium der Verteidigung erfolgen sollte. Für mich war klar, dass ab dem 3. Oktober 1990 nur noch die Uniform der Bundeswehr getragen werden durfte. Dies war leichter gedacht als getan. Zum einen hatten Offiziere der Bundeswehr Bedenken, Soldaten der NVA in ihre Uniform zu kleiden. Ich habe hierfür kein Verständnis gehabt. Wichtiger war jedoch der Zeitfaktor. 107 000 Soldaten der NVA waren umzukleiden. In Betracht kam hierfür nur der Kampfanzug der Bundeswehr, von dem wir einen genügenden Verteidigungsvorrat hatten. Mit meiner bewährten Mannschaft aus Offizieren und Beamten im „Alten Fritz“ haben wir beraten, ob eine solche Einkleidung in etwa vier Wochen überhaupt möglich sei. Offiziere und Beamte bedeuteten mir, dass es nur klappen könne, wenn man sie gewähren ließe. Bundesminister Stoltenberg, der alle Dinge gerne gründlich durch Vorlage vorbereiten ließ, hatte gegen ein solches Verfahren Bedenken. Es war jedoch die einzige Möglichkeit, die wir hatten, und ich schlug vor, es darauf ankommen zu lassen. Wieder funktionierte die Hardthöhe, die Bekleidungsämter der Bundeswehr und der NVA. Die Bundeswehr lieferte dabei den Kampfanzug; die Unterwäsche, Socken, Stiefel und so weiter stellte die NVA.

Bei der Aktion stellte sich heraus, dass die Soldaten der Bundeswehr im Durchschnitt größer waren als die der NVA, dafür hatten Letztere die größeren Köpfe, was zu einer Verknappung der Helme und der Baretts führte. Mein Vertrauen in die Soldaten und Beamten wurde noch einmal gerechtfertigt. Am 3. Oktober 1990 trug alles den Kampfanzug der Bundeswehr. Vom Generalinspekteur bis zum einfachen Soldaten. Auch dies kann als eine einmalige Leistung bezeichnet werden. Ich fragte stolz den Leiter meines Büros, Oberst Rasimowitz, ob er noch einen Unterschied in den Uniformen erkennen könnte. Er lächelte und sagte: „Wenn Sie genau hinschauen, Herr Staatssekretär, gibt es einen: Die ehemaligen Soldaten der NVA haben sich nicht getraut, in die Barette einen Knick zu machen, wie es für jeden Rekruten der Bundeswehr selbstverständlich ist. Die ehemaligen Soldaten der NVA sehen daher mit ihren Baretts aus wie die Pizzabäcker.“ Er hatte recht, da dies aber der einzige Unterschied war, konnte ich damit leben.

Die Kabinettsentscheidungen der Bundesregierung wurden durch das sogenannte Vorkabinett der Staatssekretäre vorbereitet. In einer Sitzung des Vorkabinetts nach dem Beitritt der DDR fragte mich Bundesministers Rudolf Seiters, der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, ob die Flugbereitschaft der Bundeswehr den Transport der Beamten nach Berlin und zurück übernehmen könnte. Auf allen Ebenen war es erforderlich geworden, dass Beamte und Soldaten aus dem Westen massiv Verwaltungshilfe leisteten, da es eine Administration in unserem Sinne in der ehemaligen DDR nicht gab. Dies bedingte ein tägliches Hin- und Herfliegen einer großen Anzahl von Personen zwischen Bonn und Berlin. Meinen Einwand, dass die Bundeswehr privaten Unternehmen keine Konkurrenz machen dürfe, begegnete Seiters mit dem Hinweis, dass private deutsche Gesellschaften noch keine Lizenz besäßen und für den Luftverkehr nach wie vor alliiertes Recht gelte. Da tue sich die Bundeswehr leichter. Ich habe aus der Sitzung heraus die Flugbereitschaft angerufen und um Stellungnahme gebeten. Nach kurzer Zeit erfolgte der Rückruf von Oberstleutnant Günther Stetzenbach, der mir mitteilte, dass die Aufgabe übernommen werden könnte, wenn es möglich sei, die ehemalige Flugbereitschaft der NVA mit ihren Tupolew- und Iljuschin-Maschinen zu benutzen. Er wies ferner darauf hin, dass der Inspekteur der Luftwaffe hiergegen Bedenken habe. Ich habe dann zwei weitere Telefonate mit dem Inspekteur der Luftwaffe, zu dem ich ein gutes Verhältnis hatte, und meinen Haushaltsdirektor geführt. General Horst Jungkurt teilte mir mit, dass er gegen einen Einsatz der Turpolev- und Iljuschin-Maschinen sei, sie seien zu laut, verbrauchten zu viel Sprit und müssten außerdem mit ehemaligen NVA-Besatzungen geflogen werden. Mein Haushaltsdirektor, Ministerialdirektor Alf Fischer, wies darauf hin, dass ich bei Übernahme dieser neuen Aufgabe auch die notwendigen Mittel besorgen müsste. Die Flugbereitschaft der Bundeswehr unterstand direkt dem Staatssekretär. So habe ich mich nach einer kurzen Überlegungspause entschlossen, Bundesministers Seiters unter Ministervorbehalt mitzuteilen, dass wir die Aufgabe übernehmen würden und in zwei Tagen etwa je 300 Mann hin und zurückgeflogen werden könnten. Ich habe ferner darauf hingewiesen, dass wir die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen müssten.



Neben Piloten wurde auch Fluggerät des NVA-Transportfliegergeschwaders 44 in die Flugbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums integriert: Eine Maschine der Bundesluftwaffe vom sowjetischen Typ Tupolew TU 154 M in der Halle der Dresdner Elbe Flugzeugwerke

Bild: pa

Dies wurde sofort zugesagt. Meine Entscheidung fand nicht den Beifall des Ministers. Er wies mich darauf hin, dass die Flugbereitschaft für eine Aufgabe eingesetzt werde, für die sie nicht geschaffen worden sei. Schließlich ließ er mich doch gewähren. Am übernächsten Tag konnten die Iljuschin- und Torpolev-Maschinen starten. Ich darf behaupten, dass es ohne diesen Einsatz der Flugbereitschaft kaum möglich gewesen wäre, die Aufgaben, die sich aus dem Einigungsvertrag in den neuen Ländern ergaben, zu erfüllen. Eine sehr große Zahl deutscher Beamter, Angestellter und Soldaten ist in den Bundeswehrmaschinen geflogen. Ich habe den ersten Testflug mitgemacht, die Eisernen Kreuze auf dem Rumpf der Maschine waren noch feucht. Die Besatzungen, ehemalige Angehörige der NVA, haben in vorbildlicher Weise ihren Auftrag erfüllt. Wenn man eine Beanstandung erheben konnte, war es der durchdringende Geruch von Desinfektionsmitteln in den Maschinen. Ansonsten haben sie die Passagiere sicher von West nach Ost und Ost nach West gebracht. Bedauerlich war, dass die Besatzungen zu dem Teil der NVA gehörten, den wir nicht übernehmen konnten.

Der erste Serienhubschrauber war seine Konstruktion

Vor 125 Jahren wurde der Flugzeugkonstrukteur, Helikopterpionier und Unternehmer Heinrich Focke in Bremen geboren

Nicht nur Kriegsteilnehmer kennen den deutschen Standardjäger Focke-Wulf Fw 190 oder das im Zweiten Weltkrieg ebenfalls militärisch genutzte Passagierflugzeug Focke-Wulf Fw 200 „Condor“. Der „Focke“ in „Focke-Wulf“ war Heinrich Focke. Am 8. Oktober 1890 kam der Flugzeugkonstrukteur, Hubschrauberpionier und Unternehmer in Bremen zur Welt. Sein Vater war Senatssyndicus, vergleichbar einem Staatssekretär, und eine gute Schulausbildung damit ermöglicht. Der Volksschule folgte der Besuch des Humanistischen Gymnasiums. Focke war 13 Jahre alt, als die Gebrüder Wright ihre berühmten Flüge mit dem „Wright Flyer“ unternahm. Als die Nachricht davon nach Deutschland gelangte, war Focke fasziniert. Er begeisterte sich jedoch nicht nur wie viele andere für das Fliegen als solches, sondern auch für das ungewöhnlich Entenflügler-Prinzip des „Wright Flyer“, sprich die Anbringung des Höhenleitwerkes vor den Tragflächen.

Bereits während dem der Schulausbildung 1908 folgenden Maschinenbaustudium an der Technischen Hochschule in Hannover baute er mit anderen Flugbegeisterten wie Hans Kolthoff und Georg Wulf Flugzeuge, und schon im ersten Studienjahr konstruierte er ein eigenes Entenflugzeug, das allerdings nicht flugfähig war.

Der Erste Weltkrieg unterbrach Fockes Studien. Er kam zuerst zur Infanterie, konnte jedoch bereits 1915 mit Unterstützung eines Freundes zur Fliegertruppe wechseln. Nach einem Absturz verrichtete er seinen Dienst als Ingenieur bei der Flugmeisterei in Berlin.



Heinrich Focke

Zurück aus dem Krieg schloss er das unterbrochene Studium 1920 mit dem Diplom ab. Im darauffolgenden Jahr stellte er mit Wulf das erste offiziell zugelassene Flugzeug her, die A 7. Weitere drei Jahre später gründete er mit Wulf und Werner Naumann in Bremen die Focke-Wulf-Flugzeugbau AG, die noch im selben Jahr mit der A 16 ein erfolgreiches viersitziges Verkehrsflugzeug auf den Markt brachte. Weitere Modelle folgten.

Das Entenflugzeug verlor Focke dabei nicht aus dem Auge. Auf der Basis des Patents für den Entenflügler von 1908 baute Focke mit Hilfe seines Bruders Wilhelm die F 19. Mit ihr stürzte Wulf 1927 bei einem Testflug ab. Focke übernahm die Gesamtleitung der Gesellschaft und fusionierte diese 1931 mit der Albatros Flugzeugwerke GmbH. In die erste Hälfte der der 30er Jahre fallen die Schulflugzeuge Fw 44 „Stieglitz“, Fw 56 „Stößer“ und FW 58 „Weihe“.

Nach ihrer „Machtergreifung“ begannen die Nationalsozialisten die Fesseln von Versailles abzustreifen. Davon profitierte auch Focke-Wulf. Die Gründung von Focke und Wulf wurde zu einem wehrwichtigen Großbetrieb. Doch die Nationalsozialisten hatten kein entsprechendes Vertrauen zu Focke und drängten ihn deshalb aus der Leitung seines Unternehmens.

Nolens volens konzentrierte sich Focke nun auf den Bereich Konstruktion, den ihm die Nationalsozialisten ließen. Schon seit der Fusion mit den Albatros Flugzeugwerken faszinierte ihn das Thema Drehflügler. Das bisherige Konzept des Tragschraubers überzeugte ihn nicht. Ihm schwebte eine senkrecht startende Maschine vor. 1936 war es so weit. Der erste gebrauchsfähige Hubschrauber der Welt, die Focke-Wulf Fw 61, absolvierte seinen Erstflug. Wenn die Nationalsozialisten auch den Drehflügler mit Vorführungen von Hanna Reitsch in der Deutschlandhalle propagandistisch nutzten, so schätzten Fockes Nachfolger in der Unternehmensführung dessen Potential doch als niedrig ein. Focke zog sich deshalb ganz aus dem von ihm mit Wulf aufgebauten Unternehmen zurück und gründete 1937 mit dem deutschen Kunstflugweltmeister Gerd Achgelis nahe Bremen die Focke, Achgelis & Co GmbH zur Produktion von Hubschraubern. 1941 ging bei Focke-Achgelis mit der Fa 223 der weltweit erste Hubschrauber in Serie.

Nach schweren Luftangriffen wurde das Werk 1942 nach Oberschwaben verlegt. Focke ging mit und geriet so bei Kriegsende in die Hand der Franzosen. Sie enteigneten ihn und verschleppten ihn als Zwangsarbeiter nach Paris. Dort musste er bei dem französischen Flugzeughersteller SNCASE die FA 223 nachbauen und war an den Vorarbeiten der „Alouette“ beteiligt.

Nach der Freilassung durch die Franzosen 1948 gründete er noch im selben Jahr in seiner Geburtsstadt ein Ingenieursbüro und verdingte sich, nun ohne Produktionsstätten, als Berater. Flugzeugbau war den Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg verboten und so arbeitete er viel für das Ausland. Er beriet das britische Luftfahrtministerium beim Hubschrauberbau und konstruierte für das staatsnahe brasilianische IPD mit dem „Beija-Flôr“ (Kolibri) den ersten Hubschrauber, der in Brasilien entwickelt, gebaut und auch geflogen ist. Auch der erste eigenständig in Nachkriegsdeutschland entwickelte Hubschraubertyp, der Borgward-Focke BFK-1 „Kolibri“, stammte von Focke. Im Sommer 1958 und damit ein halbes Jahr vor dem brasilianischen Pendant „Beija-Flôr“ hatte der bei Borgward gebaute „Kolibri“ seinen Erstflug. Nach der Entmachtung von Carl Friedrich Wilhelm Borgward in dessen eigenem Unternehmen wurde das Projekt 1961 aufgegeben.

Anschließend kehrte Focke in gewisser Hinsicht zu seinen Wurzeln zurück. Denn außer bei der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt war er ab 1961 auch bei den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VDW) als beratender Ingenieur tätig, und die gingen aus einer Fusion der Weser-Flugzeugbau GmbH mit Focke-Wulf hervor.

Noch im hohen Alter tüftelte der Mitgründer von Focke und Wulf und Focke-Achgelis in seinem hauseigenen Windkanal

Mitte der 60er Jahre endeten diese Beratertätigkeiten. Am 25. Februar 1979 starb Heinrich Focke in seinem Geburtsort. Bis kurz vor seinem Tode hatte der begeisterte Flugtechniker noch in dem Windkanal, den er sich mit 70 Jahren in sein Bremer Haus hatte einbauen lassen, experimentiert.

Manuel Ruoff

»Eine teuer erkämpfte Niederlage«

Der Geograf, Forschungsreisende und Alpinist Paul Güßfeldt fing den ersten Gorilla, der lebend nach Preußen gebracht wurde

Paul Güßfeldt gehörte zu den bedeutendsten preußischen Forschungsreisenden aller Zeiten und machte dabei besonders auch durch seine bergsteigerischen Leistungen von sich reden. Außerdem genoss Güßfeldt das Vertrauen von Kaiser Wilhelm II., der ihm die Organisation seiner jährlichen Nordlandfahrten übertrug.

Am 14. Oktober 1840 brachte die Stendaler Dienstmagd Maria Sophie Friederike Heideblut einen unehelichen Sohn zur Welt, den sie Paul nannte. Dieses Kind wurde vier Jahre später von dem wohlhabenden Berliner Stadtrat und Kaufmann Friedrich Wilhelm Güßfeldt und dessen Gattin Antonie adoptiert. Das Paar ermöglichte dem nunmehrigen Paul Güßfeldt den Besuch des Französischen Gymnasiums sowie ein nachfolgendes Studium der Naturwissenschaften und Mathematik in Heidelberg, Gießen, Berlin und Bonn. Letzteres beendete Güßfeldt 1865 mit der Promotion, der dann 1868 die Habilitation in Bonn folgte.

Anschließend entwickelte der junge Privatdozent Pläne für eine Forschungsreise nach Afrika, die aber infolge des Deutsch-Französischen Krieges zunächst nicht zustande kam. Güßfeldt absolvierte den Feldzug 1870/71 als Freiwilliger und avancierte dann im Nachgang sukzessive zum Rittmeister der Reserve.

1872 betraute ihn die Deutsche Gesellschaft zur Erforschung Aequatorial-Africas mit der Leitung einer Expedition, deren Aufgabe darin bestand, das Königreich Loango zu erkunden, welches das Territorium des heutigen Kongo-Brazzaville einnahm und später zum französischen Protektorat mutierte. Allerdings stand das Unternehmen, das Güßfeldt zu erheblichen Teilen aus seiner eigenen Tasche finanziert hatte, unter keinem guten Stern: Erst ging im Januar 1873 die gesamte Ausrüstung bei einem Schiffbruch vor Freetown verloren und dann machten Seuchen und Probleme mit den einheimischen Trägern das geplante Vordringen ins Landesinnere unmöglich. Deshalb mussten sich Güßfeldt und dessen Begleiter Adolf Bastian, Julius Falkenstein und Eduard Pechuel-Loesche mit der Errichtung der Forschungsstation Tschinschotscho begnügen, die bis zur Abreise im Juli 1875 besetzt blieb. Falkenstein gelang es dabei zuletzt noch, einen Gorilla zu fangen, der auch lebend nach Deutschland gebracht werden konnte – was eine Premiere darstellte.

Danach zog es Güßfeld in die Arabische Wüste, die er 1876 zusammen mit dem Afrikaexperten Georg Schweinfurth von Ägypten aus erkundete. Aufgrund seiner bisherigen Leistungen als Forschungsreisender wurde Güßfeld 1878 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der ältesten Gelehrtengesellschaft im deutschsprachigen Raum, die bereits 1652 gegründet worden war.

Kaiser Wilhelm II. setzte auf ihn

Die nächste Expedition führte Güßfeldt dann im Auftrag der Preußischen Akademie der Wissenschaften beziehungsweise der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für Naturforschung und Reisen in die Kordilleren Südamerikas. Hier erkundete er 1882/83 insbesondere das noch wenig erschlossene Gebiet der zentralen Anden zwischen dem 32. und 35. Grad südlicher Breite. Dabei sammelte er nicht nur geographische, erdmagnetische, biologische und völkerkundliche Daten, sondern versuchte sich auch als Bergsteiger. Seine Erfahrungen auf dem Gebiet des Alpinismus reichten bis ins Jahr 1865 zurück. Damals hatte Güßfeld nur zwei Monate nach der Erstersteigung des Matterhorns und dem nachfolgenden Absturz von vier der sieben Gipfelsieger ebenfalls versucht, diesen gefährlichen Berg zu erklimmen – und zwar in Gesellschaft der Bergführer Peter Taugwalder senior und junior, obwohl man denen seinerzeit die Schuld an dem Unglück zugeschrieb hatte. Nach 21 Stunden Kampf ums Matterhorn musste er kapitulieren. „Eine teuer erkämpfte Niederlage“, schrieb der Berliner später über das Unternehmen.

Dahingegen gelang Güßfeldt am 19. Januar 1883 die erste Besteigung des aktiven Vulkans Maipo in der argentinischen Provinz Mendoza, der immerhin 5264 Meter misst. Dem schloss sich am 21. Februar der Versuch an, den höchsten Berg des gesamten amerikanischen Doppelkontinents, nämlich den 6962 Meter hohen Aconcagua, zu bezwingen. An diesen Eisriesen hatte sich bisher überhaupt noch kein Bergsteiger gewagt. Trotz heftiger Stürme konnte Güßfeldt hier eine Höhe von 6560 Metern erreichen. Dabei fand er unwiderlegbare Beweise, dass der Aconcagua, der von den Einheimischen oft auch „El Volcano“ genannt wurde, definitiv kein Vulkan ist.

Nach seiner Rückkehr im Juli 1883 übernahm der Forschungsreisende den Posten des Generalsekretärs der renommierten Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gab diesen aber bereits 1885 wieder auf, um sich seiner schriftstellerischen Tätigkeit zu widmen. Darüber hinaus avancierte er 1892 zum Professor am Orientalischen Seminar der Universität Berlin und Dirigenten des gesamten naturwissenschaftlichen Unterrichts an dieser Hochschule.

Ebenso machte sich Güßfeldt weiterhin als Bergsteiger einen Namen, wobei er nun besonders in der Mont-Blanc-Gruppe aktiv war. Hier vollbrachte er in den Tagen vom 15. bis zum 19. August 1893 ein alpinistisches Meisterstück von epochaler Bedeutung: Zusammen mit den Bergführern Emile Rey, Christian Klucker und Cesar Ollier gelang ihm die Erstbesteigung des gesamten Peuterey-Grates, der über 3300 Höhenmeter und sechs 4000 Meter hohe, schwierig zu erklimmende Bergspitzen bis auf den Gipfel des Mont Blanc führt.



Aus der Familienzeitschrift „Die Gartenlaube“: Paul Güßfeldt 1874 Bild: Archiv

Von Kaiser Wilhelm II., der ihn sehr schätzte, bekam er 1889 noch eine ganz besondere Aufgabe übertragen: Auf Wunsch des Monarchen organisierte er dessen erste Nordlandfahrt entlang der norwegischen Küste vom 1. bis zum 27. Juli jenes Jahres und nahm an dieser auch selber teil. Danach oblag Güßfeldt die Vorbereitung aller weiteren Fahrten dieser Art, denen erst der Kriegsausbruch 1914 ein Ende setzte. Neben dem Hausmarschall Freiherr Maximilian von Lyncker war Güßfeldt der einzige, der an allen 26 Skandinavienreisen des Kaisers als dessen Gast teilnehmen durfte.

1914 ging Güßfeldt in den Ruhestand. Er starb am 18. Januar 1920 in Berlin. In Anerkennung seiner bergsteigerischen Großtaten wurde der mit 4112 Metern höchste Punkt der Aiguille Blanche de Peuterey „Point Güßfeldt“ benannt. Desgleichen trägt die Einschartung zwischen dem Piz Scerscen und dem Piz Roseg in den Schweizer Alpen den Namen des preußischen Naturforschers. *Wolfgang Kaufmann*

»Scholle und Schicksal« waren sein Stoff

Mt seinem naturalistischen Drama »Jugend« wirkte Max Halbe richtungsweisend für eine ganze Stilepoche

Max Halbe war einer jener Dichter ostdeutscher Prägung, deren Werk bis in die letzten Tiefen des Empfindens, aber auch in der geistigen Durchdringung des von ihm verarbeiteten Stoffes von „Scholle und Schicksal“ seines Herkunftslandes bestimmt war. Nicht ohne Grund gab er daher auch einem seiner stärksten Prosawerke, dem ersten Teil seiner zweibändigen Autobiographie, diesen Titel. „Keiner hat wie Halbe die Schönheit des westpreußischen Landes um die untere Weichsel zwischen Weichsel und Nogat empfunden ...“, so formulierte es Paul Fechter.

Einem alten niedersächsischen Bauerngeschlecht, das wahrscheinlich ab der Ordenszeit im Weichselgau ansässig war, entstammend, wurde Halbe am 4. Oktober 1865 in Güttland bei Danzig als Gutsbesitzersohn geboren. Dort in der Weichselniederung verbrachte er seine Jugendjahre, in einem Lebensraum und in einer Landschaft, die in ihrer Einzigartigkeit den Dichter von Anfang an prägte und auch später immer wieder gefangen nahm.

Nach dem Besuch des Marienburger Gymnasiums studierte Halbe zunächst Jura in Heidelberg, dann Germanistik und schließlich Geschichte in Berlin und München, wo er 1888 mit einer historischen Arbeit über den Stauferkaiser Friedrich II. und dessen Beziehungen zum Papst promovierte. Anschließend ging er als freier Schriftsteller nach Berlin. Dort entstanden seine ersten Dramen: 1889 das Trauerspiel „Ein Emporkömmling“, 1890 das unter dem Einfluss von Arno Holz und Johannes Schlaf verfasste naturalistische Drama „Freie Liebe“ und 1892 sein Schauspiel „Eisgang“, das Landschaft und Charaktere seiner westpreußischen Heimat bereits bewusst in die dichterische Aussage einbezog. Noch im selben Jahr schrieb Halbe sein wohl berühmtestes Werk, die Liebestragödie „Jugend“, mit der dem jungen ehrgeizigen Literaten der entscheidende Durchbruch gelang und dessen Titel – ebenso wie die damals vielgelesene Zeitschrift gleichen Namens, die ab 1896 in München erschien – richtungsweisend wurde für eine ganze Stilepoche.

Nach der „glückhaften Wendung“ seines ersten großen Theatererfolges hielt es Halbe nicht länger in Berlin, in jener „Literaturmühle“ mit ihrem „unsteten und anspruchsvollen gesellschaftlichen Leben und Treiben“; er siedelte 1884 in die Schweiz über, nach Kreuzungen am Bodensee, in die „freiere, leichtere Luft“ des Südens. Aber schon bald darauf, im Frühjahr 1895, verließ er sein Bodenseeidyll und zog nach München. Dort an der Isar schrieb er seine weiteren Erfolgsdramen „Mutter Erde“ (1897) und „Der Strom“ (1903), die – ebenfalls angesiedelt in der urwüchsigen Landschaft seiner Heimat – den Zenit seines dramatischen Schaffens besiegelten.



Max Halbe: Porträtgemälde von Albert Weisgerber (1909)

Neben seinen Dramen schrieb Halbe zahlreiche Novellen und Romane. Bereits die erste, 1896 entstandene Novelle „Frau Meseck“, vor allem aber seine Romane „Die Tat des Dietrich Stobäus“ und „Jo“ offenbarten sein ausgeprägtes realistisches Erzähltalent, das sich – nach seinen eigenen Worten – erst in der Zeit zwischen dem vierten und fünften Lebensjahrzehnt „zum epischen Stil steigerte“. In seinem siebten Lebensjahrzehnt schließlich erschien Halbes episches Hauptwerk, die beiden autobiographischen Bände „Scholle und Schicksal“ und „Jahrhundertwende“, die bis heute zu den aufschlussreichsten Memoirenwerken des Fin de Siècle und der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg gehören.

Halbes literarische Bedeutung als historischer Schriftsteller sollte darüber hinaus jedoch nicht vergessen werden. Sein Stauferdrama „Friedrich II.“ – ebenso wie seine zahlreichen historischen Erzählungen – und vor allem sein letztes großes Werk, der Danziger Barock-Roman um den „Großmeister der deutschen Poeterey“ Martin Opitz, „Die Friedensinsel“, sind hierfür sinnfällige Beispiele.

Anlässlich seines 60. Geburtstages erhielt Max Halbe 1925 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Danzig, gleichzeitig wurde er Ehrenbürger der „Ordenshauptstadt“ Marienburg, aus gleichem Anlass gab der Stadtrat von München einer Straße der bayerischen Metropole den Namen „Max-Halbe-Straße“. Er wurde mit der von Reichspräsident Paul von Hindenburg gestifteten Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft und dem Danzig-Kreuz ausgezeichnet. Mitte der 30er Jahre wurde er zum Ehrenmitglied des Bundes heimattreuer Ost- und Westpreußen in München ernannt, dem er ab dessen Gründung 1920 angehörte.

Man hat Max Halbe – noch zu seiner Schaffenszeit – neben Gerhart Hauptmann als „Mitbegründer des deutschen Naturalismus“ bisweilen enthusiastisch gefeiert, ebenso wie man ihn später gleichsam als „unorthodoxen Mitläufer“ der naturalistischen Literaturrevolution abwertete und dementsprechend die Würdigung seines Werkes in der Literaturwissenschaft mehr und mehr in den Hintergrund trat. Halbe gehörte nie zu den Verfechtern eines konsequenten Naturalismus, er bekannte sich offiziell zu keiner der damaligen literarischen Richtungen.

Der neuerliche Versuch einiger „progressiver“ Literaturkritiker, Max Halbe in die Rolle eines „Wegbereiters der Blut- und Boden-Ideologie“ der Nationalsozialisten abzudrängen – und dies speziell unter Hinweis auf den Titel seiner Autobiographie „Scholle und Schicksal“ oder seines Dramas „Mutter Erde“ – ist indessen in jeder Hinsicht unbegründet und literaturwissenschaftlich nicht haltbar. Seine „Bodenständigkeit“ entsprang einer tiefen Heimatliebe und hatte mit späteren missbräuchlichen ideologischen Verzerrungen derartiger Begriffe nicht das Geringste gemeinsam.

Max Halbe starb am 30. November 1944 und wurde am 4. Dezember auf seinem Landsitz in Burg bei Neuötting beigesetzt. *E.B.*

Rückkehr zur Vernunft und Normalität

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 39)

Seit Jahrzehnten findet in Deutschland eine fatale Umerziehung des eigenen Volkes durch Politik und weitestgehend gleichgeschaltete Medien statt. In einer wahren Demokratie gibt es ungehindert miteinander konkurrierende politische Parteien auf dem rechten und linken Flügel des ganzen Spektrums. Bei uns aber ist inzwischen im politischen Bereich das Wort „rechts" zu einem Unwort mutiert und wird mit der „Nazikeule" verunglimpft.

Wir müssen erleben, dass nunmehr seit Jahrzehnten im Schulunterricht unserer Jugend die 2000-jährige Geschichte des eigenen Volkes weitgehend vorenthalten bleibt. Sie erfährt nichts über die auf einem vorbildlichen Bildungssystem in zurückliegenden Jahrhunderten beruhenden großen Leistungen Deutschlands in Wissenschaft, Technik und Kunst, die zum großen Teil auch der gesamten Menschheit zugutekamen. Die Jugend soll wohl nur die Schrecknisse der NS-Zeit verinnerlichen. Es ist richtig, dass in diesen zwölf Jahren große Verbrechen begangen worden sind. Das berechtigt aber nicht zur einseitigen Darstellung und damit Verfälschung unserer Geschichte, zu ständiger Selbstbezichtigung und, ja, zur Verteufelung des eigenen Volkes.

In den letzten Wochen ist die Flüchtlingsproblematik vordringlich geworden. Es ist bedauerlich, dass der Westen, vor allem die USA und in deren Gefolge auch Deutschland, durch unkluge Politik in Afrika und Asien ganz wesentlich dazu beigetragen hat.

Zudem haben von hier ausgesandte Signale bei den bedauernswerten Flüchtlingen unerfüllbare Hoffnungen geweckt. Durch den Zuzug fremder Kulturen ist ein Anstieg der Kriminalitätsrate programmiert, wie wir es in den letzten Jahren zur Genüge erfahren mussten. Was das aber bei einem Massenzuzug für uns bedeutet, ist absehbar. Kein Wunder, dass unsere Landsleute beunruhigt sind.

Es ist unerhört, das ganz natürliche Empfinden des Volkes auch noch zu verhöhnen oder sogar unter Strafe zu stellen. Dieses besonders, weil nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, rechtzeitig vor Ort die Situation dieser Menschen zu bessern oder für sie wenigstens in ihrem eigenen kulturellen Umfeld bis zur Heimkehr ein sicheres Auffanglager zu schaffen.

Verantwortung und Aufrichtigkeit dem eigenen Volk gegenüber sind das Gebot der Stunde. Wenn wir den Wahnsinn aber weiter betreiben, versinken wir in Chaos und völliger Verarmung. Die zwingende Forderung ist die Rückkehr zur Vernunft und Normalität. **Dr. Horst Hüttenbach, Bonn**

Eine zweite Enttäuschung

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Der Artikelüberschrift sollten Ausrufezeichen angefügt werden, die die Hirne des agierenden politischen Irrsinns in Bund, Ländern und Kommunen erreichen müssten. Doch dort scheint sich eine Epidemie ausgebreitet zu haben, die jegliche Vernunftgedanken abblocken lässt. Mit primitivsten demagogischen Methoden wird der Welt vorgegaukelt, dass „Deutschland einig Helferland" (so die „Bild") sei.

Als ehemaliger DDR-Bürger erinnert mich das fatal an ein Regime, das mit ähnlichen Methoden „arbeitete": Nach der Biermann-Ausbürgerung äußerten sich seitenlang „Normalbürger" über die Richtigkeit jener Ausbürgerung; als die UdSSR in Afghanistan einfiel, stand die DDR „wie ein Mann" hinter dieser Aggression; und als während der Montagsdemonstrationen die Menschen „Wir sind das Volk" riefen, beschimpfte man sie unter anderem als „Friedensfeinde".

Als das DDR-Regime endlich abgedankt hatte, wünschten sich die meisten Bürger eine stabile bürgerliche Entwicklung ohne irgendwelche weiteren gesellschaftlichen Experimente. Heute „regieren" gleichgeschaltete rote Chaoten, von denen man 1989 nicht zu träumen wagte. Es hat sich eine riesige Enttäuschung entwickelt, die fast täglich durch neue Propagandaorgien vertieft wird.

Dabei stammen beide Staatsoberen aus der DDR – wie vergesslich doch der Mensch ist! Insofern passt auch das in derselben Ausgabe im Wochenrückblick unter dem Titel „Adieu, Charlie" erwähnte Zitat des italienischen Autors Ignazio Silone: "Der neue Faschismus wird ein Antifaschismus sein." Danke auch für jenen Gedankenanstoß! **Manfred Kristen, Duderstadt**

G36 für Syrer

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

Ich bin leidenschaftlicher Leser der *PAZ*. Wenn sie freitags eintrifft, lese ich stets als erstes die Leserbriefe, weil sie alle meine Meinung und meine Empfindungen widerspiegeln.

Seit Jahren sind die deutschen und europäischen Politiker der Meinung, dass man den Terrorkrieg in Syrien und Irak einfach so weiter laufen lassen sollte – man könne doch nichts dagegen machen. Seit Kurzem allerdings meint Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dass man in absehbarer Zeit doch die Bundeswehr mit Flugzeugen und später mit Bodentruppen hinschicken sollte. Wäre es da nicht besser, man würde die Flüchtlinge, die zu Hunderttausenden in unser Land gelassen werden – alles junge, kräftige Kerle – mit unserem Sturmgewehr G36 ausrüsten und zurückschicken, um selber ihr Heimatland zu verteidigen? **Jürgen Olfermann, Hankensbüttel**

Die eigene Landesfamilie steht vernachlässigt da

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

2014 kamen 1,46 Millionen Zuwanderer nach Deutschland, davon 182 000 Asylsuchende. Doch nun spricht selbst Vizekanzler Gabriel davon, dass 2015 wohl über eine Million Menschen nach Deutschland kommen werden. Sind die Zuwanderer aus der EU keine Menschen? Wer denkt denn, dass es aus anderen EU-Ländern 2015 keine Zuwanderung geben wird?

Es wird also eine Zuwanderung von insgesamt wohl mindestens 2,3 Millionen Menschen geben, bisher stieg die Zuwanderung aus anderen EU-Ländern von Jahr zu Jahr seit der Freizügigkeit. Gleichzeitig verlassen pro Jahr 900 000 Menschen Deutschland. Oft mit Rentenansprüchen, oft gut Qualifizierte. Dieser Bevölkerungsaustausch ist besorgniserregend.

Dass Frank-Jürgen Weise nun auch das Amt für Migration und Flüchtlinge führen soll, ist nachvollziehbar. Hat doch auch er bei der BA dafür gesorgt, dass die Arbeitslosenstatistik heutzutage nichtssagend ist. Das eigentliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung wird ebenso negiert wie die Auswirkungen der Massenmigration auf den Arbeits-und Wohnungsmarkt. Sozial Ausgegrenzte, Kranke und Alte werden weiter verdrängt.

Asylantenhelfer zu sein, liegt aktuell im Trend. Mal schauen, wie lange der anhält. Es ist einfach schick, auf Facebook zu posten, wie man Äpfel verteilt oder Männern Decken zuwirft. Das Helfersyndrom ist ein Krankheitsbild. Der Betroffene hat ein schwaches Selbstwertgefühl und ist auf seine Helferrolle fixiert. Das Helfen wird zur Sucht.

Es gab schon Familien, die Kinder adoptierten, dafür ihre eigenen derart vernachlässigten, dass das Jugendamt die eigenen Kinder wegnehmen musste. Möchte man als Adoptivkind weiter bei solchen Pflegeeltern wohnen? Nein, wohl nicht, und das wird in so einem Fall auch nicht geschehen. Nur handelt ein Staat nicht ganz genau so, der Hunderttausende seiner eignen Leute auf der Straße oder im Obdachlosenasyl belässt, für die Unterbringung von Fremden dagegen eine Anstrengung nach der anderen unternimmt? **Hartmut Georg Mayer, Tuttlingen**

Auf friderizianische Ideen setzen

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Ich freue mich aufrichtig, dass es eine Zeitung gibt, die sich preußischen Werten verpflichtet fühlt. Meine Verbundenheit gilt der preußischen Idee.

Weiterhin sehe ich mich in der friderizianischen Tradition Preußens verankert. Von daher finde ich die Beiträge zur Flüchtlingsdebatte ein wenig einseitig. Berlin bestand im 18. Jahrhundert zu 50 Prozent aus französischen Hugenotten, und 100 Jahre später war die Hälfte ihrer Bevölkerung polnisch oder schlesisch. Nun sind dies in beiden Fällen christliche Einwanderer gewesen, die einen Teil unserer Werte teilen.

Persönlich ziehe ich Assimilation der Integration vor. So sollten wir versuchen, die muslimischen Einwanderer zu assimilieren. Schon Friedrich II. sagte: „Alle Religionen Seindt gleich und guht wan nuhr die leüte so sie profesiren Erliche leüte seindt, und wen Türken und Heiden kähmen und wolten das Land Pöpliren, so wollen wier sie Mosqueen und Kirchen bauen."

Ohne Zweifel müssen sich die Einwanderer an unsere Gesetze halten. Das Problem des Konfliktexports nach Preußen ist nicht zu unterschätzen. Doch sollten wir nicht einfach jenen sagen, die hier die alten Konflikte ausfechten: „Geht heim, ihr habt nichts gelernt!" und zugleich jene Hunderttausende bestrafen, die Willens sind, unser Lebenskonzept auszuprobieren? **Marko Drust, Berlin**

Welcher »von uns«?

Zu: Was heißt hier Verschwörung? (Nr. 35)

Frau Herman ist in vieler Hinsicht zuzustimmen. Jedoch kann auch sie sich nicht von dem uns jahrzehntelang aufgezwungenen Schuldkomplex lösen, wenn sie in mehreren ihrer Beiträge betont, dass die Flüchtlingsländer „von uns" zerstört worden seien. Wenn die Regierungen unseres Landes sich direkt oder indirekt an Kriegseinsätzen beteiligt haben, so geschah es gegen den Willen des größten Teils unseres Volkes und auf Anordnung unserer (ehemaligen?) Besatzungsmacht. Die eigentlichen Initiatoren aber waren seit eh und je unsere ehemaligen Feindstaaten.

Darüber hinaus kommt das Gros der Einwanderer nicht unmittelbar aus Kriegsgebieten, was man an der geringen Anerkennungsquote ablesen kann. Deshalb sollte das Wort „Flüchtlinge" nicht pauschal verwendet werden, sondern nur für die zwei bis vier Prozent der Menschen, die nachweislich in ihrer Heimat vom Tod bedroht waren.

Oder meint Frau Herman, wenn sie „von uns" spricht, nicht die Deutschen, sondern die der Nato angehörigen Nationen? **Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main**

Das »goldene Kalb« wird bald geschlachtet sein

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

Wegen der riesigen Zahl von Flüchtlingen und Scheinflüchtlingen, die wir in unserem kleinen Deutschland nach dem Willen unserer Politiker und gleichgeschalteter Medien alle aufnehmen sollen, sollte man auch an Folgendes denken: Die Erdbevölkerung beträgt derzeit, nach einem gewaltigen Anstieg in den letzten 20 Jahren, 7,3 Milliarden. Ernährungswissenschaftler stellten fest, dass bei acht Milliarden Menschen die Nahrungsmittelproduktion nicht mehr ausreichen wird. Das Bevölkerungswachstum nimmt schneller zu als erwartet, und man rechnet mit 11,3 Milliarden Menschen gegen Ende des Jahrhunderts.

Dort, wo heute in Afrika Großstädte mit Slums stehen, waren vor 100 Jahren noch Eingeborenendörfer. Hier explodiert das Bevölkerungswachstum geradezu. Deutschland konnte bereits im Ersten Weltkrieg, als es noch Ostpreußen, Pommern und Schlesien als Nahrungsproduzenten hatte, ohne Getreideimporte nicht auskommen, daher hungerten die Deutschen bitter.

Wenn wir in dem sehr klein gewordenen Deutschland auch noch der Aufnahme des Bevölkerungsüberschusses von Afrika und anderen fremden Ländern zustimmen, dann wäre dies eine Dummheit und Verantwortungslosigkeit ohnegleichen. Die Ernährung der vielen Menschen wird auf dieser Erde immer mehr zum Hauptproblem. Die Produktion von Industriegütern wird gar nichts mehr nützen, wenn die Lebensmittel weltweit zur Mangelware werden. Autos können nicht gegessen werden.

Der durch unsere derzeit boomende Industrie mitproduzierte Wohlstand wird uns Deutschen, wenn dadurch immer noch mehr Immigranten in unser Land kommen, zum Fluch, zum „goldenen Kalb", werden. Die Einwanderung fremdstämmiger Menschen aus völlig anderen Kulturkreisen schafft zudem Parallelgesellschaften, und diese werden in Notzeiten, die auch Deutschland einmal treffen können, zu Auseinandersetzungen der verschiedenen Ethnien, zu Bürgerkriegen, führen, die bislang bei der homogenen deutschen Bevölkerung gar nicht denkbar waren. Die Verantwortung hierfür tragen unsere „Regierenden" in Politik, Medien und Wirtschaft. **Gebhard Gaenss, Stuttgart**

Die Heimat wurde verscherbelt

Zu: Egon Bahrs Wechselfälle (Nr. 35)

Egon Bahr ist gestorben. Die Medien überschlugen sich mit Lobeshymnen und feierten ihn als Architekten der Ostpolitik. Er selbst wollte sich als Vorkämpfer der deutschen Einheit stilisieren. Aber ich habe ihn wenige Wochen vor dem Fall der Mauer im Rundfunk gehört, wo er sagte: „Die Wiedervereinigung ist Quatsch. Sie geht nicht."

Was die Ostpolitik betraf, so wollte er seine besonderen Leistungen bei den Verhandlungen mit dem ausgebufften sowjetischen Außenminister Andreij Gromyko herausstellen. Im Fernsehen berichtete Bahr, nach den Verhandlungen mit Gromyko habe er das Gefühl gehabt, jetzt könntest du sterben. Für dieses Leben hat es gereicht. Aber unser Königsberger Landsmann, Helmut Allardt, der seinerzeit deutscher Botschafter in Moskau war, schreibt in seinen Erinnerungen, dass Bahr mit Gromyko hanebüchen verhandelt hat. Offenbar kam es Bahr nur darauf an, unsere ostdeutsche Heimat zu verscherbeln. Bahr war ja unehrenhaft aus der deutschen Wehrmacht ausgestoßen worden. Er hatte also Motive genug, es den Deutschen heimzuzahlen. In diesem Sinne ergänzte er sich kongenial mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt.

Was Bahr von den Deutschen hielt, hat er auch im Fernsehen bekundet. Zweimal hörte ich ihn in Talk-Shows sagen: "Die Deutschen können nicht mehr verrücktspielen." **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

Ein Erhellter

Zu: Kritik soll erstickt werden (Nr. 35)

An einem Wochenende fand in dem allzu „dunklen" Heidenau ein Willkommensfest für Asylbewerber vom "hellen" Deutschland statt. Politiker, Journalisten und vor allem junge Leute feierten das Willkommensfest.

Auch der Innenminister von Sachsen wollte daran teilhaben. Doch er wurde von jungen Leuten mit dem Ruf „Nie wieder Deutschland!" daran gehindert. So verließ der hoffentlich Erhellte das Fest. **Robert Böhm, Leipzig**

Was im Land gerade stattfindet, hat wenig mit dem Recht auf Asyl zu tun

Zu: Der Bürger als Feind (Nr. 36)

Verfolgten ein Asylrecht mit humaner Versorgung zu bieten, wird kaum ein Mitbürger hier in Frage stellen, wenn es sich um Menschen handelt, die um ihr Leben fürchten müssen. Was jetzt aber in Europa und besonders in Deutschland stattfindet, hat wenig mit dem Recht auf Asyl zu tun. Es wird sich zu einer Völkerwanderung ausweiten, wie sie die Europäer bisher noch nicht erlebten. Hier einmal abgesehen von der gewaltsamen Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus ihrer östlichen Heimat.

Das Bundesamt für Migration stellte kürzlich einen aufwendig aus Steuermitteln finanzierten Videofilm ins Netz, der in neun Sprachen (unter anderem in Albanisch, Serbisch, Arabisch und Paschtu) synchronisiert worden ist und einen netten jungen Iraker zeigt, der von sehr freundlichen deutschen Beamten empfangen, versorgt und auf den Weg zur Anerkennung seines Asylantrags begleitet wird. Deutsche Politiker werben im Ausland für Einwanderung in unser „reiches" Land. Wir bräuchten ja Arbeitskräfte.

Darauf haben doch die Schlepperbanden nur gewartet und erpressten aus dem nun einsetzenden Flüchtlingsstrom Gewinne in Milliardenhöhe. Über einen sicheren Weg nach Deutschland und Europa verloren ratlose Politiker dagegen keine Worte.

Auch zehntausende Afrikaner machten sich nun auf den Weg nach Norden, wurden unterwegs ausgeraubt, verdursteten in der Sahara oder ertranken im Mittelmeer, nachdem sie von Schleusern in jämmerliche Boote gepfercht wurden. Auf der Balkanroute erstickten syrische und asiatische Flüchtlinge in von kriminellen EU-Schleusern verschlossenen Lastkraftwagen.

Ratlose Politiker setzen falsche Signale

Nun werden ja aus den muslimischen Krisengebieten dieser Welt nicht nur friedfertige Flüchtlinge anreisen, sondern auch einige IS-Kämpfer aus Syrien und dem Irak, dazu Taliban aus den Bergen Afghanistans und Pakistans. Sicher werden auch sie Winterquartiere in Deutschland suchen, um sich auf neue Einsätze vorzubereiten, den Flüchtlingen Geld abzupressen und neue Anhänger zu werben.

Besonders die Bürger aus dem östlichen Teil der Republik sind trotz der Einheitsmedien politisch recht gut informiert, weil sie schon fast genetisch gewohnt sind, zwischen den Zeilen die Wahrheit zu finden. Mit der plötzlichen Flut von Flüchtlingen und den damit verbundenen Belastungen ihrer Gemeinden waren sie überfordert. Ich brauchte auch einige Zeit, bis ich zu meinen neuen kurdischen Nachbarn ein gutes Verhältnis erreichte. Viele reagierten mit: „Was sollen wir denn machen, hilft ja eh nichts", einige demonstrierten, einzelne wurden sogar kriminell, was der Staat nicht durchgehen lassen darf.

Wirkliche Achtung verdienen Menschen, die einen Kriegsflüchtling aufnehmen, am Bahnhof Getränke und Kleidung verteilen, ohne ständig nach Kameras und Mikrofonen zu schielen wie die selbsternannten Gutmenschen und Vollzeitaktivisten.

Über 100 Milliarden Euro sind für Griechenland verschleudert worden. Mit dieser Summe ließe sich die Not in den Lagern Syriens, des Irak und der Türkei beenden und der Einsatz der tapferen kurdischen Kämpfer gegen den IS unterstützen. Junge arabische Männer aus den Kriegsgebieten dagegen verließen Land und Familie in Richtung Deutschland und hoffen, dass allein den Kurden die Befreiung ihrer Heimat gelingt. **Reiner Strauß, Berlin**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 40– 3. Oktober 2015

MELDUNGEN

Air Lituanica bankrott

Wilna – Die litauische Fluggesellschaft Air Lituanica hat ihren Flugverkehr eingestellt und Konkurs angemeldet. Die der Stadt Wilna gehörende Fluglinie fuhr seit Beginn ihres Bestehens ein monatliches Defizit von durchschnittlich etwa einer Million Euro ein. Flugverbindungen ins memelländische Polangen gibt es von der Bundesrepublik aus jetzt nurmehr mit AirBaltic über Riga. Wilna selber wird aber auch weiterhin unter anderem von der Lufthansa angeflogen. *T.W.W.*

Militärmuseum in Arys

Arys – In dem Gebäude, in dem früher das Kulturhaus untergebracht war, soll ein Museum des Militärs und des Militärwesens entstehen. Vor dem Gebäude entsteht ein im Militärstil gestalteter Platz, auf dem bewegliche Militärgeräte stehen werden. Die Einrichtung wird sich auch mit der Bildung für Kinder und Jugendliche befassen. Die Eröffnung des Museums ist für Anfang Oktober vorgesehen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rosental [Rozental], Baustelle. Straße Nr. 16: Bergfriede [Samborowo], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle; Renkussen [Rekusy] – Mathildenhof [Buniaki], Baustelle; Kalinowen [Kalinowo] – Regionsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 16c: Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Renovierung der Brücke. Straße Nr. 51: Staatsgrenze – Gross Kärthen [Kiertyny], Baustelle; Bartenstein [Bartoszyce], Renovierung der Fußgängerzonen; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Scheufelsdorf [Tylkowo], Randstreifenarbeiten; Ortelsburg [Szczytno] – Młynsko, Baustelle. Straße Nr. 57: Gr. Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Gedwangen [Jedwabno] – Narthen [Narty], Baustelle; Gut Eichental [Kaliszki], Baustelle. Straße Nr. 63: Gehsen [Jeze] – Woiwodschaftsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 65: Kowahlen [Kowale Oleckie] – Treuburg [Olecko] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Stoosznen [Stozne] – Seedranken [Serdaki], Baustelle; Löbelshof [Chojniak] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Szameiten [Oracze], Baustelle; Lyck [Ełk] – Prostken [Prostki], Baustelle. *PAZ*

Spiel und Spaß in Tilsit

So viele Besucher wie selten zuvor – Stadtfest stieß dank seltener Attraktionen auf viel Beachtung

Gleich mehrere Städte des Königsberger Gebiets haben die Jahrestage ihrer Städte gefeiert. Tapiau beging sein 750. Stadtjubiläum und auch in Pr. Eylau, Ebenrode und anderen Städten wurde gefeiert. Das größte Ereignis fand jedoch vom 4. bis zum 6. September in Tilsit, der zweitgrößten Stadt des Gebiets statt.



Tilsit feierte in diesem Jahr sein Stadtfest besonders: Festbühne im Park Luisenwahl Bild: J.T.

Drei Tage lang hat Tilsit sein diesjähriges Stadtfest gefeiert. Am ersten Tag leisteten die kulturellen Einrichtungen der Stadt ihren Beitrag. Im Stadtmuseum gab es einen Wettbewerb „Wir lesen Bobrowski“, der dem Werk des Schriftstellers und Dichters Johannes Bobrowski gewidmet war. Die Stadtbibliothek veranstaltete einen Abend zum 15. Jahrestag der „Kulturgesellschaft Primenanja“. Das städtische Zentrum zur Entwicklung der Kreativität lud zum Tag der offenen Tür ein. Hier stellten sich Künstlervereine, die im Stadtzentrum ihren Sitz haben, und deren Lehrer vor.

Doch das Hauptereignis, das die meisten Besucher anlockte, fand am 5. September statt. Die zentralen Veranstaltungen konzentrierten sich um den Stadtpark herum. Hier wurden Traditionen, Tänze und Volkslieder vorgestellt, Rezepte aus der Volksküche zubereitet und verzehrt. Das alles stand unter dem Motto „Sowjetsk – Gebiet der Freundschaft“.

Gleichzeitig wurde in der Nähe ein Ritterturnier „Tilsuter Schwert“ nachgestellt. Obwohl es hier keinen Massenandrang gab, zeichnete sich das Turnier durch viel Energie und Farbenpracht aus. Im Unterschied zu anderen Städten des nördlichen Ostpreußens, wie zum Beispiel Cranz, wo jährlich das Ritterfestival „Kaup“ stattfindet, gibt es in Tilsit nur selten solche Vorstellungen. Deshalb stieß das Schauspiel auch bei denjenigen, die zugesehen haben, auf große Begeisterung.

Währenddessen hatten die Anhänger von Tänzen im Park die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten in einem Arbeitskreis zu verbessern.

In der zweiten Hälfte des Festtags versammelten sich die Teilnehmer

Stadtvertreter der LO feierten mit

am Eingang zum Park. Hier wurde ein Modell der Stadt Tilsit zu Anfang des 19. Jahrhunderts feierlich eröffnet (siehe Bericht unten). An der Feier nahmen Gäste aus den Partnerstädten in Litauen, Polen und Deutschland sowie eine Delegation aus Kiel teil. Auch die Landsmannschaft Ostpreußen war durch Mitglieder der Stadtgemeinschaft Tilsit vertreten. Der neue Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg wohnte der Zeremonie außerdienstlich bei. Alle zeigten großes Interesse an dem Kunstwerk.

Der kurz einsetzende Regenschauer konnte die Gäste nicht vergraulen, und zum Glück endete dieser auch nach einer Viertelstunde, sodass er die feierliche Eröffnungszeremonie des Stadtfestes nicht störte, die kurz nach der Präsentation des Stadtmodells auf der Bühne des Stadtparks stattfand. Denjenigen, die sich am Tag der Stadt das Ja-Wort gegeben hatten, gratulierten die Stadtvertreter unter Beifall der Zuschauer auf der Bühne.

Für diejenigen, die nicht nur passiv den Aufführungen auf der Bühne des „grünen Theaters“ zuschauen wollten, gab es einen Tanzplatz, wo „Melodien vergangener Jahre“ aufgespielt wurden.

Wer keinen Tanzpartner gefunden hatte, konnte an einem Wettrennen auf Stelzen teilnehmen. Am Abend traten die im Gebiet bekannten Gruppen „Exklave“ und „Parowos“ auf. Als besonderes Bonbon trat die Siegerin der TV-Gesangs-Talent-Show „Golos“ auf. Das Stadtfest beendete ein Feuerwerk am Sonnabendabend.

Der Sonntag war sportlichen Veranstaltungen vorbehalten. Für ein Radrennen war die Innenstadt gesperrt worden. Vor dem Bahnhof starteten die Teilnehmer des Radrennens in Gruppen: zuerst die Kinder, dann die Erwachsenen. Auf den Sportplätzen der Stadt fanden Fußball-, Volleyball- und Schachturniere statt.

Schon lange hatte es in Tilsit kein Fest mehr gegeben, das so viele Besucher angelockt hat.

Jurij Tschernyschew

Tilsit erhält Modell der Stadt im Jahr 1807

Touristenroute »Vom Tilsiter Frieden bis zur Konvention von Tauroggen« nimmt dank EU-Hilfe Gestalt an

Während des Stadtfests in Tilsit wurde ein Modell der Stadt im Jahr 1807 aufgestellt, das dank der Finanzierung durch die EU im Rahmen der „Bildung einer touristischen Route ‚Vom Tilsiter Friedensvertrag 1807 bis zur Konvention von Tauroggen 1812‘“ ermöglicht wurde. Dieses Projekt ist Teil des von der EU geförderten Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Litauen, Polen und Russland von 2007 bis 2013. Das Gesamtbudget dieses Projekts beträgt knapp drei Millionen Euro.

Im Rahmen dieses Programms erfolgte bereits die Wiederherstellung des Luisendenkmals im Park Luisenwahl. Die zentrale Allee des Stadtparks wurde erneuert und in der Stadt wurden Informationstafeln aufgestellt. Darüber hinaus wurde ein Touristen-Informationszentrum eingerichtet.



Von zahlreichen Festteilnehmern bestaunt: Neu eröffnetes Freilichtmodell Tilsits Bild: J.T.

Für die Herstellung des Stadtmodells hatte die Stadt einen Wettbewerb ausgerufen. Die Kosten für das Modell wurden auf acht Millionen Rubel (zirka 110 000 Euro) veranschlagt. Das Freilichtmodell sollte Kopien von 300 alten Gebäuden enthalten, deren Details aus Bronze, Messing und Gusseisen bestehen sollten. Zu dem Modell sollte auch eine Schalttafel aufgestellt werden, damit man die Beleuchtung der einzelnen Gebäude steuern kann.

Obwohl die Frist für den Abschluss der Arbeiten für August 2014 geplant war, fand die Präsentation des Modells erst am 5. September dieses Jahres in einer feierlichen Atmosphäre statt. Es gab eine kleine Theateraufführung, an der Darsteller als Königin Luise, Napoleon, König Friedrich Wilhelm III., Kaiser Alexander I. und als historische Bewohner der damaligen Zei teilnahmen, welche die Ereignisse des Jahres 1807 in Tilsit in Szene setzten.

Das historische Modell ist an der Stelle des ehemaligen Brunnens in der Nähe des Stadtparks gelegen. Es ist eine kleine Kopie von 143 Gebäuden und Wahrzeichen der Hauptstraßen von Tilsit. Bronze-, Messing- oder Gusseisenelemente fehlen zwar, aber es ist beabsichtigt, das Modell zu ergänzen, da es ja eigentlich 300 Gebäude zeigen sollte. Für Statuen, Bänke, Rasenflächen und Bürger, die es im Stadtbild von Tilsit gab, fehlen Sponsoren.. Zur Eröffnung des Modells waren örtliche Unternehmer aufgerufen worden, sich an der Finanzierung der Vervollständigung zu beteiligen, zum Beispiel mit Gebäuden, in denen Restaurants, Cafés oder Büros ihrer Firmen untergebracht sind.

Das Modell ist von allen Seiten mit einem Zaun umgeben, um ein Überklettern und Vandalismus zu verhindern. Nach der Eröffnungszeremonie war der Zugang für einige Stunden möglich.

Zur touristischen Route „Vom Tilsiter Frieden bis zur Konvention

Für Erweiterung fehlen Sponsoren

von Tauroggen“ gehört auch die litauische Stadt Tauroggen. Die historische Route beginnt an der Luisenbrücke, verläuft durch den historischen Teil der Stadt und endet an dem Ort, an dem der Tilsiter Frieden geschlossen wurde bei dem Haus, in dem der russische Zar Alexander I. und Königin Luise wohnten. Sie führt auch an dem Ort vorbei, an dem sich einst die Residenz Napoleons befand, und dem Ort, an dem der Legende nach Napoleon eine Linde mit zwei Stämmen gepflanzt hat, das Symbol der Freundschaft zwischen Frankreich und Russland. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ein Anliegen wird uns heute besonders beschäftigen, denn es spricht zwei Themen an, die in den Zuschriften an unsere Ostpreußische Familie immer wieder dominieren: „Wie geben wir Älteren unser Wissen an die Nachfolgegenerationen weiter?“ und „Auf Zeitreise zurück in das Jahr der großen Flucht“. Herr **Klaus-Peter Steinwender** übersandte uns einen „Weckruf nach Königsberg“ mit der Bitte, diesen unseren Leserinnen und Lesern zu übermitteln – er legte ihn uns wörtlich an das „ostpreußische Familienherz“ in der Hoffnung, dass dieser „Weckruf“ neue Verbindungen schaffen und Anregungen erwecken möge, ein Gleiches zu tun. Es handelt sich nicht, wie man meinen könnte, um einen die Allgemeinheit betreffenden Appell oder Aufruf, sondern um die Erinnerungen eines Königsbergers an seine Heimatstadt, die er wach halten will. Der Verfasser **Gerhard Blank** hat seinen „Weckruf“ in Buchform herausgegeben, und ein Exemplar erreichte auf familiären Wegen auch Herrn Steinwender, der von der tiefen Liebe des Verfassers zu seiner Heimatstadt so angetan war, dass er uns das Buch übersandte mit der Bitte um Aufmerksamkeit für diese außergewöhnliche Liebeserklärung an Königsberg, die der heute 87-Jährige selber in seinen Einführungsworten so zusammenfasst:

„Ich, der Königsberger Junge, in Gedanken an seine schöne Geburtsstadt Königsberg. An seine Heimat, die er so liebte, in der er sich wohl fühlte, die seine Heimat war und es immer bleiben wird.“

Der Königsberger Jung wurde in Ponarth geboren, die Familie Blank wohnte in der Hofstraße 1. Sein Vater, gelernter Automechaniker, hatte ein kleines Taxi-Unternehmen. Der 1928 geborene Gerhard und seine zwei Jahre ältere Schwester wuchsen in der Geborgenheit einer behüteten Kindheit auf, in der „einfach alles schön war“, wie Gerhard Blank die Bilder aus jenen glücklichen Tagen – Ansichten von Königsberg, aber auch einige gerettete Privatfotos – kommentiert. Die letzten Aufnahmen stammen aus dem Jahr 1942, da war Gerhard Blank im zweiten Lehrjahr als Feinmechaniker. Ein Foto zeigt ihn mit seinen Lehrgangskameraden auf einer Zeltwanderung nach Nidden auf der Kurischen Nehrung. Zwei Jahre später erfolgte nach beendeter Ausbildung die Einberufung des 16-Jährigen zur Flak. Der Sohn konnte sich noch von Mutter und Schwester verabschieden, der Vater war an der Front – dann musste der Königsberger Jung seine Heimatstadt verlassen – für immer. Was dann kam: Flucht über See, drohende Gefangenschaft, Kriegsende in Schleswig-Holstein, allein ohne Nachricht von der Familie, Suchen nach Arbeit und einer Bleibe – das führt nun wieder zu einer Zeitreise in das Jahr 1945, wo jeder Geflüchtete versuchte, irgendwo Fuß zu fassen, eine Tätigkeit zu finden, die ihm das Überleben sicherte. Für Gerhard Blank war es Kappeln, wo er in einer Großmolkerei Arbeit als Heizer fand. Über seine erste Arbeitsstelle lassen wir ihn selber berichten:

„Ich hatte keinen Schlafplatz und hatte schon lange nichts Richtiges gegessen. Der Leiter der Molkerei sagte, ich könnte sofort anfangen. Er zeigte mir den Heizofen, durch den eine große Dampfmaschine betrieben wurde, so etwas Riesiges hatte ich noch nie gesehen. Der Direktor erklärte mir, dass die Molkerei jeden Tag ungefähr 6000 Liter Milch verarbeite. In den letzten Monaten habe man mit Stroh statt mit Kohle heizen müssen, da diese nicht lieferbar war. Einen Schlafplatz gab es für mich auch: ein etwa sechs Quadratmeter kleines Zimmer mit Schrank und Stuhl. Wecken in der Frühe um 3 Uhr, damit vier Stunden später die Betriebstemperatur erreicht war. Ich war dem Direktor sehr dankbar. Es gefiel mir sehr, und ich würde mir Mühe geben, alles zu schaffen. So nahm das Leben seinen Lauf. Der Chef war sehr zufrieden mit mir. Dann erfuhr ich, dass im Anbau eine geflüchtete Familie aus Ostpreußen wohnte mit vier Kindern, der Vater war noch in Russland. Sie stammte aus Elbing und wurde bald meine Ersatzfamilie, denn von meinen Angehörigen hatte ich keine Nachricht. Ich hatte mich gut eingearbeitet und der Molkereileiter meinte, ich könne doch die Gesellenprüfung für das Molkereiwesen machen und für immer in Kappeln bleiben.“

Dazu kam es dann aber nicht, denn eines Tages standen Mutter und Schwester im Büro der Molkerei, sie hatten Gerhard über das Rote Kreuz gefunden. Wie sein Lebensweg, der immer von Arbeitswillen und Fleiß geprägt war, dann weiter bis zu seiner Altersruhezeit verlief, berichtet Gerhard Blank in der klaren Erzählweise weiter, die schon aus dieser kurzen Leseprobe ersichtlich ist. Das Buch ist keine Biografie im eigentlichen Sinne, es ist ein dokumentierter Lebenslauf ohne Schnörkel, immer auf das Wesentliche bezogen, und erhebt keinerlei literarische Ansprüche, Bild und Text dienen der Information. Aber gerade das macht auf für nicht familiär gebundene Leser den Reiz aus. Für seine Kinder, die ihren Vater zum Schreiben veranlasst und ihn liebevoll – und gekonnt – bei der Gestaltung des nicht sehr umfangreichen, aber reich bebilderten Buches, das in gedruckter und elektronischer Form vorliegt, unterstützt haben, wird der „Weckruf nach Königsberg“ immer vernehmbar sein. Gerhard Blank, der nach einem langen Berufsleben im Volkswagenwerk Wolfsburg, Bereich Forschung und Entwicklung, sein Seniorenleben in seinem Haus in Wolfsburg verbringt, wendet sich in seinem Schlusssatz an alle Leser: „Hier kann man sehen, es lohnt sich immer aktiv zu sein. Sein Schicksal selbst in die Hand nehmen und an die Nachkommen weiter zu geben!“ Info über das Buch, das in gedruckter und elektronischer Version vorliegt: www.weckrufnachkoenigsberg.de.



Unvergessen: Wanderung der Königsberger Feinmechaniker-Lehrlinge über die Kurische Nehrung Bild: privat

Wir haben es alle erlebt: Bei der Post geht's nicht so schnell ... Und manchmal überhaupt nicht, wie wir beim letzten Poststreik feststellen mussten, denn auf einen avisierten Brief warte ich noch immer, ein anderer, für mich sehr wichtiger, benötigte immerhin vier Wochen Laufzeit von Osnabrück nach Hamburg. Das hätte ein Kurier zu Fuß schneller geschafft! Und wenn mancher Leser unzufrieden war, dass er nicht am Freitag wie gewohnt seine *PAZ* im Briefkasten fand, so kann ich ihn „posthum“ trösten, denn unsere treue Leserin **Rosemarie Pakleppa** aus Südafrika muss noch weitaus mehr Geduld aufbringen, wie sie uns nun humorvoll berichtet: „Erst streikte die deutsche Post, die hörte auf, aber dann begann die hiesige zu streiken, und das vier Wochen lang. Resultat: Keine *PAZ* am Freitag. Aber eine hatte sich doch durchgeschlängelt, die vom 4. April, und gestern, am 7. September, kam oh Wunder – die Folge vom 8. August.“ Und die Erstere entschädigte sie für das lange Warten, denn Frau Pakleppa fand auf der Familienseite meine Geschichte vom Sauerampfer. Na, zu dem Thema konnte sie auch etwas beitragen, also setzte sie sich hin und schrieb über ihre Bemühungen, die heimatliche Suppe auch in Südafrika auftischen zu können. Was natürlich in den frühen 50er Jahren auf Schwierigkeiten stieß. Die Afrikaner kannten Salz und Pfeffer, aber an Kräutern und Gewürzen mangelte es. Als dann viele Italiener in das Land kamen, schufen sie bald Abhilfe. So weit, so gut, aber Sauerampfer gab es noch immer nicht. Schließlich gaben ihr alteingesessene „Germans“ den Rat, in einer Gärtnerei nachzufragen, deren Namen auf deutsche Herkunft hinwies. Also wurde der Firmenwagen ausgeliehen und an einem Sonnabend zur Gärtnerei gefahren. Enttäuschung: Auch diese hatte keine Pflanzen, aber es fand sich ein Päckchen mit Saat. Ob es tatsächlich Sauerampfer war? Die Saat kam aus England, die abgebildete Pflanze hieß ganz anders und sah mit ihren hellgrünen, großen Blättern eigentlich auch gar nicht so aus. Aber was dann in Frau Pakleppas Garten wuchs und geerntet wurde, war tatsächlich Sauerampfer. Und schmeckte auch so wie früher im heimatlichen Schirwindt. Die Sauerampfersuppe nach ostpreußischer Art wurde zu einer Lieblingssuppe der Pakleppas und ihrer deutschen Freunde. Und bescherte einmal der Köchin ein großes Lob. Das kam von dem „Big Boss“, dem Firmenchef, der zur Inspektion in den Betrieb kam, den Herr Pakleppa leitete. Seine Frau musste nun für den Big Boss und sein Gefolge einen „afrikaans braai“, einen Grillabend, vorbereiten. Es war im Winter - keine frischen Kräuter, kein junges Gemüse, aber Frau Paklappa muss wohl ein paar Sauerampferstrempel gefunden haben, denn sie servierte ihren Gästen vor Lammkeule und Zitronencreme eine Sauerampfersuppe. Über den Erfolg soll sie selber berichten: „Als der Big Boss in seinen Teller starrt und vorsichtig einen Tropfen kostet, beginnt er zu strahlen und sagt: Tatsächlich, das ist ja Suerampersupp, die habe ich, seit wir aus Insterburg flüchten mussten, nicht mehr gegessen. Und dann hat er seinen Teller nachfüllen lassen!“ Ach ja, Heimat kann man eben auch schmecken! Jetzt ist es Herbst, keine Sauerampferzeit – aber wie wäre es mit Apfelklößen?

Eure

Ruth Geede

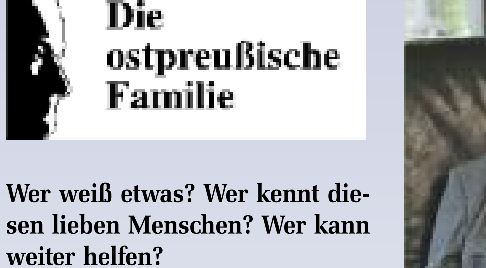




Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Elbschwanenorden für Arno Surminski

Der Verein Deutsche Sprache ehrte den ostpreußischen Schriftsteller – Statt einer Laudatio griff Achim Reichel zur Gitarre

Im Zusammenhang mit dem „Tag der deutschen Sprache“ hat der Verein Deutsche Sprache (VDS) den sogenannten Elbschwanenorden verliehen. Rund 80 Personen waren der Einladung zur festlichen Preisverleihung ins Gästehaus der Universität Hamburg gefolgt. Der Preisträger dieses Jahres ist der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski.

Der Elbschwanenorden ist kein „Orden mit Band und Schleife“, sondern folgt eher der klassischen Idee einer Ordensgemeinschaft. Um die Verbundenheit der Ordensmitglieder zu stärken, hält jeweils der Preisträger des Vorjahres die Laudatio. Das war in diesem Fall Achim Reichel. Mit der Begründung, er könne besser singen als reden, verzichtete der Hamburger Liedermacher auf viele Worte und griff stattdessen zur Gitarre. Passend zum ostpreußischen Preisträger gab er eine ganz eigene, ergreifende Interpretation des „Ännchen von Tharau“ zum Besten und erklärte anschließend launig den Abend für eröffnet.





Das Kleinod des Ordens ist ein kristallener Schwan, den Kaufmann Surminski überreichte (großes Foto). Das Quartett, das an diesem Abend das Wort ergriffen: Kaufmann, Bethge, Surminski und Glunde (v.l., kleines Foto oben). Je später es wurde, desto gemütlicher wurde es (kleines Foto unten) Bilder (3): Ruoff

Nach dieser Eröffnung begrüßte der VDS-Regionalleiter Hans Kaufmann als Gastgeber die Gäste und würdigte den Preisträger. Er lobte an Surminskis Werk insbesondere die „Wahrhaftigkeit sowohl in der Darstellung der Wirklichkeit als auch in Sprache und Ausdruck“. Die „fesselnde Wirkung der Romane und Erzählungen“ führte er vor allem auf „diese Einheit von Inhalt und Sprache“ zurück.

Für die Preisverleihung hatte Marc-Alexander Glunde vom VDS-Bundesvorstand extra seinen Sylturlaub unterbrochen. Entsprechend dem Wunsche Kaufmanns widmete er sich vor allem den Zielen des Vereins – aber natürlich auch dem Preisträger. Wie jung das VDS-Bundesvorstandsmitglied ist, wurde spätestens deutlich, als er von seiner Konfrontation mit Surminskis Werk als junger Schüler im Deutschunterricht erzählte.

Als Vertreter des Stadtstaates gratulierte Senatsdirektor Hans Heinrich Bethge von der Kulturbehörde Surminski zu seiner Auszeichnung. Seinem Gastgeber Rechnung tragend thematisierte der Leiter des Amtes Kultur die missbräuchliche Verwendung von Modebegriffen im politischen Alltag.

Vor Surminskis Dankesworten trug Reichel eine Vertonung von Theodor Fontanes Ballade „John Maynard“ vor. Das nutzte der Preisträger als Anknüpfungspunkt. Er berichtete, wie sein kleiner vierjähriger Enkel auf die anrührende Geschichte reagiert hat. Ein sichtlich gut gelaunter Preisträger machte sich über das sogenannte Gendern lustig. So verwies er darauf, dass das von ihm geschätzte Stück „Schäfers Sonntagslied“ ja eigentlich politisch unkorrekt sei, beginne und ende es doch mit „Das ist der Tag des Herrn.“

Zum Abschluss des offiziellen Teils trug Reichel als Zugabe noch die Vertonung einer weiteren Ballade Fontanes vor: „Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“. Dieses geschah auf ausdrücklichen Wunsch der Anwesenden ohne Mikrofon, was dem Vortrag eine besondere Authentizität gab. Der Abend klang aus mit einem gemütlichen Beisammensein bei Speis und Trank.

Manuel Ruoff



ZUM 107. GEBURTSTAG

Weber, Siegfried, aus Königsberg, am 26. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hartebrodt, Erna, geb. **Nimzik**, aus Treuburg, am 3. Oktober
Lehrhammer, Helene, geb. **Neumann**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 27. September
Mögel, Julius, aus Birkenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Ullrich, Hildegard, geb. **Tuttas**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czarnetzki, Helmut, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober
Müller, Waltraut, geb. **Lasarzik**, aus Treuburg, am 6. Oktober
Rosmus, Edith, geb. **Jeworrek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 3. Oktober
Stank, Edith, geb. **Czarnojan**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 3. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gelzus, Charlotte, geb. **Tobehn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Kaehler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober
Killewald, Ilse, aus Lyck, am 3. Oktober
Klagge, Luise, geb. **Becker**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Mast, Erna, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Neuhäuser, Margot, geb. **Wermke**, aus Stradaunen, Abbau, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Otto, Emma, geb. **Zielske**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Ruben, Irene, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bergatt, Max, aus Rauschen, Kreis Samland, am 5. Oktober
Fratzke, Herbert, aus Wehlau, am 6. Oktober
Gebauer, Frieda, geb. **Oehlert**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Pikies, Gertrud, geb. **Niedenthal**, aus Neuhof und Adlig Wolla, Kreis Lötzen, am 8. Oktober
Schachtner, Hans, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 3. Oktober
Walendie, Wilhelm, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 6. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baltruschat, Paul, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 3. Oktober
Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Fricke, Karl-Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Greulich, Irmgard, geb. **Ambras**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Jelonnek, Margarete, geb. **Kutzinski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Jessat, Otto, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Kraschewski, Hildegard, geb. **Lobitz**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Ollesch, Hildegard, geb. **Lehmann**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 3. Oktober
Puppe, Ruth, geb. **Walter**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Freese, Elfriede, geb. **Tolkiehn**, aus Wargen, Kreis Samland, am 3. Oktober
Gutzeit, Gustav, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Kowalski, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober
Lenkeit, Fritz, aus Ellerau, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Sakrewski, Hans, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 9. Oktober
Skwirbat, Selma, geb. **Kohlert**, aus Angertal, Kreis Angerburg, am 5. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Geisel, Liesbeth, geb. **Jeekstadt**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 2. Oktober
Haldorn, Elfriede, geb. **Kujehl**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Heise, Heinz, aus Pobethen, Kreis Samland, am 4. Oktober
Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober
Kramer, Hanna, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, am 4. Oktober
Martens, Irmgard, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Matern, Elsa, geb. **Neumann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Meyer, Brunhilde, geb. **Cernhoff**, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
Müller, Käthe, geb. **Rama**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Pieper, Elfriede, geb. **Bechtel**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Schöttke, Gerhard, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 9. Oktober
Tegethoff, Herta, geb. **Graap**, aus Condehnen, Kreis Samland, am 9. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Engler, Hedwig, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Oktober
Gallin, Alfred, aus Tawe im Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Gerwien, Rudi, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Gugg, Erika, geb. **Koslowski**, aus Lyck, am 8. Oktober
Kanarski, Christel, geb. **Goebel**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Klett, Elfriede, geb. **Prodehl**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Oktober
Knafla, Alfred, aus Winrichsrode, Kreis Neidenburg, am 6. Oktober
Kompa, Hilde, am 3. Oktober
Krupke, Hermann, aus Roddau-Perkuiken, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Kruska, Gertrud, geb. **Bahro**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
Kupczyk, Ewald, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Meya, Helmut, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Neiß, Renate, geb. **Pfennig**, aus Wehlau, am 6. Oktober
Neubert, Elfriede, geb. **Kohnert**, aus Wehlau, am 3. Oktober
Neumann, Georg, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Papke, Günter, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 6. Oktober
Reinies, Ulrich, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Schmidt, Waltraut, geb. **Spey**, aus Treuburg, am 3. Oktober
Schulz, Waltraud, geb. **Kotowski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Stephan, Hildegard, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Smykowska, Else, geb. **Skuttnik**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 7. Oktober
Wierczoch, Helmut, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Zinnall, Eckhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Ingrid, geb. **Jeromin**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Bessel, Otto, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Blüm, Rosemarie, geb. **Hennig**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Dlugert, Werner, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober
Dreschel, Erna, geb. **Pusch**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Elmenthaler, Elke, geb. **Fas-binder**, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober
Ewert, Waldemar, aus Peterswalde, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Eyer, Johanna, geb. **Janke**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Gardewischke, Gerhard, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Gehlhaar, Jürgen, aus Bulitten, Kreis Samland, am 3. Oktober
Henning, Elisabeth, geb. **Sokolowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Hensellek, Ella, geb. **Gadomski**, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 3. Oktober
Kath, Gerhard, am 7. Oktober
Künstler, Ingrid, geb. **Pacht**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Lange, Christel, geb. **Groß**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Lask, Lieselotte, am 5. Oktober
Meyer, Irmgard, geb. **Berner**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Obenhausen, Ingeborg, geb. **Ewert**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 6. Oktober
Pallas, Vera, geb. **Brandt**, aus Neidenburg, am 9. Oktober
Petry, Charlotte, geb. **Brassat**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Radszuweit, Erika, aus Petersmoor, Kreis Tilsit/Ragnit, am 5. Oktober
Schauließ, Adolf, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Schmidt, Lieselotte, geb. **Büchler**, aus Wehlau, am 9. Oktober
Schollbach, Gisela, geb. **Just**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Schuchardt, Christel, geb. **Molgedei**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 3. Oktober
Schultz, Brigitta, geb. **Thal**, aus Wehlau, am 9. Oktober
Wermke, Lieselotte, geb. **Schapals**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Ziehe, Ursula, geb. **Kamutzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 7. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beuß, Adelheid, geb. **Auschill**, Kirchspiel Weidenau, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Bodzian, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Daemen, Marianne, geb. **Haupt**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Ewert, Serena, geb. **Knorr**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Oktober
Geppert, Hildegard, geb. **Höchst**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Keufen, Waltraud, geb. **Wysk**, aus Kreis Neidenburg, am 7. Oktober
Klein, Werner, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Krohn, Heidrun, geb. **Erwied**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober
Kühn, Siegfried, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Pejs, Christine, geb. **Kulikowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. Oktober
Roeder, Hilda, geb. **Banduhn**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 4. Oktober
Seidler, Siegfried, aus Biberswalde, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
Stoßno, Siegfried, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Tillner, Siegfried, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 4. Oktober
von Perbandt, Ingeborg, geb. **von Toll**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2015

10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826 oder info@ostpreussen.de. Internet: www.ostpreussen.de

Arnsberg weltweit

Von Ostpreußen bis Missouri

Beim Ortsnamen Arnsberg denken Ostpreußen wohl als erstes an das große Gut im Kreis Preußisch Eylau. Schlesier werden sich an einen Ort gleichen Namens im Riesengebirge erinnern und vielleicht auch an ein Arnsberg im Landkreis Löwenberg. In Pommern gibt es gleich drei Orte dieses Namens.

Dass es auch zwei in Frankreich und einen im US-Bundesstaat Missourie gibt, weiß niemand besser als der ehemalige Bankdirektor Albert Hoffmann. Er hat sich in seinem Buch „Arnsberg weltweit“ intensiv mit den Namen und allen dazugehörigen Orten beschäftigt. Die meisten hat er sogar persönlich aufgesucht. Unter anderem fand er heraus, dass es sogar ein Flugzeug namens Arnsberg der Deutschen Lufthansa gibt. Seine Recherchen hat er liebevoll in einem Buch zusammengefasst und mit vielen Fotos und Grafiken aufbereitet. Wo der Autor selbst wohnt? Im Hochsauerlandkreis, aber natürlich nicht irgendwo, sondern in 59797 Arnsberg.

Albert Hoffmann: „Arnsberg weltweit“, F. W. Becker Verlag, Arnsberg 2013, gebunden, 144 Seiten, 14,50 Euro

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 3. Oktober, 13 Uhr, ZDF: Silberkugel der Superlative – Der Berliner Fernsehturm.
Sonnabend, 3. Oktober, 13.15 Uhr, ZDFneo: Die Wege der Deutschen. Dokumentation, D 2010.
Sonnabend, 3. Oktober, 15 Uhr, RBB: Die schönsten Berliner Schlösser. Architekturdokumentation, D 2015.
Sonnabend, 3. Oktober, 18.30 Uhr, ZDF: Potsdam – Preußenpracht und Plattenbau – Eine Stadt sucht ihren Weg.
Sonnabend, 3. Oktober, 20.15 Uhr, BR: Das Leben der Anderen. Spielfilm, D 2006.
Sonnabend, 3. Oktober, 20.15 Uhr, RBB: Berlin und Brandenburg von oben.
Sonnabend, 3. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Aufstieg und Fall der Elisabeth Vigée Le Brun. Dokumentarfilm, F 2014.
Sonnabend, 3. Oktober, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Die Verbrechen der Befreier – Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation, D/USA 2015.
Sonntag, 4. Oktober, 10.15 Uhr, DMAX: Matterhorn Calling. Dokumentation, D 2015.
Sonntag, 4. Oktober, 15.30 Uhr, Phoenix: Stalingrad. Dokumentarfilm, D 2006.
Montag, 5. Oktober, 23.15 Uhr, 3sat: Stoff der Heimat. Dokumentation über Trachtenkleidung, A 2011.
Dienstag, 6. Oktober, 9.50 Uhr, Arte: Countdown Afghanistan. Dokumentation, D 2014.
Dienstag, 6. Oktober, 20.15 Uhr, ARD-alpha: alpha-Forum mit Christian Knauer, Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen.
Dienstag, 6. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Krambambuli. Literaturverfilmung, D/A 1998.
Dienstag, 6. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Wie gut ist unsere Milch? – Der große Test mit Nelson Müller.
Dienstag, 6. Oktober, 22.05 Uhr, Servus TV: Balsac – Ein Leben voller Leidenschaft (1/2). Biografiedrama, F/D 1999.
Dienstag, 6. Oktober, 22.45 Uhr, HR: Ein Schloss für Schlesien – Wie Vertriebene in ihrer alten Heimat helfen. Dokumentation, D 2011.
Mittwoch, 7. Oktober, 20.15 Uhr, Kabel eins: Das Wunder von Bern. Sport- und Familiendrama, D 2003.
Mittwoch, 7. Oktober, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Waterloo – Napoleons letzte Schlacht. Historische Dokumentation, B 2014.
Mittwoch, 7. Oktober, 21 Uhr, ZDFinfo: Napoleon – Die wahre Geschichte (1/3): Vom General zum Konsul. Dokumentation, GB 2014.
Mittwoch, 7. Oktober, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Napoleon – Die wahre Geschichte (2/3): Vom Krieger zum Kaiser. Dokumentation, GB 2014.
Mittwoch, 7. Oktober, 22.40 Uhr, Kabel eins: Das Wunder von Lengede. Fernsehfilm nach einer authentischen Begebenheit, D 2003.
Donnerstag, 8. Oktober, 15.15 Uhr, NDR: Deutsche in Sibirien.



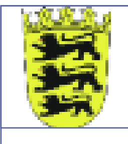
Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Düsseldorf – Freitag, 9. bis Sonntag 11. Oktober: Bundestreffen. Am 11. Oktober steht in diesem Rahmen eine Führung durch das Museum Stadt Königsberg in Duisburg auf dem Programm. Das Museum wird Ende 2015 seine Tore schließen.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Herbstfest der LM Ostpreußen, KG Stuttgart, unter Mitwirkung des Trios Jurewitz mit schönem Programm, heimatlich, herbstlich abgestimmt, wie gewohnt. Gäste sind herzlich eingeladen.

Mittwoch 7. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Stuttgart, Schloßstraße 92: Diavortrag von Karla Weyland, Landeskulturreferentin LM Ost-/Westpreußen in Hessen. Thema: „Kreuz und quer durch die Altmark und Neumark bis Königsberg in der Neumark.“ Darum geht es: Die Altmark ist eine Region im Norden des Landes Sachsen-Anhalt. Der Name Altmark erschien erstmals 1304 – Antiqua Marchia (Alte Mark) – und bezieht sich auf ihre Bedeutung als westelbisches Ausgangsgebiet bei der Einrichtung der Mark Brandenburg. Viele der großen Kirchen in den Städten der Altmark werden der Backsteingotik zugerechnet, in den Dörfern gibt es fast 400 Feldsteinkirchen.

Die Neumark (polnisch Nowa Marchia) ist eine östlich der Oder gelegene historische Landschaft, die heute größtenteils (mit Ausnahme von Arnswalde, Königsberg (Neumark), Soldin und der bei Deutschland verbliebenen Teile) zur polnischen Woiwodschaft Lebus gehört. Die Neumark bildete neben der Kurmark bis 1815 einen der beiden Landesteile der Mark Brandenburg. Anschließend gehörte sie bis 1945 zur preußischen Provinz Brandenburg (Regierungsbezirk Frankfurt). Auch die Neumark ist reich an bau- und kunstgeschichtlich wertvollen und interessanten Burgen, Schlössern und Herrenhäusern aus unterschiedlichen Stilepochen. 1267 erhielt die Stadt Konigesberge die Marktrechte und die Gerichtsbarkeit, sie wurde zeitweise Hauptort der Neumark.

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Göppingen – Im Schülerferienprogramm zeigte Vera Pallas 14 Mädchen das Bandweben. Hier ist ihr Bericht: In Insterburg bin ich 1935 geboren und wohne seit 60 Jahren in der Wohlfühlgemeinde Salach in Baden-Württemberg (zwischen Stuttgart und Ulm). In Bad Pyrmont im Ostheim lernte ich bei einigen Werkwochen das Bandweben im Rentenalter und kann jetzt schöne Jostenbänder weben.

Es ist ein uraltes Handwerk. Im 3. Jahrtausend vor Chr. wickelten die Ägypter ihre Toten in Leinenbänder, einfache Bänder, die in Leinwandbindung gewebt wurden. Die Brettchenweberei ist erst für die Eisenzeit belegt. In Ostpreußen stammen die frühesten Funde aus dem 3. bis 4. Jahrhundert nach Christus. Die Jostenbänder wurden in Ostpreußen für Schürzen, Strümpfe, Hosenträger, Gürtel, Tragriemen und Tanzbänder genutzt.

In meinem jetzigen Wohnort wurde ich gefragt, ob ich im Schülerferien-Programm etwas mit Kindern machen würde. Die Überlegung von mir: Freundschaftsbänder entwerfen. Im Jahr 2012 meldeten sich 14 Mädchen zum Freundschaftsbändchen weben, die jüngste sechs Jahre, die älteste 13 Jahre alt. Auch wurde mir von der Gemeinde Salach ein Raum zur Verfügung gestellt. Einmal im Monat kann ich mit den fleißigen Mädchen weben. Es kommt, wer Zeit und Lust hat. Eine Achtjährige webte schon ein zwei Meter langes Musterband als Hochzeitsgeschenk.

Jedes Jahr zum Schülerferien-Programm ist mein Freundschaftsbänder-Weben ausgebucht und es macht mir viel Spaß und Freude. Bei diesem Programm mache ich jedes Mal eine Ausstellung, was man mit der Bandwebe alles erarbeiten kann, zum Beispiel Brillenetuis, Handytaschen, Schals, Lesezeichen mit Vornamen, Schlüsselanhänger. Frau Maud-Oechsle half bei der Betreuung. Vielen Dank.

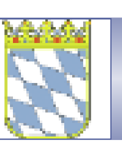
Ludwigsburg – Dienstag, 20. Oktober, 15 Uhr, Stammtisch in den Kronenstuben, Kronenstube 2.

Reutlingen – Sonnabend, 10. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Erntedankfest mit Tombola. Bitte Gewinne bei Ilse Hunger, Steinbachstraße 54, Reutlingen, abgeben. Mit Kaffee und Kuchen leiten wir das Programm ein. Die Damen des Vorstandes werden uns mit Darbietungen erfreuen. Für den Erntegabentisch bitten wir noch um Spenden von Gemüse und Obst. Mitglieder, Familien und Freunde unserer verlorenen Heimat sind herzlich dazu eingeladen.

Stuttgart – Mittwoch, 7. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Vortrag der Landesgruppe. Referent Wolfgang Kaufmann spricht über „Preußen und der Islam“. – Dienstag, 20. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Herbstfest der Frauengruppe. Mit Liedern, Gedichten und Geschichten zu Ernte und Herbst gestalten wir ein unterhaltsames Programm. Mitglieder der Kreisgruppe und Gäste sind herzlich eingeladen.



Ein Hit im Schülerferienprogramm: Bandweben mit Vera Pallas Bild: Privat



BAYERN

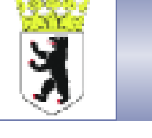
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonntag, 4. Oktober, 14.30 Uhr, Orangerie, Grüner Saal: Tag der Heimat (BdV Ansbach). Mit dem Männergesangverein Hennenbach (Leitung Hans Frommknecht) sowie mit der Pommerschen Speeldeel „Ihna“ aus Erlangen (Leitung Silvia Jäger) sowie mit allen, die unsere schönen Volkslieder mitsingen wollen. – Sonnabend, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Orangerie: Film „Jokehnen“, Teil 2 (Arno Surminski). Anschließend wollen wir Königsberger Klopse essen.

Bamberg – Mittwoch, 21. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Erntedankfeier.

Landshut – Mittwoch, 7. Oktober: Ausflug an den Achensee mit der Landsmannschaft Schlesien. – Dienstag, 20. Oktober, 14 Uhr, Treffen in der Insel, Erika Lausch ließt aus Behring.

München – Freitag, 9. Oktober, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Freitag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Ein Nachmittag mit den Themen Hermann Löns, Herbst und gemeinsamem Singen. Zu Beginn gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr.



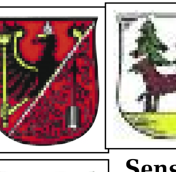
Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 10. Oktober, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Feier zum 65-jährigen Bestehen der Kreisgruppe und zum 50-jährigen Jubiläum der Fahnenweihe und Erntedankfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033763) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

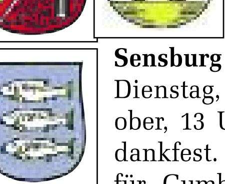


Rastenburg – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

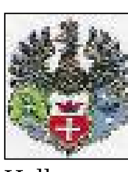


Frauengruppe – Mittwoch, 14. Oktober, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10694 Berlin: Gespräche zum Erntedank. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

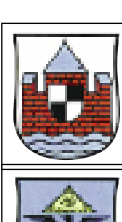




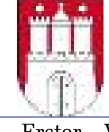
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 20. Oktober, 13 Uhr. Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 23. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragenbei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

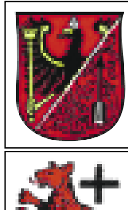
KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Wir laden ein zu unserer Erntedankfeier am Sonnabend, dem 10. Oktober, in das Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, Magnolienzimmer. Das Restaurant liegt direkt am S- und U-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gemeinsames Herbstlieder-Singen steht ebenfalls auf dem Programm. Spenden für unseren Erntetisch nehmen wir gerne entgegen. Der Eintritt ist frei.



Gumbinnen, Heiligenbeil – Die Heimatkreisgruppen Gumbinnen und Heiligenbeil feiern ihr Herbstfest gemeinsam am 17. Oktober im Traditionshaus Lackemann, Hinterm Stern/Ecke Litzowstieg. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu sind alle Mitglieder der Landesgruppe Hamburg e.V. und Freunde Ostpreußens eingeladen. Wir wollen gemeinsam ein paar frohe und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Es wir auch ein Film gezeigt: „Ostpreußen und seine Trakehner“.

Sie erreichen das Traditionshaus mit der U1 bis Wandsbek-Markt. Zu Fuß geht es über die Wandsbeker Marktstraße und den Durchgang Hinterm Stern (zwischen Wandsbek-Quarre und Hotel Tiefental) und dann sehen Sie schon das Traditionshaus Lackemann.

Anmeldung bis zum 15. Oktober bei den Sprechern der Gruppen, den Landsleuten Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784 und Konrad Wien (040) 320490.

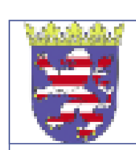
SALZBURGER VEREIN



Salzburger Verein e.V. – Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen: Treffen am Sonnabend, 10. Oktober, um 13 Uhr, im Hotel St. Raphael in Hamburg, Adenauerallee 41, mit folgendem Programm:

- Vortrag zum Thema „Ankunft der Königskinder am 4. November 1806 im Königsberger Schloss“.
- „Ostpreußen – Biographie einer Provinz – 1. Teil: Panorama einer Provinz“ – ein Film nach dem gleichnamigen Buch des Autors Hermann Pölking)
- Neue Satzung und Planung der Jahresprogramme des SV für 2016 und 2017

Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.



Vortrag in Wetzlar: Karla Weyland Bild: Rühl

Wetzlar – Zu einer Erntedankfeier lädt die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen am Montag, 12. Oktober, um 19 Uhr ein. Dazu gibt es eine Andacht von Pfarrer i. R. Dieter Nebeling im Restaurant Grillstuben (Stoppelberger Hohl 128). Karla Weyland hält einen Vortrag mit dem Titel „Sie haben oft gezecht und hoch den Wein gepriesen“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe zum Erntedank-Nachmittag. – Donnerstag, 15. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition unbedingt anmelden bis spätestens 9. Oktober bei Irmgard Stefen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 16. Oktober, 14.30: Gemeinsames Herbstfest mit der Pommern-Gruppe in unserem Lokal.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Helmstedt – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Dienstag, 20. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.

Rinteln – Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Bei diesem Monatstreffen der Rintelner Gruppe wird Hans-Walter Butschke aus Lemgo einen Vortrag zum Thema „Vom Urpferd bis zum Trakehner“ halten. Angehörige und Freunde sowie interessierte Gäste aus Nah und Fern sind ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder über: rebuschat@web.de

Ingo von Münch kommt nach Dissen

„Die Wahrnehmung oder Nichtwarnung der Deutschen als Opfer“ heißt der Vortrag von Ingo von Münch am 15. Oktober im Waldgasthof Röwekamp im niedersächsischen Dissen am Teutoburger Wald. Jura-Professor Von Münch, ehemaliges Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und Träger des „Kulturpreises für Wissenschaft“ der Ostpreußischen Landsmannschaft, wird sein Thema mit Beispielen aus Politik und Medien untermauern. Der Vortrag mit anschließender Diskussion beginnt um 19.30 Uhr. Weitere Informationen: Louis-Ferdinand Schwarz, Telefon (05421) 1325.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 6. Oktober, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa-Brandström-Straße 74: Vortrag „Salem – Kinderdorf im Königsberger Gebiet“. Referent ist Gerhard Lipfert, Geschäftsführer der Salem Kinderdörfer.

Dortmund – Montag, 19. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Heimatliches Beisammensein. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland“ unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 17. Oktober, GHH/Eichendorff-Saal, Bismarckstraße: Erntedank. – Dienstag, 20. Oktober, 18 Uhr: Einladung der sudetendeutschen Landsmannschaft zu einem Vortrag über das Erbrecht und die Patientenverfügung.

Ennepetal – Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Rosine: Erntedankfest der LO. – Donnerstag, 15. Oktober, 16 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung der LO.

Essen – Freitag, 16. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wir feiern das Erntedankfest.

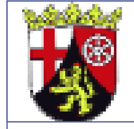
Neuss – Sonntag, 4. Oktober, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Erntedankfest der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Remscheid – Einladung zum Kultur-Nachmittag ins „mk“-Hotel, am Hauptbahnhof, Bismarkstraße 39 am Donnerstag, dem 15. Oktober, Beginn 14.30 Uhr. „Ännchen von Tharau, ihr Leben, ihr Lied, ihre Kirche gestern und heute.“ Unter diesem Titel steht im Rahmen unserer monatlichen Ostpreußenrunden die Kulturveranstaltung, zu der wir hiermit herzlich einladen. Dieser Nachmittag verspricht ein besonderes „Schmankerl“ zu werden. Wir konnten die Damen Annette Subroweit mit ihrer schönen Stimme und Betty Römer-Götzelmann (Interpretin) gewinnen. Gemeinsam mit Hans-Joachim Pergande (Akkordeon) gestalten sie den 1. Teil des Nachmittags. Während der anschließenden Pause bietet das „mk“-Hotel Kuchen und wahlweise belegte Schnittchen an. Im darauffolgenden 2. Teil wird uns Ehrenfried Mathiak vom Glanz, Untergang und Wiederauferstehen der Tharauer Kirche in Wort und Bild berichten, für deren Erhalt er sich sehr einsetzt.

Um Anmeldung wird gebeten bei Beeck, Telefon (02191) 51103 oder Pokropowitz, Telefon (02191) 62070, E-Mail: kaefermanfred@t-online.de oder Nagorny, Telefon (02191) 62121. Der Eintritt ist frei, Spenden sind uns sehr willkommen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme. Bringen Sie auch gerne interessierte Freunde und Nachbarn mit!

Wesel – Sonnabend, 10. Oktober, 17 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Die Kreisgruppe führt ihr Erntedankfest durch mit verschiedenen Darbietungen. Natürlich steht auch die beliebte Tombola auf dem Programm. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Anmeldungen bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 19. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Klaviervortrag zum Thema „Eine muskalische Reise in das Land der Sehnsucht“ .



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Donnerstag, 15. Oktober: Spaziergang am Kasteler Rheinufer zur Maaraue. Treffpunkt: 14 Uhr, Mainz-Kastel, vor dem Restaurantschiff.

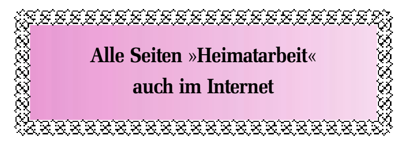
Ludwigshafen – Samstag, 3. Oktober: Treffen der Gruppe um 15 Uhr in Lu-Gartenstadt, Forsterstraße zu neuem Wein und Zwiebelkuchen. – Donnerstag, 15. Oktober, machen wir eine Fahrt mit der Nostalgiebahn in die Umgebung von Mannheim. Abfahrt um 14 Uhr ab Haltestelle Mannheim HBF.



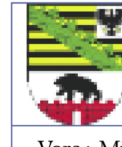
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 17. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest.







SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 12. Oktober, 14 Uhr, Krötenhof: Erntedank.

Gardelegen – Freitag, 16. Oktober, 12 Uhr, Waldgaststätte Lindenthal: Erntedankfest und Schlachtfest mit Programm.

Halle (Saale) – Freitag, 9. Oktober, 14, Uhr; Treffen der Gruppe zur Erntedankfeier in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Der Veranstaltungsort liegt gegenüber der Marktkirche). Wir bitten unsere Landsleute um Beiträge zur Ausgestaltung einer Erntetafel. Zum Abschluss erfolgt der Verkauf der Erntegaben.

Magdeburg – Freitag, 9. Oktober, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 13. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 11. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Treffen der Mitglieder. Erntedank mit Grillfest.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg – „Erntedank – der Dank an Gott für die Ernte“, unter diesem Motto feiert die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig, Gruppe Burg/Fehmarn, mit Pastor Franke am Dienstag, dem 13. Oktober, um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 18. Oktober, 12 Uhr: Film und Vortrag von Herrn Lehnert. Das Thema lautet „Rübezahl“ – eine Sagengestalt aus dem Riesengebirge. Anschließend gemeinsames Essen. Weitere Informationen unter Telefon (04101) 62667.

Neuer Kalender: Ostpreußen und seine Maler 2016



Werner Riemann: „Im Pillauer Hafen“, Öl, 1935 Bild: typeart

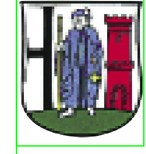
Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit. Ab sofort ist das Exemplar für 2016 erhältlich.

Ostpreußen hatte bis zum Jahr 1945 eine auch zahlenmäßig bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder behandeln das Thema „Häfen und Schiffe in Ostpreußen“. Es sind Arbeiten ostpreußischer Maler aus der Zeit zwischen dem Ende des 20. Jahrhunderts und den 1960er Jahren. Die meisten geben den frischen Eindruck des Malers wieder, drei Motive entstanden erst nach 1945 aus der Erinnerung an Ostpreußen. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September für PAZ-Leser zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro) inklusive Versand.

Zu bestellen bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

60. Jahrestreffen von Stadt und Land

Mehr als 300 Allensteiner aus Stadt und Land fanden sich zum diesjährigen Treffen vom 10. bis 12. September in Gelsenkirchen ein. Den Auftakt bildete die Stadtversammlung am Freitagnachmittag. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die neu gewählten Stadtvertreter, die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit und einige Gäste. Er berichtete über seine Besuche in Allenstein im April und im Juni. Bereits im April wurde im Haus Kopernikus mit der Auszahlung der Bruderhilfe begonnen. Die Verteilung wurde in bewährter Weise von Renate Barczewski weitergeführt und ist inzwischen abgeschlossen. 200 Bedürftige erhielten jeweils 30 Euro. Der zweite Besuch erfolgte zum Tag der Minderheiten, der Anfang Juni bei strahlendem Sonnenschein stattfand. Es traten mehrere Volksgruppen auf, die in ihren farbenfrohen Kostümen ein prächtiges Bild boten. Trotz des heißen Wetters waren zahlreiche Ehrengäste der Woiwodschaft und der Stadt erschienen, während die Zahl der eigenen Teilnehmer zu wünschen übrig ließ.

Gemeinsam mit Renate Barczewski und Kristine Plocharski wurden drei der noch lebenden Sibirien-Frauen besucht, die teilweise unter bedauernswerten Umständen leben. Jede erhielt einen Geschenkkorb mit ausgewählten Lebensmitteln. Für besondere Ausgaben wie die Zuzahlung bei Medikamenten etc. wird ein Notfall-Fonds bei der AGDM eingerichtet. Eine der besuchten Frauen hat ihre Erlebnisse in Sibirien aufgezeichnet und ist damit einverstanden, dass diese im Allensteiner Heimatbrief veröffentlicht werden. Die Verteilung der großzügigen Spende von Tilmann Zülch, einem Enkel des früheren Allensteiner Oberbürgermeisters, soll in diesem Jahr abgeschlossen werden. Da nur noch sechs der nach Sibirien verschleppten Frauen, aber noch rund 100 Wolfskinder leben, wird der überwiegende Teil des Geldes an die Wolfskinder verteilt werden.

Erfreulich ist nach wie vor die positive Resonanz auf unseren Heimatbrief, dessen 260. Ausgabe zu Weihnachten erscheinen wird. Die Mischung aus Vergangenheit, Gegenwart und Unterhaltung trifft offensichtlich den Geschmack unserer Leser. Das wirkt sich auch positiv auf das Spendenaufkommen aus, das geringer abnimmt als die Leserzahl. Hierzu tragen vor allem größere Einzelspenden bei.

Nach dem Bericht der Geschäftsstelle gab Renate Barczewski einen Überblick über die Aktivitäten der AGDM während des vergangenen Jahres. Zum ersten Mal wurde eine zweiwöchige Kinderfreizeit durchgeführt, die bei allen Teilnehmern sehr gut ankam. Wie in jedem Jahr gab es im Haus Kopernikus zahlreiche kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Vorträge, Ausstellungen und Musikabende. Frau Supady erwähnte in diesem Zusammenhang die gerade zu Ende gegangene literarische Begegnung zwischen Schriftstellern aus Deutschland und Allenstein im Sauerland, die alle drei Jahre wechselnd in Deutschland und Polen stattfindet. Die AGDM wird regelmäßig zu wichtigen Veranstaltungen eingeladen, ob vom Woiwoden, vom Marschall oder von der Stadt. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Gesellschaften und mit etlichen Schulen ist ausgezeichnet. Mit Begeisterung angenommen wurde wieder das beliebte Kartoffelfest mit anschließender Auszeichnung des schmackhaftesten Gerichtes. Am Volkstrauertag wurde wie in jedem Jahr auf dem Ehrenfriedhof am Jakobsberg eine Gedenkstunde zu Ehren der Toten abgehalten. Die Erneuerung der Kreuze ist dank der finanziellen Unterstützung der Landsmannschaft weitgehend abgeschlossen. Die Vorweihnachtszeit war ausgefüllt mit diversen Feiern und Veranstaltungen. Schließlich noch ein wichtiger Hinweis: Im Jahre 2016 feiert die AGDM ihr 25-jähriges Bestehen und lädt dazu sehr herzlich ein

Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die dem Schatzmeister für das vergangene Jahr eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bescheinigten, wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Bei der anschließenden Neuwahl des Vorstands wurden Gottfried Hufenbach erneut zum Vorsitzenden, Stefan Hein zum stellvertretenden Vorsitzenden und Bruno Mischke zum Schatzmeister gewählt. Mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik klang der Tag aus.

Mit einer ökumenischen Gedenkandacht in der Propsteikirche, gehalten von dem ehemaligen Visitator Ermland, Domherr Msgr. Schlegel und Domherr Schmeier aus Allenstein, und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel begannen die Veranstaltungen am Samstag. Anschließend nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besichtigen. Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher aus Stadt und Land im Schloss Horst ein, und mit Beginn der Feierstunde, die unter dem Motto „60 Jahre Stadtgemeinschaft“ stand, waren alle Plätze in der Glashalle besetzt. Nach der Begrüßung der Gäste gedachte der Vorsitzende der Allensteiner, die vor 70 Jahren während Flucht und Vertreibung ihr Leben lassen oder unsägliches Leid ertragen mussten.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

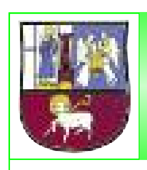
Anschließend erinnerte er an einige Ereignisse in der Geschichte der Stadtgemeinschaft: den ersten „Allensteiner Brief“ im Jahre 1948, das glückliche Wiederauffinden des Goldenen Buches der Stadt Allenstein und die Herausgabe der „Geschichte der Stadt Allenstein“ im Jahre 1950 sowie das erste Treffen in Gelsenkirchen im Jahre 1954, an dem 7000 Allensteiner aus ganz Deutschland die Übernahme der Patenschaft und den 600. Geburtstag ihrer Heimatstadt feierten. 1955 erfolgte die Gründung der „Kreisgemeinschaft Stadt Allenstein“ mit dem Eintrag in das Vereinsregister. Dank der Stadt Gelsenkirchen verfügte der neue Verein bereits über eine eigene Geschäftsstelle. Auch Patenschaften im schulischen und sportlichen Bereich folgten kurz darauf.

Zu einem besonderen Symbol der Patenschaft wurde die in den Boden des Foyers des „Musiktheaters im Revier“ eingelassene Bronzeplatte, die an das südostpreußische Landestheater in Allenstein „Der Treudank“ erinnert. Sie wurde im Jahre 1990 genau 65 Jahre nach der Einweihung des noch heute existierenden Bauwerks eingeweiht, das als Dank für das Abstimmungsergebnis errichtet wurde. Die Allensteiner brachten ihre Verbundenheit mit der Patenstadt durch die Gedenktafel in der Propsteikirche zum Ausdruck. Mit der Inschrift „Wir haben hier keine bleibende Statt...“ aus Hebräer 13 ist sie dem Gedenken der verstorbenen Landsleute gewidmet. Jedes Jahrestreffen beginnt dort mit einer Gedenkandacht und Kranzniederlegung.

Ende 1992 folgte der Patenschaft eine Städtepartnerschaft zwischen Gelsenkirchen und dem nun polnischen Allenstein. Dem guten Verhältnis zwischen Gelsenkirchen und der Stadtgemeinschaft tat dies keinen Abbruch, denn auch die Stadtgemeinschaft richtete nach der politischen Wende ihr Augenmerk verstärkt nach Osten. Neben die Verpflichtung, den Zusammenhalt zwischen den ehemaligen Bewohnern zu pflegen, trat nun die Aufgabe, die in Allenstein verbliebenen Landsleute, die sich endlich zu ihrer deutschen Abstammung bekennen konnten, zu unterstützen. Ein sichtbares Zeichen der Unterstützung ist das „Haus Kopernikus“, das Haus der deutschen Minderheit in Allenstein. Es wurde mit Spendengeldern der Stadtgemeinschaft erworben und mit Zuwendungen der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und des Freistaates Bayern renoviert. Das Haus hat sich zu einem Mittelpunkt der deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen und zu einem Ort deutsch-polnischer Begegnung entwickelt. Der Kreis wurde mit der Vereinbarung geschlossen, welche die Städte Gelsenkirchen und Olsztyn gemeinsam mit der Stadtgemeinschaft Allenstein im Jahre 2004 unterzeichneten. Darin wurde die Absicht bekräftigt, die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen und die partnerschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Seit 60 Jahren ist die Stadt Gelsenkirchen Gastgeber der Allensteiner Treffen – im Hans-Sachs-Haus, im Schloss Berge und im Schloss Horst. Aber auch in anderer Hinsicht wurden die Allensteiner auf vielfache Weise unterstützt und fanden stets ein offenes Ohr für unsere Anliegen. Für diese Unterstützung und das partnerschaftliche Miteinander in all diesen Jahren dankte G. Hufenbach Bürgermeister Wöll als Vertreter der Stadt Gelsenkirchen auch im Namen seiner Vorgänger.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bürgermeister Wöll die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Er gratulierte zum 60-jährigen Jubiläum und überreichte ein Emblem der Stadt Gelsenkirchen als Geburtstagsgeschenk. Anschließend verlas G. Hufenbach Grußworte des Allensteiner Stadtpräsidenten und des ehemaligen Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen, Oliver Wittke MdB. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Danach war der Besuch der Bücherstände sowie einer Ausstellung alter Postkarten von Bruno Mischke angesagt. Munteres Schabbern sorgte für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag und der Verabschiedung der aus Allenstein Angereisten ging ein gelungenes Jahrestreffen zu Ende. Das 61. Jahrestreffen feiern wir vom 9. bis 11. September 2016.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de

Feierstunde in Osnabrück

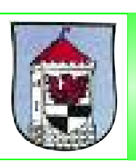
Die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land hat zwei neue Ehrenmitglieder: Der ehemalige Landrat Manfred Hugo und der ehemalige Bundestagsabgeordnete Georg Schirmbeck erhielten diese Auszeichnung jetzt im Kreishaus Osnabrück durch den Vorsitzenden Hans-Peter Blasche.

Die Kreisgemeinschaft Allenstein-Land ist Partner des Landkreises Osnabrück sowie des Landkreises Olsztyn/Allenstein in Polen. Auf diese Dreierpartnerschaft und ihre Aktivitäten zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen verwies Landrat Michael Lübbersmann in seinem Grußwort: „So wollen wir ganz bewusst im Namen Europas auftreten, uns ganz bewusst umeinander bemühen, aufeinander zugehen und immer wieder diese Partnerschaft weitergeben an die nächste Generation“, sagte Lübbersmann. Genau diese Haltung verkörperten Manfred Hugo und Georg Schirmbeck. Ihre Ehrung sei somit auch eine Ehrung des gesamten Landkreises Osnabrück für sein Engagement um die Partnerschaft mit der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land und dem Landkreis Olsztyn/Allenstein.

Im Anschluss verlieh Blasche Hugo und Schirmbeck die Ehrenmitgliedschaft. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land würdigte die langjährigen Dienste der beiden Persönlichkeiten, die zu dem heutigen guten Miteinander der Partner beigetragen hätten. *Andreas Galenski*

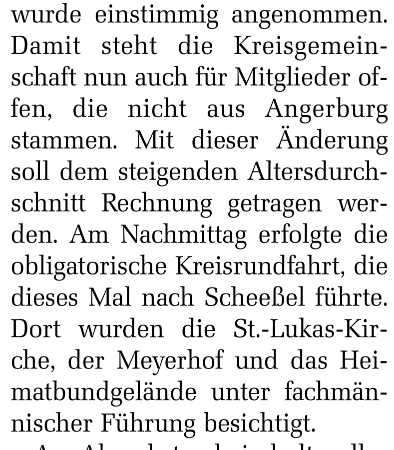


Wurden im Kreishaus Osnabrück ausgezeichnet: Georg Schirmbeck (erste Reihe, dritter v. l.) und Manfred Hugo (erste Reihe, vierter v. l.) sind neue Ehrenmitglieder von Allenstein Land Bild: Privat



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.



Präsentierte sich in Rotenburg: Der neue Angerburger Kreisausschuss Bild: Bonath

Sadowski bleibt Kreisvertreter

Am vergangenen Wochenende trafen sich die Angehörigen der Kreisgemeinschaft Angerburg im ehemaligen Ostpreußen zu den jährlichen Angerburger Tagen. Mit dabei waren auch wieder viele Rotenburger Freunde und die politischen Spitzen des Landkreises.

Das dreitägige Heimatkreistreffen begann am vergangenen Freitag (11. September) mit der nicht öffentlichen Sitzung des Angerburger Kreisausschusses, dem Vorstand der Kreisgemeinschaft. Die Vorstandsmitglieder hatten nicht nur über organisatorische Fragen zu befinden, sondern auch den Neuentwurf der Satzung durchzuarbeiten.

Am darauffolgenden Sonnabend wurde zunächst der Verstorbenen am Patenschaftsstein im Amtshofpark des Kreishauses gedacht. Dort unter der Angerburger Eiche fand Pastor i. R. Gerhard Mörchel bewegende Worte und dankte dem Landkreis Rotenburg (Wümme) für die Treue zu den Angerburgern. Im Anschluss folgte die öffentliche Sitzung des Angerburger Kreistages.

Nachdem Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski die Anwesenden begrüßt hatte, sprach Landrat Hermann Luttmann einige Grußworte. Er erörterte die aktuelle Entwicklung der Asylverfahren und berichtete von seiner Fahrt nach Angerburg. „Es ist bemerkenswert, welche Fortschritte Polen im Bereich der Infrastruktur macht“, so Luttmann. Eine besondere Ehrung wurde Günther Kuhn zu Teil. Kuhn, der für die Heimatkreiskartei zuständig ist, erhielt das Goldene Ehrenzeichen des Bundes der Vertriebenen. Damit wurde sein Einsatz um das Erstellen und Fortschreiben des zirka. 27 000 Einträge umfassenden Verzeichnisses der ehemaligen Bewohner des Landkreises Angerburg gewürdigt.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Neuwahl des Vorstandes. Dieser wurde mit Ausnahme von Eberhard Steinke, der nicht mehr kandidierte, wiedergewählt. Für Steinke rückte die Bremer Studiendirektorin a.D. Gudrun Lutze nach. Der vom Vorstand erarbeitete Satzungsneuentwurf wurde einstimmig angenommen. Damit steht die Kreisgemeinschaft nun auch für Mitglieder offen, die nicht aus Angerburg stammen. Mit dieser Änderung soll dem steigenden Altersdurchschnitt Rechnung getragen werden. Am Nachmittag erfolgte die obligatorische Kreisrundfahrt, die dieses Mal nach Scheeßel führte. Dort wurden die St.-Lukas-Kirche, der Meyerhof und das Heimatbundgelände unter fachmännischer Führung besichtigt.

Am Abend stand ein kultureller Vortrag auf dem Programm. Wolfgang Brandes aus Bad Fallingbostel referierte über die Entstehung des bei den Ostpreußen sehr beliebten Liedes „Ännchen von Tharau“, bevor der Tag in geselliger Runde ausklang.

Pünktlich um 11 Uhr wurde die sonntägliche Feierstunde von einer Gruppe Jagdhornbläser eröffnet. Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski konnte zu diesem Höhepunkt des Treffens viele hochrangige Vertreter der Politik begrüßen. Darunter die stellv. Landrätin Doris Brandt, die stellv. Bürgermeisterin Hedda Braunsburger sowie den ehemaligen Oberkreisdirektor Gerhard Blume. In seiner Begrüßung hob Sadowski hervor, dass die Angerburger ihre Aufgabe in der Erhaltung und Weitergabe der Kultur sowie der Vermittlung der 700-jährigen deutschen Geschichte Ostpreußens sehen. Den Festvortrag hielt die Vorsitzende der Niedersächsischen Landesgruppe der Landsmannschaft Ostpreußen Frau Dr. Barbara Loeffke aus Lüneburg. In Ihrem Referat erinnerte sie an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße Linie und ging auf die damit verbundenen schrecklichen Schicksale ein, die viele Vertriebene erleiden mussten. Auch machte Sie deutlich, dass der Vergleich mit den heutigen Flüchtlingen problematisch sei. „Wir kamen in zerstörte Städte und Dörfer“, erinnerte Loeffke.

Weiter mahnte sie, dass die weniger werdenden Vertriebenen enger zusammen arbeiten müssen. In diesem Zusammenhang lobte sie die gegenseitige Unterstützung der Angerburger und des Heimatkreises Stuhm. Für den Landkreis Stuhm hatte der Landkreis Bremervörde seinerzeit die Patenschaft übernommen. Seit der Gebietsreform wird sie vom Landkreis Rotenburg (Wümme) weitergepflegt. Nach einem gemeinsamen Mittagessen endeten die diesjährigen Angerburger Tage.



Barbara Loeffke erinnerte in ihrem Vortrag an Flucht und Vertreibung der Deutschen zu Kriegsende: „Vergleiche mit heutigen Flüchtlingen sind problematisch.“ Bild: Bonath

Kreistag fasste wichtige Beschlüsse

In jedem Jahr treffen sich vor der Kreistagssitzung Angerburger und Rotenburger am Patenschaftsstein im Amtshofpark des Rotenburger Kreishauses zu einem Gedenken mit Kranzniederlegung. Pfarrer i. R. Gerhard Mörchel sprach geistliche Worte und Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski erinnerte in seiner Ansprache insbesondere an die Opfer von Krieg, Flucht, Völkermord, Terror und Vertreibung.

In der anschließenden Kreistagssitzung konnte der Kreisvertreter auch einige Gäste begrüßen, darunter Vertreter des Heimatvereins der Börde Sittensen und von der Heimatkreisgemeinschaft Stuhm.

Landrat Hermann Luttmann hieß die Angerburger herzlich willkommen und überbrachte die Grüße des Patenkreises. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/FDP Fraktion im Rotenburger Kreistag, Heinz-Günter Bargfrede, sprach ebenfalls ein Grußwort.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Kreistagssitzung standen der Arbeitsbericht des Kreisvertreters und der Kassenbericht der Schatzmeisterin Brigitte Junker sowie Vorstandswahlen und die Neufassung der Satzung, Rolf Liebeneiner wurde als Nachrücker für den am 9. Oktober 2014 verstorbenen Gerhard Kibbas als neues Kreistagsmitglied bestätigt. In seinem ausführlichen Arbeitsbericht betonte der Kreisvertreter, dass er nicht alles selber gemacht habe. Er dankte insbesondere den beiden stellvertretende Kreisvertreterinnen Brigitte Junker und Susanne Hagen für ihr großes Engagement. Da sich die Kreisgemeinschaft Angerburg, ebenso wie die meisten Kreisgemeinschaften über Spenden finanziert, benötigt der Angerburger Heimatbrief viele Bezieher, um die satzungsgemäßen Aufgaben finanzieren zu können. Der Kreisvertreter schloss seinen Bericht mit einem Dank an alle, die seine Arbeit unterstützt haben und dankte dem Patenschaftsträger sowie allen politisch Verantwortlichen im Landkreis Rotenburg (Wümme) für die gewährte ideelle und materielle Unterstützung.

Den Bericht der Kassenprüfer verlas Günther Büttner, der der Schatzmeisterin eine einwandfreie Kassenführung bescheinigte und die Entlastung der Schatzmeisterin und der übrigen Vorstandsmitglieder beantragte. In der folgenden Abstimmung, an der sich die Vorstandsmitglieder nicht beteiligten, wurde sowohl der Schatzmeisterin als auch den übrigen Vorstandsmitgliedern einstimmig Entlastung erteilt. Weiter wurde der vorgelegte

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Haushaltsvoranschlag mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von jeweils 48 000 Euro beschlossen. Wenn auch die Vorstandsmitglieder nur die nachgewiesenen Aufwendungen erstattet bekommen, werden Spenden für die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft Mauersee und der Sozialstation in Wegorzewo [Angerburg] sowie für die Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme) benötigt. Größter Ausgabeposten ist der Angerburger Heimatbrief.

Danach erfolgten die Vorstandswahlen bis auf Eberhard Steinke, der aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder kandidierte, stellten sich alle Vorstandsmitglieder zur Wahl. Als Kreisvertreter wurde Kurt Werner Sadowski in seinem Amt bestätigt, ebenso Brigitte Junker und Susanne Hagen als stellvertretende Kreisvertreterinnen sowie Erich Kerwien, Gunther Kuhn und Heinz-Wolfgang Malessa als weitere Vorstandsmitglieder. Als neues Vorstandsmitglied wurde Gudrun Lutze gewählt. Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt zwei Jahre.

Von großer Bedeutung für die Zukunft der Kreisgemeinschaft war die Beschlussfassung über die Satzungsneufassung. Am 23. Februar 2013 hat der Vorstand der Kreisgemeinschaft einstimmig beschlossen, die gültige Satzung aus dem Jahr 1997 aus rechtlichen und organisatorischen Gründen zu reformieren. Der Satzungsentwurf wurde zuletzt am 20. Februar 2015 vom Vorstand mit einigen unwesentlichen Änderungen beschlossen und mit dem Registergericht in Walsrode abgestimmt. Die abgestimmte Fassung des Satzungsentwurfs mit der Satzung aus dem Jahr 1997 wurde mit Einladungsschreiben vom 31. Juli allen Kreistagsmitgliedern übersandt. Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 11. September dem Kreistag empfohlen, den vorgelegten Satzungsentwurf mit der Maßgabe zu beschließen, dass die Satzung nach Eintragung in das Vereinsregister Walsrode am 1. Oktober 2016 in Kraft tritt. Neu geregelt wurde die Mitgliedschaft in der Kreisgemeinschaft Angerburg. Künftig können auch Personen Mitglied werden, die keine Wurzeln in Ostpreußen haben, aber die Ziele der Kreisgemeinschaft unterstützen. Die Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder.

Nach einigen Fragen, die vom Kreisvertreter beantwortet wurden, wurde die Neufassung einstimmig von den Kreistagsmitgliedern beschlossen. Somit kann die neue Satzung nach Eintragung in das Vereinsregister am 1. Oktober 2016 in Kraft treten. Zum Schluss der Kreistagssitzung gab der Kreisvertreter bekannt, dass die 58. heimatpolitische Tagung am 20./21. Februar 2016 und die 62. Angerburger Tage wegen der Kommunalwahlen in Niedersachsen am 17./18. September 2016 in Rotenburg (Wümme) stattfinden und bat um guten Besuch. Mit einem Dank an die Kreistagsmitglieder für die konstruktive Mitarbeit schloss der Kreisvertreter die Sitzung und wünschte allen Besuchern angenehme Tage im Patenkreis. *KWS*



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Kreistreffen in Nienburg

Die Flaggen mit den Wappen von Bartenstein, Schippenbeil, Friedland, Domnau und Nienburg und die Europafahne begrüßten die Heimatfreunde beim „Hotel zur Krone“ und deuteten den Rahmen dieses Tages an.

An den Gedenksteinen, die nun eine gepflegte Anlage umgibt, legten die Vorsitzenden Christian von der Groeben und Hans-Gerhard Steinke einen Kranz nieder und Rosemarie Krieger sprach beeindruckende Worte des Gedenkens.

Manfred Eckert führte diesmal wieder mehr Interessierte durch die von ihm betreute Heimatstube, und im Saal im Hotel zur Krone erschienen die ersten Gäste. Bald waren die Stühle besetzt, die ersten Gruppen fanden zu einander, Gespräche setzten ein, immer wieder wurden Neuankömmlinge freudig begrüßt: „Wie schön, dass wir uns wiedersehen!“ Neue Mitglieder – die gibt es erfreulicherweise auch! – wurden in Empfang genommen, herumgeführt und bekannt gemacht. Unter den Besuchern waren viele Teilnehmer von der letzten Reise 2014 der HKG in den polnischen und den russischen Teil der Provinz. Es erwies sich, dass diese Reise einen starken und bleibenden Eindruck hinterlassen und eine herzliche Gemeinschaft begründet hat.

Der Vorsitzende Christian v. d. Groeben erstattete Bericht. Am Vortag hatte der Vorstand seine übliche Sitzung abgehalten, zu der auch interessierte Zuhörer gekommen waren. Bedauert wurde, dass Wolfgang Schützeck krankheitsbedingt ausgefallen ist und seine Arbeit im Vorstand niederlegen musste. Die Aufgaben liegen nun auf noch weniger Schultern, das machte Überlegungen für eine Satzungsänderung nötig. Die nächste Vorstandswahl mit bis zu 10 Mitgliedern im Erweiterten Vorstand steht für das Jahr 2016 an. Bei ihrer Arbeit bleibt die Kreisgemeinschaft sehr dringend auf die Hilfe der Mitglieder angewiesen.

Hans-Gerhard Steinke stellte ein ehrgeiziges Projekt vor: einen Band mit Bildern von Bartenstein aus insgesamt 130 Jahren.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen gab Propst im Ruhestand Erhard Wolfram, lange Jahre verantwortlich für die evangelischen Christen im Königsberger Gebiet, einen Bericht über die Situation der evangelischen Kirche dort. Es gibt, dank der Hilfe der Glaubensbrüder, wieder ein paar schöne Kirchen im Königsberger Gebiet, so die Auferstehungskirche in Königsberg und die Kirche der Salzburger in Gumbinnen mit ordentlichen Gemeindehäusern. Aber das Leben der Gemeinden ist beschwerlich und eingeschränkt. Die notwendige Arbeit der Diakonie wird von behördlichen Eingriffen und Auflagen sehr stark behindert. Die Gemeindemitglieder sind Russlanddeutsche. Ihre Zahl sinkt: Waren es vor ein paar Jahren noch 2000 evangelische Christen in 40 Gemeinden, so ist die Zahl heute bei 600 in 30 Gemeinden angekommen. Ein Grund für diese Abnahme ist die Abwanderung nach Deutschland. Die Verbleibenden spüren täglich die Allmacht der Russisch-Orthodoxen Kirche. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion machte ein Gesetz die Russisch-Orthodoxe Kirche zur Erbin aller noch vorhandenen Kirchen im Königsberger Gebiet und damit zur Herrin über einen gewaltigen Grundbesitz. Propst Wolfram nannte ein Beispiel für das rüde Vorgehen der ROK: die Kirche von Arnau. Ein Förderverein hatte, gesichert durch einen gültigen Vertrag, die stark beschädigte Kirche restauriert, Dach und Wände erneuert und begonnen, die sehr wertvollen mittelalterlichen Fresken im Kircheninnern zu sichern und denkmalgerecht zu restaurieren. Der Vertrag wurde für ungültig erklärt, die Vertreter des Fördervereins durften die Kirche nicht mehr betreten, über den Verbleib der Wetterfahne wurden ihnen Lügen aufgetischt, die Fresken sind wohl verloren. Die Russisch-Orthodoxe Kirche machte aus der Kirche von Arnau rasch und ohne Rücksicht auf historische Befunde einen Gebetsraum, wie er ihrer Liturgie entsprach. Ein schwacher Trost: Immerhin wird die Kirche von Arnau auf diese Weise als Gotteshaus erhalten.

Als Vertreter des Freundeskreises Bartenstein erstattete Ralf Weghöft Bericht. Diese Partnerschaft lebt dank engagierter Mitglieder. In vielen Begegnungen besonders der jungen Nienburger und Bartensteiner Schüler in immer neuen Treffen und Aktivitäten soll, so will es der Freundeskreis, ein tragfähiges, verständnisvolles Miteinander im europäischen Geist entstehen.

Manfred Eckert zeigte dann den Film, den er bei der Reise nach Ostpreußen 2014 gedreht hatte. Alle anwesenden Teilnehmer erlebten diese schöne Reise erneut, und jene, die nicht mitgereist waren, konnten wenigstens, wenn auch etwas bedauernd, erahnen, was sie da versäumt hatten. Spontan wurde der Wunsch laut, eine solche Reise, so dicht programmiert, so sorgfältig vorbereitet und so exzellent begleitet, mit einem erweiterten Programm zu wiederholen.

Umarmungen, Händeschütteln und das Versprechen wiederzukommen „So Gott will“ beendeten schließlich diesen guten Tag mit Heimatfreunden. Die ganz Ausdauernden blieben noch zum Abendessen - und ein Weilchen danach. Auf Wiedersehen also im nächsten Jahr, am 10. September 2016 in Nienburg im „Hotel zur Krone“.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen in Bad Nenndorf

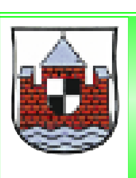
Das diesjährige Kreistreffen im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf begann am Donnerstag, dem 10. September. Ab 14 Uhr konnte man sich anmelden und ab 16 Uhr wurden die ersten Fotos und Filme von Heimatreisen gezeigt.

Zeitgleich fand die Delegierten-Versammlung statt. Am Abend war noch Zeit zum Gedankenaustausch und Plachandern. Freitag, dem 11. September, trafen nach und nach alle Teilnehmer des Kreistreffens ein. Am Vormittag wurden wieder Filme über unsere Elchniederung gezeigt, und es konnten mitgebrachte Bilder zum Einscannen abgegeben werden.

Um 14 Uhr zur offiziellen Eröffnung der Mitglieder-Versammlung konnte der Kreisvertreter viele Landsleute begrüßen und die Toten-Ehrung vornehmen. Nach Grußworten der stellvertretenden Landrätin des Kreises Schaumburg, Frau Hartmann-Grolm, ergriff Günter Spilgies das Wort. Der Versammlungsleiter gab einen Rechenschaftsbericht über die am Vortage durchgeführte Delegierten-Versammlung ab. Dies war seine letzte Amtshandlung, da er nach der Delegierten-Versammlung zurückgetreten war. Als Nachfolger wurde Fritz Klingsporn, der ein Nachgeborener aus Heinrichswalde ist, einstimmig gewählt. Es folgten Reiseberichte von unseren Kirchspiel-Vertretern Peter Westphal und Dieter Wenskat.

Neuwahlen der Kirchspiel-Vertreter standen nicht an, aber eine Ehrung wurde noch durchgeführt. James-Herbert Lundszien bekam die Silberne Ehren-Nadel der LO. Er erhielt sie für seine vielfältige Arbeit als stellvertretender Vorsitzender und Kartei-Führer der KGE.

Der Abend klang bei Musik, Tanz und lustigen Vorträgen aus.



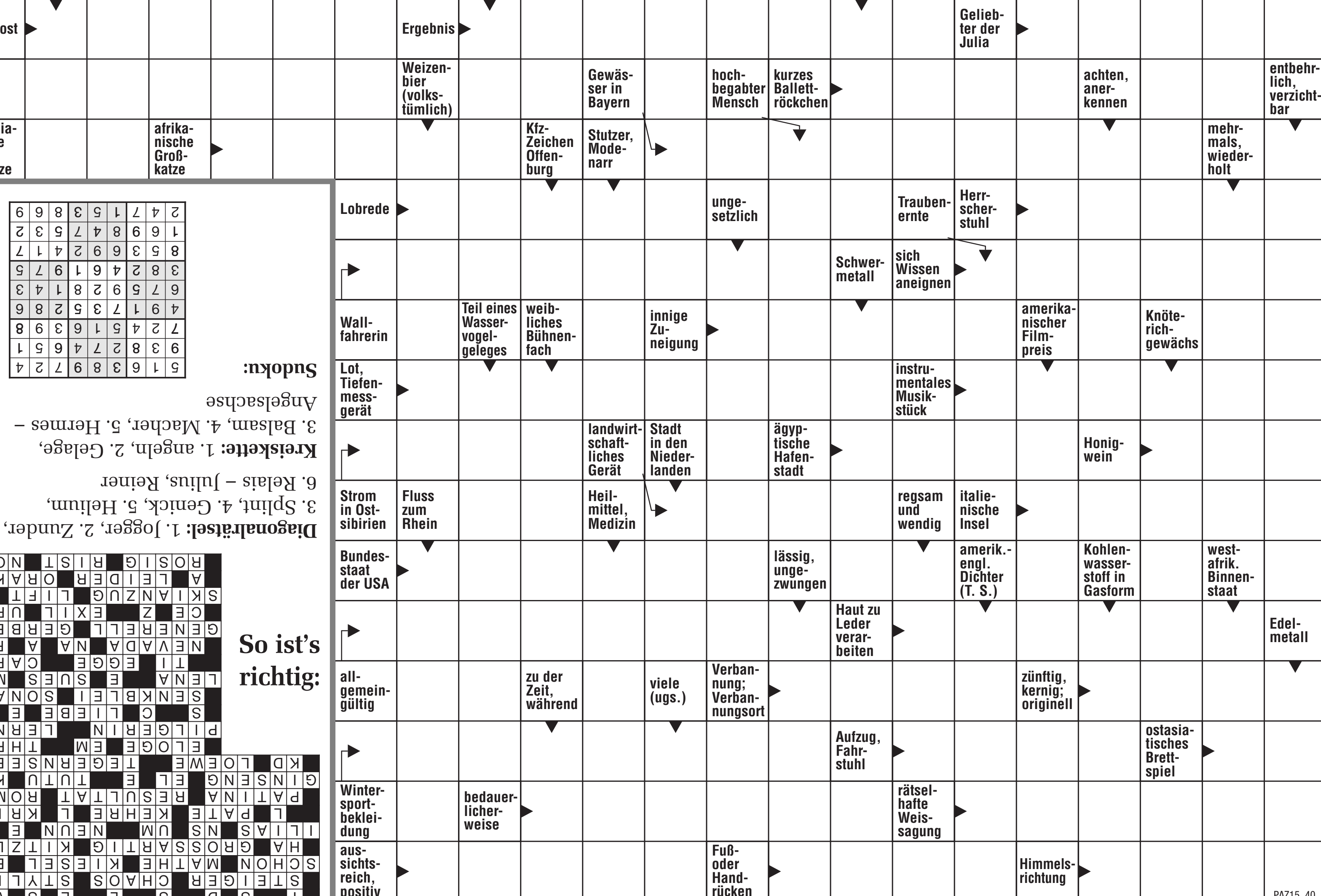
TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

SRT-Schultreffen

Vom 11. bis 13. September fand in Bad Nenndorf ein Treffen der SRT-Schulgemeinschaft Realgymnasium Tilsit statt. Das Ehepaar Georg und Hanna Dargelies hat den weiten Weg aus Kanada nicht gescheut, um bei diesem Treffen dabei zu sein. Darüber freuten wir uns alle sehr. Die angereisten Schulkameraden trafen sich am Abend zu einem geselligen Plachandern im Restaurant des Parkhotels. Am Sonn-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Jogger, 2. Zunder, 3. Splint, 4. Genick, 5. Helium, 6. Relais – Julius, Reiner

Kreiskette: 1. angeln, 2. Gelage, 3. Balsam, 4. Macher, 5. Hermes – Angelsachse

Sudoku:

5	1	6	3	8	9	7	2	4
9	3	8	2	7	4	6	5	1
7	2	4	5	1	6	3	9	8
4	9	1	7	3	5	2	8	6
6	7	5	9	2	8	1	4	3
3	8	2	4	6	1	9	7	5
8	5	3	6	9	2	4	1	7
1	6	9	8	4	7	5	3	2
2	4	7	1	5	3	8	6	9

Sudoku

			3		9			
9		8		7		6		1
7								8
		1	7	3	5	2		
		5		2		1		
		2	4	6	1	9		
8								7
1		9		4		5		2
			1		3			

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Männernamen.

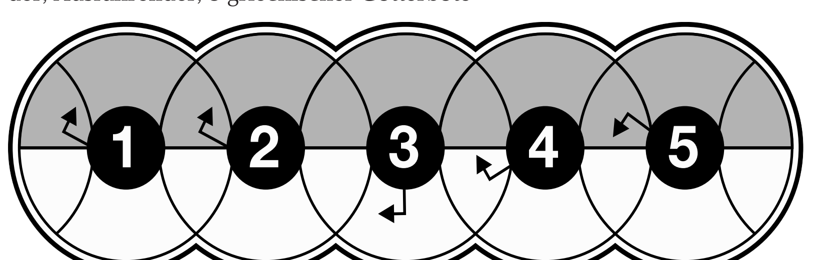
1					
2					
3					
4					
5					
6					

1 Fitnessläufer
2 Material zum Feueranzünden
3 Sicherungsstift
4 Nacken
5 Edelgas
6 elektronisches Schaltmodul

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Germanen.

1 Fische fangen, **2** ausgedehntes Gastmahl, **3** aromatisches Harz, **4** Handelnder, Ausführender, **5** griechischer Götterbote



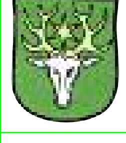
Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

bend war das Programm des Regionaltreffens angesagt, das am späten Nachmittag endete. Gesprächsgegenstand beim anschließenden gemeinsamen Abendessen war hauptsächlich die Festrede von Wilhelm von Gottberg und dass die Stadtverwaltung von Sowjetsk bestrebt ist, die Erinnerung an unsere ostpreußische Heimat zu pflegen und zu bewahren. Tilsit – die Stadt ohnegleichen – lebt in Sowjetsk weiter. So wurde beispielsweise das Standbild „unserer“ Königin Luise wieder errichtet.

Auf dem Herzog-Albrecht-Platz wurde ein neues Denkmal eingeweiht: ein Stein mit dem Stadtwappen und einer Inschrift auf Deutsch, die an die Verleihung des Marktrechtes an die Stadt Tilse durch Herzog Albrecht im Jahr 1552 erinnert. Das Schultreffen endete mit dem Frühstück am 13. September. Das nächste Treffen wird wieder im Rahmen des Regionaltreffens der drei Kreise stattfinden, und zwar vom 22. bis 25. April 2016 in Gera. Beginnen wird es am 22. April mit einer Kaffeetafel. Am 23. April steht das bereits ausgearbeitete Programm des Regionaltreffens im Vordergrund. Für Sonntag 24. April wird noch ein gesondertes Programm für die Schulgemeinschaft entworfen. Das Schultreffen findet im Penta-Hotel Gera statt. Anmeldungen sollten unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2016“ unter der Telefonnummer (0365) 29090 bis zum 2. April 2016 erfolgen. Beim Heimattreffen wurden 65 Euro für das EZ und 79 Euro für das DZ pro Übernachtung vereinbart.

Gerhard Pfiel, stellvertretender Schulsprecher



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

60-jähriges Jubiläum

Am 27. August 1955 übernahm der Landkreis Grafschaft Hoya die Patenschaft für den ostpreußischen Kreis Wehlau. Etwa 25 000 ehemalige Einwohner des Kreises Wehlau lebten zu der Zeit im Landkreis. Das waren rund 50 Prozent der insgesamt im Landkreis lebenden Bevölkerung.

Anlässlich dieses Jubiläums fand am 4. September im Kreismuseum Syke ein Festakt statt. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft, Gerd Gohlke, gab einen Überblick über die Phasen der guten Zusammenarbeit und dankte in seiner Ansprache für die vielseitige Unterstützung der Vertriebenen im Laufe der sechs Jahrzehnte. Er meinte, es wäre eine schmerzliche Tatsache, dass es den Landkreis Wehlau wohl nicht wieder geben werde. Das muss akzeptiert werden. Es gibt aber zu den heutigen Städten des ehemaligen Landkreises Wehlau gute Kontakte, welche die Hoffnung nähren, dass in einem friedlichen Zusammenleben mit Russland der Traum vom Leben in einem freien grenzenlosen Europa erreicht werden kann.

Auf dem Festakt sprachen der Landrat Gerd Bockhop und die Bürgermeisterin Suse Laue in ihren Grußworten über die schwere Lage der Vertriebenen in der Zeit nach der Vertreibung. Ohne Heimat sein heißt leiden. Die Menschen hätten aber initiativreich an der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen gearbeitet und sich am Wiederaufbau nach dem Krieg und dem sogenannten Wirtschaftswunder sehr aktiv beteiligt. Es sei aber notwendig, den Kontakt zu der Heimatregion und den jetzt dort lebenden Menschen nicht abreißen zu lassen. Nichts soll vergessen werden.

Sebastian Husen, Geschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen, gab in seiner Festrede einen kurzen Überblick über das schwere Schicksal der über 14 Millionen Menschen, die nach Ende des Krieges aus ihrer Heimat flüchten mussten beziehungsweise vertrieben wurden. Husen sprach sich anerkennend über die Unterstützung durch den Landkreis und die Städte im Landkreis Diepholz aus. Als Beispiel der Zusammenarbeit nannte er die attraktive Einrichtung des Heimatmuseums der Wehlauer. Die Veranstaltung wurde vom Akkordeon-Spieler Hans Bernhard Brümmer-Dahmen einfühlsam begleitet. Zur Erinnerung überreichte Landrat Bockhop dem Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Gerd Gohlke die Fahne des Landkreises Diepholz mit Wappen.

Helmut Fellbrich

Phänomenales Gedächtnis

Aufgewachsen im pommerschen Kaseburg blickt Autor Detlef Winkler auf sein Leben zurück

Schon im Jahr 1992 begann der damals 64jährige Detlev Winkler aus Bergisch-Gladbach mit der Aufzeichnung seiner Lebenserinnerungen. Der Witwer und Vater zweier Söhne hatte das Bedürfnis, alles noch einmal Revue passieren lassen zu müssen, bevor die Erinnerung immer stärker verblassen würde.

Winkler wurde als Angehöriger des Jahrgangs 1927 im Sommer 1944 während der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs zum Reichsarbeitsdienst (RAD) eingezogen und ein halbes Jahr später zur Wehrmacht abkommandiert. Geboren wurde er am 15. Juni 1927 im pommerschen Kaseburg zwischen Haff und Swine, wo er auch seine Kindheit und Jugend verbrachte. Nach Kriegsende wurde seine Familie zwangsweise umgesiedelt und fand eine neue Heimat im nordrhein-westfälischen Rhein-Berg-Kreis. Da Winkler über ein phänomenales Gedächtnis verfügt, kamen bei der Abfassung seiner Memoiren alle Ereignisse, mit denen er sich gedanklich beschäftigte, in erstaunlicher Klarheit und Intensität zum Vorschein.

So wurden daraus zwei kompakte Bände, die in diesem Jahr unter dem Titel „Mein Blick zurück“ erschienen. Der Untertitel von Teil 1 lautet „Kindheit und Jugend in Pommern, RAD- und Militärzeit“. Teil 2 erhielt den Untertitel „Erinnerungen an die Jahre 1945 und 1946, Vertreibung und Neuanfang“. Hier wird der Inhalt von Teil 1 besprochen. Winkler beschreibt darin zunächst, wie er in Kaseburg aufwächst. Das Dorf liegt auf der gleichnamigen Insel, die 1880 nach Fertigstellung des Schifffahrtskanals Kaiserfahrt entstand. Durch die Schifffahrtsrinne, heute Piastenkanal, verlief seit 1880 die Seeschifffahrt zwischen der offenen Ostsee und Stettin. Die Kaiserfahrt führt durch die Swine und das Stettiner Haff, das dazwischen liegende Teilstück des Kanals wurde damals ausgebaggert. Für die Bewohner Kaseburgs ergab sich durch die Abtrennung von der Insel Usedom eine verkehrstechnisch ungünstige Insellage. Die nahe gelegene Großstadt Swinemünde war nur per Fähre zu erreichen.

Die Mutter bietet »Schutz und Schirm«

Detlef Winkler liebte die naturräumliche Umgebung seines Heimatortes. Er strolchte gern im Wald und auf den Wiesen herum, am meisten aber zog ihn die schilfreiche Wasserwelt der Insel Kaseburg an. Bootfahren und Angeln mit seinen Freunden war ihm das Liebste. „Weltumsegelung“ nannten er und sein Freund Heinz eine Bootsfahrt rund um die Insel, ein nicht ungefährliches Unternehmen. In der Kaiserfahrt gab es eine Begegnung mit einem 8900-Tonner. Um nicht abgetrieben oder durch den Sog angezogen zu werden, mussten sie sich mit aller Kraft in die Riemen legen, damit ihr Boot auf Kurs blieb.

Was bei all diesen Beschreibungen immer wieder angenehm auffällt: Als Kind und Jugendlicher hatte der Autor offenbar ein besonderes Gespür für Atmosphärisches und Stimmungen. Das hat sich in seinen Aufzeichnungen niedergeschlagen. Man fragt sich verwundert, wie es möglich ist, so lange zurückliegende Ereignisse derart detailliert zu schildern.

Der Autor wuchs als behütetes einziges Kind seiner Eltern auf. Sein Vater war Wasserbauarbeiter und zunächst bei einer privaten Firma angestellt, später beim Wasserstraßenamt in Swinemünde. Dort verdiente er mehr, und diese bessere Arbeitsstelle verdankte er seiner rührigen, energischen Ehefrau. Sie war es, die in der kleinen Familie dominierte und sämtliche wichtigen Entscheidungen traf. Winkler erinnert sich daran, dass der Vater auch am Feierabend und an den Wochenenden unermüdlich in Hof und Garten oder auf dem Kartoffelacker der Familie tätig war. Im Leben seines Sohnes war er insofern wenig präsent. Mit seiner Mutter verband ihn eine engere emotionale Beziehung. Sie bot ihm „Schutz und Schirm“, da er sich als kleines Kind leicht ängstigte.

1937 besuchte er kurzzeitig das Swinemünder Tirpitz-Gymnasium, aber der von seiner Mutter angeordnete Schulwechsel ging schief. Seine Mitschüler waren Kinder von Akademikern, die ihm hochnäsig vorkamen. So kehrte er in seine altgewohnte häusliche Umgebung zurück. 1939 gehörte der Autor zu einer Gruppe von Kindern, die im Rahmen der Kinderlandverschickung mit einem Sammeltransport der Reichsbahn in Richtung Osten befördert wurden. Die Fahrt ging nach Freistatt in Westpreußen. Er beobachtet aufmerksam die Vorkehrungen des Zugspersonals beim Durchqueren des Polnischen Korridors.



„Nur“ eine möglichst genaue Betrachtung des Erlebten Bild: Triga-Verlag

Trotz der Nachrichten über die Kriegsereignisse ging das Leben in Kaseburg und Swinemünde einstweilen noch weiter wie in Friedenszeiten. Ostern 1941 wurde der Vierzehnjährige aus der Schule entlassen. Er begann er eine Lehre bei der Reichspost in Swinemünde, worüber er anschaulich und anekdotenreich erzählt. Seine Einberufung zum Reichsarbeitsdienst wäre bereits zum Jahreswechsel 1943/44, erfolgt, doch ein Unterschenkelbruch bewirkte einen halbjährigen Aufschub. Anfang Januar 1945 kam dann der von ihm und seiner Mutter so sehr gefürchtete Einschreibebrief mit einem Stellungsbefehl für eine Marineeinheit in Wismar. Im kältesten Monat des Jahres wurde er im Kurzdurchlauf in allen Sparten der Batterie ausgebildet. Von Wismar ging es nach Schwerin zu einer Nachrichten-, Ersatz- und Ausbildungsbatterie, dann auf die Insel Usedom, in die Nähe seines Heimatortes. Am 12. März hatte inzwischen ein Großangriff alliierter Luftverbände (auf Betreiben der Sowjets) auf Swinemünde stattgefunden. Aufgrund der dortigen Massenansammlung von Flüchtlingen aus Ostpreußen und Pommern starben 23 000 bis 25 000 Menschen.

Januar ‘45 kam der Gestellungsbefehl

Der vielleicht interessanteste Teil des Buches ist Winklers packender Bericht über die Gefahren, die er als Angehöriger einer versprengten Einheit durchsteht. Über die Haffstellung und die dort verbliebenen Kameraden berichtet er: „Hier läuft seit Tagen alles durcheinander, alles neue Leute, bunt zusammengewürfelt, jeder sieht nur noch sich selbst. Leute von der Marine in Feldgrau, Bodenpersonal von der Luftwaffe, Landsturmleute, versprengte von den unmöglichsten Einheiten – nur die Offiziere, die sind seit zwei Tagen verschwunden.“

Auch an diesem Zitat wird noch einmal deutlich, worum es Winkler in seinem Buch ging, denn jede Lebenschronik hat ihren eigenen Stil und ist manchmal Träger einer persönlichen Botschaft des Autors, gerichtet an seine Angehörigen oder auch an einen größeren Leserkreis. Detlef Winkler war es „nur“ um eine möglichst genaue und neutrale Betrachtung des Erlebten zu tun, ebenso viel lag ihm daran, eine lebendige und spannende Lektüre zuwege zu bringen. Das ist ihm in vollem Umfang gelungen.

Dagmar Jestrzemski

***Detlef Winkler: „Mein Blick zurück. Teil1: Kindheit und Jugend in Pommern, RAD- und Militärzeit“**, TRIGA – Der Verlag, Gelnhausen 2015, broschiert, 438 Seiten, 14,80 Euro*

Natürlich hausgemacht

Knödelorgie und Zirbenschnaps im Pustertal – Auf Südtiroler Almen lässt sich das Leben in vollen Zügen genießen

Jenseits des Massentourismus hält die unweit von Brixen gelegene Südtiroler Ferienregion Gitschberg-Jochtal mit hauseigenen Bio-Produkten alte handwerkliche Traditionen wach.

Dieses Frühstück! Die Gäste des Galtinerhofes haben schon in der Nacht davon geträumt. Frische Milch, leckere Eier, herrliche Butter, Marmelade und naturbelassener Honig – alles hausgemacht. Nichts stammt aus dem Supermarkt. „Der ist für uns ohnehin zu weit weg“, sagt die Hausdame Hildegard Silgoner.

Zugegeben, der Almenhof der Familie Silgoner liegt schon etwas abseits. Hoch oberhalb des Ortes Rodeneck am Eingang zum Südtiroler Pustertal hat man vor allem eines: Ruhe und Entspannung. Wenn in Deutschland die Herbstferien beginnen, mischt sich allenfalls Kindergeschrei unter das Gackern der Hühner oder das Muhen der Kühe. Denn die Alm ist idealer Zufluchtsort gestresster Stadtmenschen, die mit ihren Kindern Urlaub auf dem Bauernhof genießen wollen.

Da von der Landwirtschaft allein kaum noch ein Berghof existieren kann, haben sich inzwischen im gesamten Alpenraum viele Bauern mit Ferienwohnungen einen Nebenerwerb aufgebaut. Um den Gästen gute und moderne Qualitätsstandards bieten zu können, herrschen in Südtirol allerdings strenge Wettbewerbsregeln. Weil der Erwerb primär aus der Landwirtschaft erfolgen soll, ist die Zahl der Ferienwohnung pro Betrieb auf vier beschränkt. Außerdem müssen diese – damit es nach Bauernhaus aussieht – holzvertäfelt sein. Und wer hauseigene Produkte oder auch bäuerliches Handwerk anbietet, kommt in den Genuss des „Roten Hahnes“. Dabei handelt es sich um ein Gütesiegel des Südtiroler Bauernbundes, der mit strengen und regelmäßigen Kontrollen für hochwertigen Komfort und Genuss sorgt.

Kluger Nebeneffekt dabei ist, dass das traditionsreiche bäuerliche Handwerk nicht in Vergessenheit gerät. Auf manchen Ferienalmen kann man schicke Wollpantoffeln, Körbe, Taschen, Schmuck oder Teller und Vasen aus kreativem Holzdesign erwerben – alles aus eigener Herstellung, versteht sich.

Die meisten locken ihre Gäste aber mit wahren naturbelassenen Delikatessen. Noch ein gutes Stück oberhalb des Galtinerhofes gewährt Christian Tschurtschenthaler Einblick in seine Käserei auf der Starkenfeldhütte. „Bei uns gibt es sowieso nur Naturprodukte, die woanders als ‚Bio‘ verkauft werden könnten“, sagt er.

Die Milch für den Käse, den er für den Eigenbedarf zur Gästebewirtung auf der Alm und für den „Außer-Haus-Verkauf“ herstellt, stammen von seinen glücklich auf dem Hochplateau der Lüsener Alm auf knapp 1950 Metern frei herumlaufenden Kühen. Auch in seiner Käserei, in der er an etwa hundert Tagen im Jahr bis zu 3000 Kilo herstellt, ist alles handbetrieben. Es gibt keine Maschinen, welche die Käselaiber wenden, damit sie gut reifen. Alle zwei Stunden müssen sie per Hand gewendet werden, auch nachts. Klar, dass künstliche Zusatzstoffe zur Geschmacksverbesserung tabu sind. Es wäre auch unnötig. Dieser Almkäse riecht und schmeckt so frisch und gesund wie die Natur, aus der er stammt.

Doch in diesen Tagen stellt sich die Natur um. Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür, der Almabtrieb hat bereits begonnen. In der Region bereitet sich alles auf die Wintersportler vor, die sich zu Tausenden von Mühlbach aus mit den Bergbahnen zu den Skiparadiesen Gitschberg und Jochtal aufmachen werden. Viele hochgelegene Almwirtschaften werden dann geschlossen sein, da die steilen Zufahrten im Winter schlicht unbefahrbar sind.

Es sein denn, das Fernsehen kommt. So war in einem März die Fane Alm die Filmkulisse für das Winter-Special der TV-Serie „Der Bergdoktor“. Wie das Filmteam es geschafft hat, die Ausrüstung bei schneebedeckten Straßen auf 1739 Meter Höhe zu verfrachten, bleibt deren Geheimnis. Wenn das Wetter hält, ist die Fane Alm eigentlich nur bis Mitte November für den Verkehr geöffnet. Schon ohne Schnee gleicht die Auffahrt über den schmalen Weg mit den steilen Serpentinen, an deren Rand ein gähnender Abgrund klafft, einem Abenteuer. Doch es ist eines, das in der Gatterer Hütte mit einer Knödelorgie belohnt wird. Herzhafte Knödel in allen Variationen mit Speck, Spinat, Pilzen sowie süße Knödel verwöhnen hier den Gaumen.

Am Nebentisch bestellen sich einige Italiener „Canederli“. Auch ohne Wörterbuch weiß in der Gatterer Hütte jeder, dass damit nur Knödel gemeint sein können. Dass man sich in Italien befindet, fällt sonst kaum auf. Die „deutschen“ Südtiroler wachsen zweisprachig auf, doch auf den Almen wird nur Deutsch gesprochen. „Wie sind nicht Italiener, wir sind Südtiroler“, sagen die Menschen hier selbstbewusst und zeigen stolz ihren grünen Personalausweis, der sich farblich vom braunen italienischen unterscheidet.

Der Drang nach mehr Autonomie ist unter der deutschen Sprachgruppe, die in Südtirol mit 300 000 Bewohnern in der Mehrheit ist, nach wie vor groß. Wie vielerorts nicht zu übersehen ist: Auf manchen zweisprachigen Wanderschildern, die auch auf der Fane Alm stehen, haben Nationalisten die italienischen Bezeichnungen einfach durchgestrichen.

Doch vor Gästen wird nicht über Politik gesprochen. Umso mehr wird die Südtiroler Folklore gepflegt, die weit davon entfernt ist auszusterben. In traditioneller Kleidung und mit vom Sohn der Silgoners am Akkordeon begleiteter Volksmusik klingt der letzte Abend auf dem Galtinerhof aus. Abgerundet wird alles mit einer weiteren Südtiroler Spezialität, dem Zirbenschnaps, der aus den Zapfen der hier wachsenden Zirbelkiefer gewonnen wird. Natürlich hausgemacht! *Harald Tews*

Unterkunftsverzeichnis Ferien auf zertifizierten Bauernhöfen: www.roterhahn.it. Verzeichnis der Almen und Hütten: www.gitschberg-jochtal.com. Direkte Bahnverbindungen ab München bis Franzensfeste/Fortezza.



Rotwild direkt vor der Haustür: Bergidylle beim Galtinerhof. Oben: Almwirt Christian Tschurtschenthaler präsentiert seine neuesten Käsekreationen Bilder (2): tws

Das Thurgau mobil erleben

Neue Ferienstraße führt entlang der Schokoladenseite der Schweiz

Seit diesem Jahr hat die Schweiz eine neue Ferienstraße. Sie nennt sich „Grand Tour of Switzerland“ und schlängelt sich 1600 Kilometer durch die schönsten Gegenden des Alpenlandes. Über 75 Kilometer führt die Strecke durch den Thurgau, wo sich immer wieder herrliche Ausblicke über den Bodensee bieten. Vom Saurer Oldtimer-Museum bis zum Napoleon-Schloss Arenenberg locken entlang des Weges stilechte Ausfahrt-Ziele.

Die Strecke, die Individualtouristen per Auto oder Motorrad die schönsten Seiten der Schweiz von der Straße aus zeigen will, hat große Vorbilder wie etwa die Route 66 in den USA oder die Garden Route in Südafrika. Bei der Zahl der Sehenswürdigkeiten will man aber im Vergleich dazu die Nase vorn haben. Am Thurgauer Abschnitt locken neben Schlössern und Kunstmuseen jede Menge Ausflugsziele für Motor- und Technikfans. Mit dem Katamaran ist es nur eine kurze Fahrt bis nach Friedrichshafen, der Heimat des Zeppelins. Hier kann die Sammlung zu Geschichte und Technik der Zeppelin-Luftschifffahrt bestaunt werden.

Aus der ehemaligen Lokremise in Romanshorn ist inzwischen die Eisenbahnerlebniswelt Locorama mit vielen historischen Zügen geworden. Im Fahrsimulator können sich die Besucher hier sogar wie richtige Lokomotivführer fühlen. Das Saurer Museum in Arbon beeindruckt mit seiner Sammlung schwerer Lastfahrzeuge, das älteste von 1911. Und in Romanshorn zeigt die „autobau Erlebniswelt“ die Fahrzeugsammlung des ehemaligen Rennfahrers Fredy Lienhard. Im Ambiente einer ehemaligen Schnapsbrennerei sind neben klassischen Sportwagen auch Fahrzeuge seiner Rennkarriere zu sehen: von der Seifenkiste bis zum Formel-1-Boliden.

Acht bis zehn Tage kann die Grand Tour durch die ganze Schweiz dauern, im Thurgau kann man sich bei den vielen Sehenswürdigkeiten ruhig zwei gemütliche Tage Zeit lassen.

Vom Schaffhauser Rheinfall führt die Route bei Stein am Rhein direkt in den Thurgau. In leichten Schwüngen schmiegt sich die Straße ans Ufer des Untersees, die Insel Reichenau ist zum Greifen nah. Oberhalb des fachwerkgeschmückten Fischerdorfs Ermatingen führt kein Weg an Schloss Arenenberg vorbei – die Schlossterrasse ist einer der schönsten Aussichtspunkte am Bodensee. Das Haus selbst zeigt im Original, wie sich die holländische Königin Hortense in ihrem Thurgauer Exil eingerichtet hat. Der spätere Kaiser Napoleon III. hat hier seine Kindheit und Jugend verlebt. Immer am See entlang führt die Landstraße durch gemütliche Hafenörtchen.

Wer auf der Grand Tour durch den Thurgau Hunger bekommt, hat die Qual der Wahl. Bei Lust auf Schweizer Küche kann man im Gasthof Linde in Tägerwilen einkehren. Im Restaurant Seelust in Egnach und im Restaurant Schiff in Mannenbach isst man fangfrischen Bodenseefisch und sitzt in der Gartenwirtschaft oder auf der Terrasse direkt am See.

Erholsame Nächte versprechen die beiden Grand Tour Partnerhotels im Thurgau. Das elegante Zimmerdesign der Kartause Ittingen ist wie gemacht, einen Gang runter zu schalten. Inmitten von Gärten und mit einem Kunstmuseum ist das ehemalige Kloster heute ein faszinierender Ort der Ruhe. Das Wellnesshotel Golf Panorama in Lipperswil wartet mit großzügigen Dimensionen und edlen Materialien auf. Das Viersterne-Superior Haus begeistert Wellnessgäste und Golfer mit Blick auf die Schweizer Alpen. *tws*

Info: Thurgau Tourismus, Egelmoosstrasse1, CH-8580 Amriswil, www.thurgau-bodensee.ch



Bild: Thurgau Tourismus

Untersee-Idylle: Blick auf das Steckborner Ufer

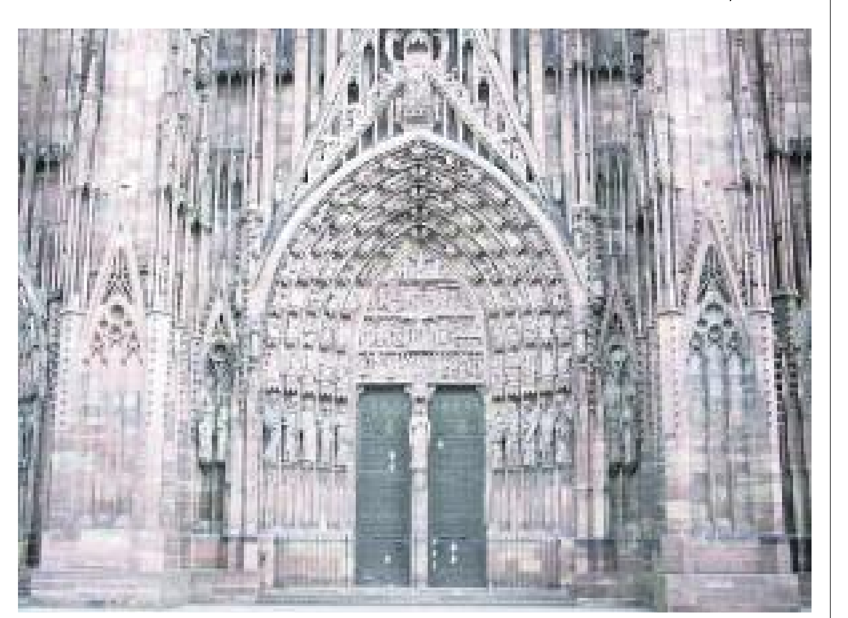
Amputiertes Juwel

Straßburg feiert: Das Münster ist 1000 Jahre

Beim Anblick des Westportals des Straßburger Münsters fühlt man sich ganz klein. Von den Steinmassen, die sich da in filigraner Schönheit auftürmen war schon der junge Goethe während seiner Straßburger Studienzeit überwältigt. In seiner Studie „Von deutscher Baukunst“ schrieb er hymnisch: „Mit welch unerwarteten Empfindungen überraschte mich der Anblick, als ich davor trat! Ein ganzer, großer Eindruck füllte meine Seele …“

Weil inzwischen unzählige Seelen von diesem Eindruck überwältigt sind, feiert die Stadt Straßburg in diesem Jahr ganz groß das 1000-jährige Bestehen seines Münsters. Im Jahr 1015 wurden aber allenfalls dessen Grundlagen durch den Bau eines romanischen Münsters gelegt. Die eigentliche Gestaltung als gotisches Gotteshaus, wie es heute das Altstadtbild prägt, geschah erst ab 1245 nach Plänen des Baumeisters Erwin von Steinbach. Die Fensterrosette über dem gewaltigen Tympanon des Hauptportals, die mit 13,6 Metern im Durchmesser eine der größten überhaupt ist, sollte nach seinen Plänen das oberste Stockwerk abschließen. Später entschied man sich, noch ein klobiges Glockengeschoss draufzusetzen, das die beiden freistehenden Türme miteinander verbinden. Am Ende baute man nur den Nordturm in die Höhe, dank dem das Münster bis 1874 mit seinen 142 Metern als höchstes Bauwerk der Welt galt. Der Südturm blieb unvollendet, weshalb das Münster wie amputiert dasteht. *H. Tews*

Bis Ende Oktober finden in und um das Münster herum zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich der 1000-Jahrfeier statt. Infos unter www.1000cathedrale.strasbourg.eu. Tourismusangebote unter www.tourisme-alsace.com/de



Überwältigender Steinklotz: Westportal des Münsters Bild: tws

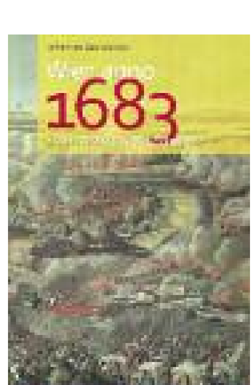
Im Stubai in die Pfanne gehauen

Als kulinarische Genussgegend ist das bei Innsbruck gelegene Stubaital bislang noch eine recht unentdeckte Region. Das soll sich nach der Vorstellung der Tourismusmanager ändern, weshalb man am 3. Oktober zum ersten Stubaier Schmarrenfest einlädt. Am Kampler See bei Neustift soll der Versuch unternommen werden, den größten Kaiserschmarrn der Welt zu backen. Um die riesige Süßspeise mit dem angepeilten Gewicht von 150 Kilogramm zuzubereiten, schließen sich einheimische Köche aus dem ganzen Tal zusammen.

Für den überdimensionalen Schmarren braucht es nicht nur das richtige Rezept, sondern auch eine entsprechende Pfanne und Kochstelle. Dank den schon seit Jahrhunderten im Stubai ansässigen Handwerksbetrieben hat sich die Kunst der Metallverarbeitung und der Herstellung hochwertiger Back- und Brathilfen bis heute erhalten. Neben der Pfanne und dem Weltrekordversuch wird ein geschmackvolles Rahmenprogramm präsentiert samt Genussständen und stimmungsvoller Musik. Parallel dazu arbeiten weitere Stubaier Genussbetriebe an der jeweils eigenen Schmarrenvariation. Denn neben der rekordverdächtigen Kalorienbombe gibt es allerlei schmackhafte Interpretationen des süßen Klassikers.

Zum Abwandern der Kalorien lockt das Tiroler Tal mit seinen insgesamt 109 Dreitausender-Gipfeln. Im Winter ist das Stubai mit seinen vier Skigebieten „Schlick 2000“ bei Fulpmes, Serles bei Mieders, Elfer bei Neustift sowie dem Stubaier Gletscher begehrtes Ziel von Skiläufern. *Harald Tews*

Infos im Internet: www.stubai.at



Ihr bleibt draußen!

Als Türken nach Wien wollten

Europa wurde im Laufe seiner Geschichte schon oft von Fremden überrannt, weil die politischen „Eliten“ die Gefahr zu spät erkannten. So auch im 17. Jahrhundert, als das Osmanische Reich Wien und Rom zu erobern trachtete. Dabei kulminierte das Geschehen im Feldzug des türkischen Großwesirs Kara Mustafa Pascha, über den der österreichische Historiker und Germanist Johannes Sachslehner nun das Buch „Wien anno 1683. Ein europäisches Schicksalsjahr“ vorlegt.

Dieses lebt davon, dass der Autor viele Zeitzeugen zu Wort kommen lässt. Und die zeichnen ein ungeschminktes Bild vom „Heer des Islam“, welches über den Balkan in das Reich der Habsburger hinein vorstieß und auf seinem Wege ungezählte abgeschlagene Köpfe, niedergebrannte Ortschaften und vergewaltigte oder versklavte Frauen und Kinder zurückließ.

Aufschlussreich ist auch die Haltung des Wiener Hofes, der zunächst meinte, es werde schon nicht so schlimm kommen, aber dann feige floh, als es kritisch wurde. Hier drängen sich Parallelen zur Gegenwart auf: Während die Obrigkeit in Wunschträumen verharrt, erleben die kleinen, Steuern zahlenden Leute, die auf den Schutz des Staates gehofft hatten, wie ihre Welt mehr und mehr zusammenbricht.

Ebenso verabscheuungswürdig, aber gleichfalls sehr vertraut, ist die an zahlreichen Beispielen gezeigte Gewissenlosigkeit der christlichen Verbündeten der Osmanen, die keine Skrupel besaßen, mit den marodierenden Horden zu kollaborieren, um dann in deren Windschatten ihr eigenes politisches Süppchen zu kochen.

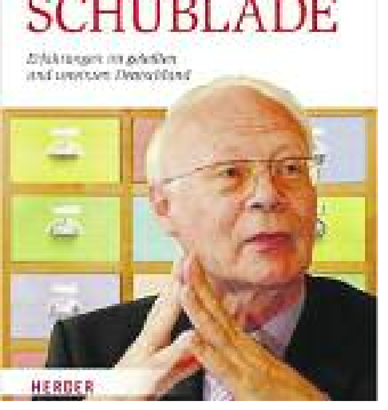
Breiten Raum widmet Sachslehner zudem der hinterhältigen Politik von Ludwig XIV.: Anstatt der christlichen Allianz gegen die Türken beizutreten, fiel der französische „Sonnenkönig“ lieber in den Spanischen Niederlanden ein, nachdem er den Sultan in Konstantinopel zuvor noch heimlich darüber informiert hatte, dass er sich keinesfalls den Verteidigern Wiens anschließen werde. Allerdings hinderte ihn diese „Neutralität“ nicht daran, in Warschau zu intrigieren, um die Polen davon abzuhalten, dem bedrängten Kaiser des Heiligen Römischen Reiches zu Hilfe zu kommen.

Ludwigs perfides Spiel flog jedoch auf – und das ermöglichte dann wohl letztlich die Rettung des Abendlandes, denn ohne das Entsatzheer von König Jan III. Sobieski, zu dem auch venezianische, bayerische, sächsische und andere deutsche Kontingente gehörten, wäre Wien im September 1683 trotz aller Gegenwehr der heldenhaften Verteidiger unter Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg gefallen. So aber erlitten die Belagerer am 12. September in der Schlacht am Kahlenberg eine vernichtende Niederlage, wonach sie in Panik und unter weiteren großen Verlusten nach Südosten flohen.

Plastische Darstellung des Jahres 1683

Selbstverständlich kommen die Kämpfe, in deren Folge die osmanische Umklammerung Wiens nach 62 Tagen endete, ausgiebig zur Sprache. Gleichzeitig ist das Buch aber weit mehr als nur eine Schilderung der Militäroperationen, Massaker und politischen Entwick-lungen von 1683. Die kalendarischen Einträge zu restlos jedem Tag dieses Jahres bieten auch eine Vielzahl von lesenswerten Details, beginnend bei Wettermeldungen und endend mit diversen Anekdoten, welche die ansonsten doch vielfach recht düstere Darstellung erheblich aufhellen. Darüber hinaus besticht die reichhaltige Bebilderung, die das erfreulich preisgünstige Werk komplett macht. *Wolfgang Kaufmann*

***Johannes Sachslehner: „Wien anno 1683. Ein europäisches Schicksalsjahr“**, Pichler Verlag,*

Zwischen allen Stühlen

Bekenntnisse eines Christen und Ministers in Zeiten des Wandels

Das ist ein vom Inhalt und Format her gewichtiges Buch: Eineinhalb Kilogramm schwer wird auf 780 Seiten die schwierige Umwandlung bestehender Strukturen aus DDR-Zeiten nach der Wende am Beispiel der sächsischen Wissenschafts- und Kulturpolitik erzählt – und dies nicht aus der Distanz, sondern von einem Hauptbeteiligten: Hans Joachim Meyer, 1936 in Rostock geboren, war erst nach der Wende in der DDR in die Politik gegangen. Im Kabinett Lothar de Maizières war er Minister für Bildung und Wissenschaft und hat danach von 1990 bis 2002 in den drei Kabinetten von Kurt Biedenkopf Sachsens Hochschullandschaft neu strukturiert.

Als Katholik, der in der DDR nur in einem dortigen Randbereich der Wissenschaft als Anglist an der Humboldt-Universität vorankam, hatte er sich früh in der katholischen Laienbewegung engagiert. Nach der Wende folgte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), dessen Präsident er von 1997 bis 2009 war.

Mehrfach fragt man sich während dieses Lesemarathons, ob nicht vieles doch kürzer hätte sein können. Meyer beschreibt seine mit enormer Zähigkeit verfolgte, von vielen Nackenschlägen begleitete Politik bei Sachfragen bis in kleinste Details, ob Hochschulgesetze, Strukturveränderungen, Umwandlungen und Neugründungen an den Hochschulen sowie im Kulturbereich oder BaföG-Regelungen. Aber lässt man sich darauf ein, erlebt man die dramatischen Umwälzungen in den neuen Bundesländern an einem konkreten Beispiel so ausführlich wie sonst nirgendwo.

Dass Meyer fast zwangsläufig viele bittere Entscheidungen wie Stellenstreichungen treffen musste, brachte ihm zahlreiche Kritik ein. Und da er zugleich für seine Hochschulen kämpfte, kam es unweigerlich zu Zusammenstößen mit Finanzminister und Biedenkopf-Nachfolger Georg Milbradt. Meyer saß zwischen allen Stühlen, konnte sich aber bis zuletzt auf Biedenkopfs Vertrauen stützen. Dem Leser imponiert, wie fair er dabei Können und Kenntnisse seiner Gegner beurteilt.

Zwei Kapitel im Buch gelten Fragen der deutschen Einheit und, geschrieben aus katholischer Perspektive, der heutigen geistigen Verfasstheit der Bundesrepublik. Meyer spricht von einer „asymmetrischen“ Vereinigung, welche die Mitteldeutschen „faktisch zu Einwanderern im eigenen Land“ werden ließ. Er würdigt die Solidarleistungen des Westens, beklagt jedoch auch die Ignoranz vieler „Wessis“. Bitter schreibt er: „Neulingen in der bundesdeutschen Debatte drängte sich die Frage auf, ob es überhaupt noch möglich ist, öffentlich über Dinge zu reden, die nicht in das Argumentationsschema der vorherrschenden Meinungen passen?“

Vereinigung hautnah miterlebt

Ebenso kritisch zum bundesdeutschen Mainstream äußert er sich beim Rückblick auf seine ZdK-Präsidentschaft. Die allenthalben zu beobachtende „Ichbezogenheit“ und der Drang zu ungehemmter Selbstverwirklichung sind ihm ein Gräuel. Andersdenkende mundtot zu machen, daran habe sich die Mehrheit in der Bundesrepublik „in der ihr eigenen linkskostümierten Feigheit“ längst gewöhnt. Auch unter Katholiken finde man inzwischen „die neudeutsche Neigung zur eingeschränkten Selbstsicht“.

Überhaupt nimmt Meyer seine Kirche von Kritik nicht aus. Für die Kirche in Deutschland verheerend sei das Verbot der Beratungsstellen für Schwangere gewesen. Und „entsetzt“ sei er gewesen, als er von der Wahl Ratzingers zum Papst gehört habe, wusste er doch, dass diesem das selbstbewusste ZdK zuwider war.

Besorgt zeigt sich Meyer über die künftige Entwicklung des Landes. Er sieht sie mit Blick auf die uneingeschränkte Macht des Bundesverfassungsgerichts auf dem Weg „vom Rechtsstaat zum Richterstaat“. Nicht mehr demokratisch gewählte Politiker, sondern eben das Gericht maße sich an, Grundrechte zu definieren. Meyer schließt denn auch mit einem düsteren Ausblick: Welchen Weg werde unser Land in absehbarer Zeit gehen? „In unserer Gesellschaft werden jene immer einflussreicher, die deren Auflösung betreiben. Das Christentum verliert an Achtung und gestaltender Kraft, vor allem, weil viele die christliche Botschaft nicht mehr hören wollen, die einer hemmungslosen Ichsucht entgegensteht. Doch was ist der Westen ohne seine christlichen Quellen? Schon manche Hochkultur ist durch eigenes Versagen im Strom der Geschichte untergegangen.“

Hier wird ein politischer Sachbericht zum Bekenntnis eines sich in allen Wirrnissen treu gebliebenen Politikers, Christen und Wissenschaftlers. *Dirk Klose*

***Hans Joachim Meyer: „In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinten Deutschland“**, Herder Verlag, Freiburg 2015, gebunden, 775 Seiten, 36 Euro*



Leben in Angst

Willkommen im 21. Jahrhundert – Autorin definiert Islam und Terror neu

Die Ökonomin Christa Chorherr legt erneut ein Sachbuch mit islamischer Thematik vor, das anders als seine Vorgänger eine kleine, aber profunde Enzyklopädie ist. In sanfter Diktion und überzeugender Gedankenschärfe wird der Islam so dargestellt, als sollten seine klassischen Verurteilungen bestätigt werden.

„Wir“, schreibt die Autorin im Prolog, leben in einem „friedlichen, sicheren und lebenswerten Umfeld“, haben aber doch Angst vor Klimaerwärmung, Arbeitslosigkeit und besonders vor den Muslimen, die erst Nah- und Mittelost und Teile Afrikas devastierten und nun an „den Grenzen Europas landen und auch hereinfluten“.

Was für ein Islam, welche Muslime? Die, denen „Demokratie den Abfall vom Islam und Ketzerei bedeutet“, oder Fundamentalisten, die „Aufstand und Widerstand gegen Aufklärung, Moderne und Vernunft“ propagieren? Egal, in welchen Regionen oder Formationen die Muslime angreifen – Al-Kaida, Salafismus, Muslimbrüder oder Boko Haram: Mit Christen können sie nicht mithalten und sich in ihr Umfeld integrieren erst recht nicht. Also bleibe der Drang, „medienwirksam auf hohe Opferzahlen unter ungeschützten Zivilisten, die stellvertretend für politische Adressaten oder Werte angegriffen werden“, zu setzen. Der Terroranschlag vom 11. September habe „ein neues Gemeinschaftsgefühl unter den hier lebenden Muslimen geweckt“.

Und nun? „Der Kampf des Islam hört erst dann auf, wenn alle Menschen den islamischen Glauben angenommen haben.“ Dafür würden „Missionare“ ausgesandt, desorientierte muslimische Jugendliche aus Westeuropa in nahöstliche „Trainingscamps“ gelotst oder Verbindungen zur organisierten Kriminalität geknüpft. Wer Terrorismus fürchtet, muss ihn bekämpfen. Perfekte Sicherheit gibt es nicht, nötig sei das Management von Risiken, beginnend mit möglichst klaren Definitionen von Terrorismus und Krieg gegen ihn.

Gibt es Kriegserklärungen, sind sie räumlich und zeitlich begrenzt? War das US-Antiterrorgesetz von 2001 eine rechtsstaatliche Notwendigkeit, war das Gefängnis von Guantánamo legitimes „Feindstrafrecht“? Dürfen NSA und andere US-Dienste nach Belieben ausspionieren? Ist die EU mit ihrem freien Personen- und Warenverkehr schutzlos gegen Terrorismus? Diese und weitere Fragen untersucht Chorherr akribisch, um resignierend zu konstatieren: Es gibt gute Projekte in Fülle, aber nur mangelnde Umsetzung, weil Polizei und Justiz in nationaler Hoheitsgewalt verbleiben und der EU-Kompetenz entzogen sind. *Wolf Oschlies*

***Christa Chorherr: „Die Angstspirale – Wie Fundamentalismus und Überwachungsstaat unsere Demokratie bedrohen“**, Residenz Verlag St. Pölten/Salzburg/Wien 2015, geb., 278 Seiten, 21,90 Euro*



Den Horizont auf der Walz erweitert

Originell und lehrreich – Erwachsenes »Sorbenkind« über seine Erfahrungen als fahrender Geselle in der Fremde

Was bringt einen jungen Handwerkergesellen in heutiger Zeit auf die Idee, nach alter Sitte drei Jahre auf Wanderschaft zu gehen? Bei dem jungen Schlosser Franz Zschornack aus dem Dorf Crostwitz in der Oberlausitz war es die zufällige Begegnung mit einem Zimmermann auf der Walz, der ihm von seinem freien Leben als Tippelbruder erzählte und von der Arbeit in der Fremde.

Der 1985 geborene Zschornack war fest verwurzelt im Kosmos seines Dorfes im katholischen „Sorbistan“, aber fasziniert und schnell entschlossen, die Herausforderung anzunehmen. Mit dem Gesellenbrief in der Tasche verwirklichte er seinen Plan zwei Jahre später, sehr zum Kummer seiner Angehörigen. Nun hat er mit dem Publizisten Rainer Schäfer ein grandioses Buch über seine Erlebnisse als „fahrender “ (wortwörtlich, da meist per Anhalter „gewandert“ wird) Geselle geschrieben. Der Titel lautet: „Franz im Glück. Meine Wanderjahre auf der Walz“. Ein großer Wurf ist ihr Buch nicht nur, weil es Episoden von Menschen und Orten originell schildert und uns Leser mit den überlieferten Werten und Bräuchen der Handwerkervereinigungen, genannt Schächte, bekannt macht. Überzeugend skizziert der Profiautor auch den Reifeprozess des jungen Ich-Erzählers Franz, der kreuz und quer durch Europa und zuletzt in Paraguay getippelt ist.

Gelassenheit zu bewahren, wenn man ganz auf sich selbst gestellt ist, war die erste Lehre seiner Wanderschaft. Nicht nur Durchschnittsbürger würden bei der Vorstellung zurückschrecken, ohne Geld und Handy und mit einem Minimum an Gepäck per Anhalter eine lange Reise anzutreten. In diesem fragilen Zustand ging Franz Zschornack Ende 2009 in Erfurt in Begleitung eines Losbring-Gesellen auf die Walz.

Zuvor hatte er nach monatelanger Probezeit von der Gesellschaft der rechtschaffenen fremden und einheimischen Maurer und Steinhauer seine Zulassung als Wandergeselle und sein Wanderbuch erhalten. Durch die schwarze Gesellenkluft mit Zylinder, in der Hand den Wanderstab (Stenz), ist jeder Wandergeselle überall eine ungewöhnliche Erscheinung. Wichtigstes Utensil ist die sogenannte Ehrbarkeit, ein kurzer Schlips, der als Zeichen der Rechtschaffenheit getragen wird. Als Erstes sprach „Sorbenkind“, wie er von seinen Kollegen genannte wurde, beim Bürgermeister von Potsdam vor, um ein Siegel zu erhalten und sich ein wenig Zehrgeld abzuholen. Was genau dort gesprochen wurde, muss allerdings ein Geheimnis bleiben.

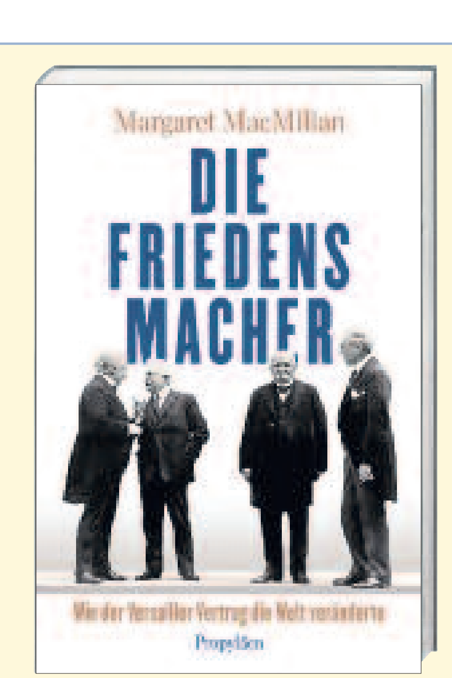
Einige Höhepunkte während seiner Tippelei waren die Arbeit als Mechaniker bei einer Seilbahn in einem Schweizer Skigebiet und in Guarda im Schweizer Kanton Graubünden, wo er Techniken des Kunsthandwerks lernte.

Verständlicherweise arbeitet und wandert es sich zu zweit oder zu dritt besser. Im Dezember 2011 flogen Franz und zwei Tippelbrüder nach Paraguay, wo sie in der Provinz Guairá bei der deutschen Kolonie Unterkunft und Arbeit fanden. In Deutschland waren einige Kneipen wichtige Anlaufstellen, zum Beispiel in Hamburg-St. Pauli. An den Gesellenabenden pflegten sie dort gemeinsam mit Ehemaligen genüsslich die uralten Traditionen.

„Nirgendwo kann man als Handwerker so viele Erfahrungen sammeln wie auf der Tippelei“, lautet Franz Zschornacks Resümee. Die Walz sei ähnlich verlaufen wie eine etwas chaotische, dreijährige Handwerkermesse auf hohem Niveau. Als Schlosser lernte er hinzu, entwickelte sich als Metallhandwerker zum Spezialisten und konnte auch in andere Gewerke hineinschnuppern. Nirgendwo habe er einen Konkurrenzkampf erlebt, meint Zschornack. Die Wandergesellen teilen ihr Wissen, sie werden zum Lehrmeister für andere und verhalten sich überall vorbildlich, wobei Ausnahmen die Regel bestätigen.

Auf den letzten Kilometern vor seiner Heimkehr begleitete ihn ein sorbisches Filmteam, und Franz im Glück gab sein erstes Interview. Er versichert, die Walz habe ihn selbstbewusster, zufriedener und bescheidener gemacht. Auch die Leser seines Buches erhalten Gelegenheit zum Nachdenken und den eigenen Horizont zu erweitern. *D. Jestrzemski*

***Franz Zschornack: „Franz im Glück. Meine Wanderjahre auf der Walz“**, Bastei Lübbe, Köln 2015, brosch., 221 Seiten, 14,90 Euro*



Margaret MacMillan
Die Friedensmacher
Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte
Wie der Kriegsausbruch 1914 war auch das Kriegsende 1918 ein Schlüsselereignis des 20. Jahrhunderts. Der Zusammenbruch der vier größten Reiche Europas führte zur folgenreichen Neuordnung des Kontinents im Versailler Vertrag von 1919. In ihrem preisgekrönten Buch schildert die Historikerin Margaret MacMillan anschaulich das Geschehen rund um die Vertragsverhandlungen: die Differenzen der Siegermächte, die Rachegelüste der Franzosen, die Annexionswünsche der Engländer, die missachteten Erwartungen der Kolonialvölker, die demütigende Behandlung der Deutschen, das Geschacher um den Nachlass der Verlierer, schließlich der „Diktatfrieden", der Deutschland die Alleinschuld am Kriegsausbruch aufbürdete. MacMillan würdigt das Bemühen der Sieger um eine dauerhafte Friedensordnung, zeigt aber auch deutlich, wie sehr die schließlich in den Zweiten Weltkrieg mündenden Konflikte bereits im Versailler Friedensschluss angelegt waren. 736 Seiten
Nr. P A0912 Gebunden mit Schutzumschlag 34,00 €



Brigitte Hamann
Bertha von Suttner
Kämpferin für den Frieden
Taschenbuch/320 Seiten
Nr. P A0886 12,99 €

Sie war nicht nur die prominenteste politische Journalistin ihrer Zeit und Begründerin der Friedensgesellschaft, sie kämpfte Zeit ihres Lebens leidenschaftlich gegen überholte Konventionen, gegen die Unterdrückung der Frauen und gegen den Antisemitismus. Das abenteuerliche Leben der Gräfin Kinsky, verheiratete Baronin von Suttner, die den Erfinder des Dynamits dazu bewegte, den Friedensnobelpreis zu stiften, und die selbst eine der ersten war, die ihn verdiente und bekam: Bertha von Suttner – Gouvernante, Schriftstellerin, politische Journalistin, Vorkämpferin für den Frieden. Eine Biografie, wie man sie sich wünscht: lebendig, mit vielen Zitaten, engagiert, aber mit kritischer Distanz.



In schweren Zeiten braucht man Glück
23 Zeitzeugen erzählen – 1939 bis 1952 192 Seiten/Gebunden
Nr. P A0851 9,95 €

Es sind ungewöhnliche Erlebnisse aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die uns berühren und erschüttern. Sie erzählen von der Rettung in höchster Not, von kaum vorstellbaren Zufällen, von Momenten des Glückes, der Freude und der Erleichterung. Frauen, Männer und Kinder der Jahrgänge 1913 bis 1937 schildern, was ihnen damals die Kraft und die Hoffnung gab, scheinbar ausweglose Situationen zu meistern. Die Zeitzeugen erlebten im Bombenkrieg und beim Fronteinsatz den Tod naher Verwandter, Freunde, Nachbarn und Kameraden. Sie berichten von Flucht und Vertreibung, von Gefangenschaft und Heimkehr und vom schweren Neuanfang.



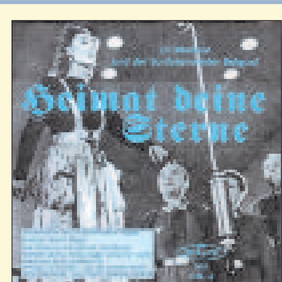
Horst Möller
Franz Josef Strauß
Herrscher und Rebell
Er wurde verehrt und geliebt, gehasst und bekämpft – nur gleichgültig ließ Franz Josef Strauß niemanden. Unzweifelhaft ist er einer der Politiker, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geprägt haben. Horst Möller legt hier die erste große Biografie vor, die aus bislang unausgewerteten Archiven und Quellen gearbeitet ist. Über vierzig Jahre lang war deutsche Politik ohne FJS nicht denkbar. Als Generalsekretär der CSU, als „Atomminister", als Verteidigungsminister, der die Bundeswehr aufbaute und über die Spiegel-Affäre stürzte, als Finanzminister, als Opponent von Willy Brandt und dessen sozialliberaler Koalition, als Bayerischer Ministerpräsident und zugleich Partner und Gegner von Helmut Kohl ... Möller setzt das Bild eines Mannes aus vielen Facetten zusammen – so bunt, vielfältig und widersprüchlich, wie der Mensch und Politiker Strauß war. 832 Seiten
Nr. P A0891 Gebunden mit Schutzumschlag 39,99 €



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Ursprünglich in den Steppen des südlichen Innerasiens beheimatet, begann sich ein Hirten- und Bauernvolk schon vor sechstausend Jahren in immer neuen Auswanderungswellen über ganz Europa und große Teile Asiens auszubreiten. Griechen, Römer, Germanen, Slawen, Kelten, Perser und die frühen arischen Eroberer Indiens – sie alle sind Abkömmlinge des gleichen mysteriösen Hirtenvolkes. Eine ungeheure Dynamik, ein Leistungs- und Gestaltungswillen von beispielloser Kraft müssen diesem Volk zu eigen gewesen sein. So sind heute fast alle Europäer deren biologische und geistige Erben. Reinhard Schmoeckel gelingt es, die Entstehung einer vielfältigen indoeuropäischen Kultur und den wirkmächtigen Aufbruch der sich daraus entwickelnden Völker aus der Vorgeschichte anschaulich zu beschreiben. 587 Seiten
Nr. P A0880 Gebunden mit farbigem Überzug 24,80 €

Konrad Löw
Adenauer hatte recht
Warum verfinstert sich das Bild der unter Hitler lebenden Deutschen?
Antisemitismus war ein Kernelement des Nationalsozialismus. Er kulminierte in der Ermordung von Millionen Juden. Hat das deutsche Volk mehrheitlich Hitlers brutale Judenpolitik gebilligt und sich damit kollektiv an einem der schlimmsten Verbrechen der Geschichte schuldig gemacht? Dazu äußerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 vor dem Deutschen Bundestag: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt ..."
50 Jahre später veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung einen Text, der genau das Gegenteil besagt und das deutsche Volk der aktiven Mitwirkung am Holocaust bezichtigt. Die Zeitzeugen, gerade auch die jüdischen geben eine klare Antwort. 203 Seiten
Nr. P A0750 Kartoniert mit farbigem Überzug 14,90 €

Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Heimat deine Sterne
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kary Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
Nr. P 5856 CD 12,80 €



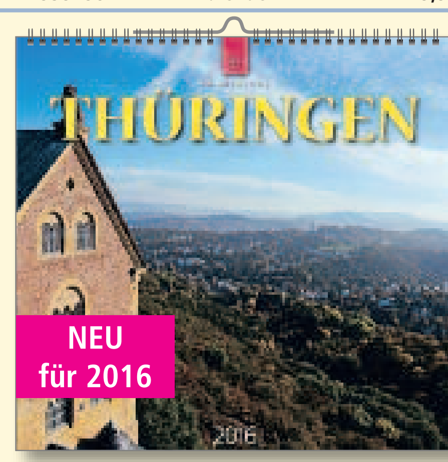
Kalender Weimar 2016
Mit 12 brillanten Motiven aus Weimar.
Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535458 Kalender 9,95 €

Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
Nr. P 5855 CD 12,80 €

Kalender Lüneburger Heide 2016
Mit 12 brillanten Motiven von der Lüneburger Heide.
Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535445 Kalender 9,95 €



Kalender Thüringen 2016
Mit 12 brillanten Motiven aus Thüringen.
Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535448 Kalender 9,95 €



Kettenanhänger mit Sonne aus Bernstein mit Lederhalsband
Lederband
ca. 45 cm Länge
Nr. P A0902 39,90 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €



Kalender Harz 2016
Mit 12 brillanten Motiven aus dem Harz.
Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535444 Kalender 9,95 €



Kalender Franken 2016
Mit 12 brillanten Motiven aus Franken.
Spiralbindung Format 33 x 31 cm
Nr. P 535443 Kalender 9,95 €



Unser beliebter Plüsch-Elch
Der Elch ist ca. 20 cm hoch aus kuschligem Plüschmaterial und weich befüllt.
Nr. P 9869 Plüsch-Elch 8,50 €



Heimat deine Sterne
Berühmte Opernstars der 30er Jahre singen Schlager und Tanzmusik
Mit Marcel Wittrisch, Wilhelm Strienz, Willi Domgraf-Faßbaender, Helge Rosvaenge, Walter Ludwig u.v.m. (Laufzeit 78 Minuten)
Nr. P 9259 CD 12,80 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Wahres Ausmaß »verschleiert«

München – Die Bundespolizei versucht laut Informationen der Münchener „tz", das wahre Ausmaß der Asylflut zu „verschleiern". Am Dienstag vergangener Woche habe es geheißen, am Montag seien 11000 Flüchtling über die grüne Grenze nach Bayern gekommen, tags darauf sei für den Montag von nur 2300 die Rede gewesen. Der Kollege, der die höhere Zahl genannt habe, sei krank, hieß es auf Rückfrage der „tz" bei der Bundespolizei. *H.H.*

Bilder statt Wörter

München – Zur „Unterstützung für Flüchtlinge und Helfer" hat der Langenscheidt-Verlag das Bildwörterbuch „Zeig mal!" auf den Markt gebracht. Die rund 600 farbigen „Zeigebilder" von Alltagsgegenständen sind nach Themen wie Essen, Kleidung und Notfälle geordnet. Mit dieser Kommunikationshilfe „für die Hosentasche" soll „schon bei der ersten Kontaktaufnahme die Sprachbarriere durchbrochen werden." *J.H.*

ZUR PERSON

Von Kanzler-DIN geformter Vasall

Mit dem Rücktritt von Wolfgang Bosbach als Vorsitzender des einflussreichen Innenausschuss des Bundestages ist Kanzlerin Angela Merkel einen weiteren parteiinternen Kritiker losgeworden. Bosbach trat zurück, nachdem er im Bundestag gegen das letzte Rettungspaket für die Griechen gestimmt hatte.

Bosbachs Nachfolger stammt ebenfalls vom Niederrhein, gilt aber als pflegeleicht: Mit **Ansgar Heveling** hat die Kanzlerin einen weiteren Hinterbänkler des Bundestages als Vasallen in die vorderen Reihen geschickt, wo er ihr treu ergeben dienen soll. Mit seinen 43 Jahren ist der Familienvater noch jung genug, um sich von ihr politisch formen zu lassen.

Der 1989 in die Schüler Union eingetretene Apothekersohn aus Rheydt ist politisch noch relativ grün hinter den Ohren. Nach seinem Studium in Bonn und Speyer stand er gerade einmal für ein Jahr in seinem Wohnort Korschenbroich als Rechtsanwalt im Berufsleben, ehe er Referent in Landtag und Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen wurde. Seit 2009 sitzt er im Bundestag, wo er sich als Mitglied der Enquetekommission „Internet und Digitale Gesellschaft" nur einmal aus dem Fenster gelehnt hatte, als er sich 2012 auf provozierende Weise für den Schutz geistigen Eigentums im Internet einsetzte.



Hevelings Ansprache an die „Liebe Netzgemeinde" mit der Prophezeiung „ihr werdet den Kampf verlieren" brachte ihm viel Spott ein. Wenn er das bewusst herbei inszeniert hat, um sein Anliegen zu untermauern, im Internet würden bürgerliche Werte verletzt, so hätte er sich damit als kluger Taktiker erwiesen. Vielleicht steckt hinter der gutmütigen Fassade dieses kirchentreuen Politikers ja doch ein heimlicher Rebell. Dann hätte die Kanzlerin ihren zweiten Bosbach gezüchtet. *Harald Tews*



Blind durch die Nacht

Wie Gauck sich leise davonschleicht, wie die liebe „Mutti" zur bösen Stiefmama mutiert, und warum unsere Agenten keine Gefahr sehen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So langsam macht sich selbst in den obersten Rängen der Unionsparteien sich Fracksausen breit, an der Basis sogar bei der SPD. Merkels Parole, dass es bei der Asylflut „keine Obergrenze" geben dürfe, verliert an Rückhalt bei den immer nervöser werdenden Polit-Größen in Berlin. Selbst der bekanntermaßen charakterstarke Bundespräsident Joachim Gauck schleicht sich auf leisen Sohlen davon.

Eben noch spaltete er die Nation mit der Axt des Demagogen in ein „helles" und ein „dunkles" Deutschland. Für seine Rede zur „40. Interkulturellen Woche" hingegen holte Gauck überraschend den gesellschaftlichen Kitt heraus und sprach plötzlich davon, „dass sich die Besorgten und die Begeisterten nicht gegenseitig denunzieren und bekämpfen, sondern dass sie sich in einem konstruktiven Dialog begegnen" sollen.

Die jähe Erweichung des Mannes aus dem Schloss Bellevue für den Teil des Volkes, den er wegen dessen Sorgen über die Massenzuwanderung als „dunkel" verfemt hatte, kann nur einen Grund haben: Augenscheinlich haben ihm die „Besorgten" dermaßen die Hölle heißgemacht, dass sich seine Opportunisten-Seele zu Wort meldete, um dem Staatsoberhaupt einzuflüstern: „Joachim, es könnte gefährlich werden. Schlag dich schleunigst ins Gebüsch des Sowohl-als-auch, bevor dich der Zorn der Bürger trifft."

Und die Kanzlerin? „Wenn die Unions-Bundestagsfraktion drei Stunden über ein Thema diskutiert", nämlich die Asylflut, „das gar nicht auf der Tagesordnung steht, müssen bei Kanzlerin Merkel die Alarmglocken schrillen", meint das „Handelsblatt".

Weit gefehlt: „Vehement wie selten" hat Merkel nach Berichten ihren Kurs verteidigt mit den Worten: „Dass wir es schaffen, steht für mich außer Frage." Laut dem renommierten Hauptstadtjournalisten Hugo Müller-Vogg hat die CDU-Chefin ihre versammelten Fraktionskollegen gar angeblafft: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da." Es ist ihr also schnuppe, ob sie Mist gebaut hat. Die Deutschen sollen das gefälligst auslöffeln. Und wehe, wenn sich einer beschwert: „Null Toleranz" gegen Abweichler, fordert die Kanzlerin, denn ihr „Wir schaffen das!" sei schließlich „alternativlos".

Der Autor Alexander Kissler hat schon vor zwei Wochen bekannt: „Sie, liebe Frau Merkel, machen mir Angst." Nach so einem Auftritt kann man ihm das Gruseln nachfühlen. Was ist bloß passiert? Hat jemand die einst so betulich wirkende Merkel durch einen Außerirdischen ersetzt, der in der Hülle unserer Kanzlerin mit der Zerstörung der Welt in Deutschland beginnt? Hat sie der berüchtigte „Cäsarenwahnsinn" heimgesucht? Oder reitet sie heimlich auf einem Besen durch den nächtlichen Himmel?

> Ein syrischer Christ bekennt seine Angst um Europa. Das hat der Staatsfunk lieber nicht mit übersetzt

Die scheinbar freundliche „Mutti" verwandelt sich vor unseren Augen in die böse Stiefmama aus einem Roman, die ihrem Land böse grinsend das Messer zwischen die Rippen stößt. Für das Schreien und Flehen des Gepeinigten hat sie nur ein hämisches „Ist mir doch egal, so läuft das eben".

Derweil nimmt draußen im Land der Wahnsinn seinen Lauf. Dreimal höher als angegeben sei die tatsächliche Zahl der neu Hereinströmenden, tropft es aus Bundespolizei-Kreisen in die Öffentlichkeit. Die meisten würden nämlich gar nicht mehr registriert. Laut Saarlands Innenminister Klaus Bouillon herrscht in einigen Bundesländern bereits „Chaos". „Ungeordnete, wilde Asylströme" zögen durch Deutschland, verriet der CDU-Politiker dem Saarländischen Rundfunk. Das Betreuungssystem in den Asyllagern trudelt munter seinem Zusammenbruch entgegen. Die Räume gehen zur Neige, ebenso das Material, und die Helfer können bald nicht mehr.

Das müssen sie vielleicht auch nicht, denn es naht Ablösung. Zweimal bin ich bislang an einem Lager in meinem Viertel vorbeispaziert. Zufall oder nicht: Jedes Mal standen zwei Personen vor dem Eingang und fragten die beiden Wachleute, wo sie sich als freiwillige Helfer bewerben könnten.

Es sind natürlich nur Oberflächlichkeiten, aber irgendwie sahen sich die Leute verblüffend ähnlich. Bei allen Vieren handelte es sich um jüngere Männer „südländischen Typs" so Ende 20, Anfang 30, mit schwarzen Vollbärten. Hat das was zu sagen?

Der „Hessenschau" des Hessischen Rundfunks berichtete vor laufender Kamera ein sichtlich aufgelöster syrischer Christ, dass sich IS-Angehörige bei ihm im Lager befänden. Er habe sie erkannt, weil sie in der Nacht Koranverse gerufen hätten, welche die IS-Männer ausstießen, bevor sie jemandem den Kopf abschneiden, wie seinem Freund geschehen.

Erstaunlich, dass die „Hessenschau" so etwas bringt. Könnte das nicht „ungute Gefühle" bei den Zuschauern auslösen, „Ängste schüren"? Ja, dessen waren sich die Kollegen vom Staatsfernsehen auch bewusst und haben daher ein wenig kosmetisch eingegriffen. Der Syrer sprach Englisch, in der deutschen Synchronisation wird er übersetzt: „Hier kann ich nicht bleiben, ich will weg, ich habe Angst!"

Also will er in ein anderes hessisches Aufnahmelager? Könnte man meinen. Wer aber genau lauschte, konnte hören, wie der junge Mann im Original wörtlich sagte: „I'm afraid *over Europe*!", also hat er nicht bloß Angst, er hat Angst *um Europa*.

Ins Klare übertragen: Er sieht ganz Europa in der Gefahr, von den IS-Terroristen ebenso überrannt zu werden wie seine Heimat. Das war denn doch zu viel für die hessischen Staatsfunker, der Syrer redet ja wie ein Pegida-Anhänger! Da haben sie die letzten beiden Wörter lieber nicht mit übersetzt.

Hans-Georg Maaßen, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hat schließlich selbst gesagt, dass er bisher keine Hinweise darauf habe, dass IS-Terroristen mit den Flüchtlingen aus Nahost nach Deutschland gelangt seien: „Bislang haben wir keine Belege dafür." Hat mit dem Syrer aus der Hessenschau noch kein Verfassungsschützer gesprochen? Ach, besser nicht, sonst müsste Maaßen ja doch von „Hinweisen" reden, und das könnte zur Beunruhigung im Volk führen. Zumal der oberste Verfassungsschützer die Gefahr auch ganz woanders sieht, nämlich beim Rechtsextremismus aus Gaucks „Dunkeldeutschland".

Sei's drum – wenn Maaßen, der es wissen muss, keine IS-Gefahr mit den Asylströmen hereinschwappen sieht, können auch wir ganz entspannt bleiben.

Zumindest bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir erfahren, aus welchem Grund der Verfassungsschutz keine solche Gefahr erkennt: Weil er nämlich ohne Lampe durchs stockdunkle Dickicht tappt, wo er absolut nichts mehr sehen kann.

Das hat Österreichs Ex-Staatsschutz-Chef Gert Polli enthüllt. Der deutsche Verfassungsschutz sei „schon richtig verzweifelt", so Polli, weil er wegen der „absolut unkontrollierten Zuwanderung" im „Blindflug" unterwegs sei. Das hat uns Hans-Georg Maaßen leider nicht verraten – hätten ihm sein Boss, Innenminister de Maizière, und erst recht die Kanzlerin wohl auch sehr übel genommen.

In den Lagern häufen sich die muslimischen Übergriffe gegen Christen jedenfalls schon rapide. Die Wachleute schauten oft weg, meldet eine Zeitung, weil sie nicht selten selbst Moslems seien. Was soll man sich die Hände schmutzig machen für den Schutz von „Ungläubigen"! Polli schätzt, dass die IS-Kämpfer mit ihrem Terror in spätestens fünf Monaten beginnen werden. Dann könnte es hektisch werden in Willkommens-Deutschland. Sollten wir also besorgt sein?

Nun bloß nicht aufregen. Wir haben schließlich gute Vorbilder an Gelassenheit: Eine Kanzlerin, der es „egal" ist, ob sie entsetzliche Fehler macht, und einen obersten Verfassungsschützer, der seine Blindheit dem Volk als beruhigende Botschaft verkauft. Wir sind also in den besten Händen, die sich ein Lebensmüder wünschen kann.

MEINUNGEN

***Roland Tichy** meint zur geplanten **„Gesundheitskarte" für Zuwanderer** in seinem Blog „Tichys Einblick" (22. September):*

„Das ist vermutlich der materiell größte Anreiz, sich sofort aus ganz Europa, übrigens auch aus Griechenland und Bulgarien, auf den Weg nach Deutschland zu machen. Auch wenn man nicht anerkannt und später abgeschoben wird – was soll's? Erst mal zum Arzt und Vollversorgung. Das mag human sein – aber verschärft das Problem des Zuzugs. Sie (die Gesundheitskarte) zeigt die perverse Struktur der deutschen Debatte."

***Christoph Schwennicke**, Chef des „Cicero", zieht am 24. September einen Vergleich zwischen der **germanischen Völkerwanderung**, die das antike Rom zermalmt hat, und der **derzeitigen Massenzuwanderung** und warnt:*

„Schaffen wir das wirklich? Es geht ja erst los. Der Soziologe und Ökonom Gunnar Heinsohn rechnet hoch, dass bis zur Mitte dieses Jahrhunderts eine Milliarde Menschen sich auf den Weg machen. Die Freude an der eigenen Hilfsbereitschaft werde bald den Sorgen weichen, prophezeit er."

***Hamed Abdel-Samad** weist die Behauptung, die Terrorgruppe **„Islamischer Staat"** (IS) habe **nichts mit dem Islam** zu tun, energisch zurück. Im Interview mit der „Welt" (28. September) stellt er klar:*

„Mohammed war Kriegsherr, er hat das Gleiche getan, was die IS-Terroristen heute tun. Es ist die Geisteshaltung Mohammeds, der den Menschen misstraute, die sich bis heute erhalten hat. Die Geisteshaltung eines größenwahnsinnigen Narzissten, der einen inneren Kreis von Gefolgsleuten definiert und alle, die außerhalb dieses Kreises stehen, als Feinde betrachtet, die ausgelöscht gehören. Der IS ist das legitime Kind von Mohammed, in Wort und Tat. Niemand versteht Mohammed so gut wie der IS."

***Necla Kelek** warnt im „Focus" (29. September) vor der Einbindung gewisser **Islamverbände** in die Zuwanderer-Betreuung:*

„Mit den Islamverbänden, die sich als Missionare von der Türkei, aus Kuwait, Katar und Saudi-Arabien finanzieren lassen, macht man den Bock zum Gärtner. Sie werden wie bisher die Einwanderer in ihre Gemeinden integrieren, aber nicht in dieses Land."

***Rainer Wendt**, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, mahnt in der „Passauer Neuen Presse" (29. September) **Schutz für Christen** in den **Asyllagern** an. Dort breiteten sich **knallharte kriminelle Strukturen** aus:*

„Wenn diese Gruppen nachts aufeinander losgehen, schlafen all diejenigen, die am Hauptbahnhof in München zur Begrüßung applaudiert haben ... Da kämpfen Sunniten gegen Schiiten, da gibt es Salafisten unterschiedlichster Ausprägung. Sie versuchen, dort ihre Regeln durchzusetzen. Da werden Christen massiv bedrängt, und die Scharia soll durchgesetzt werden. Frauen werden zur Verschleierung gezwungen. Männer werden gezwungen zu beten. Islamisten wollen dort ihre Werte und Ordnung einführen."